

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Internationale der Reaktion.

Zum 18. März.

Das deutsche Proletariat begeht heute zwei Gedenktage auf einmal: es ehrt die Toten im Friedrichshain, die auf den Barricaden des 18. März 1848 im Hochgefühl des Sieges über Krone und Junkertum ihr Leben aushauchten, es feiert die französischen Streiter, die am 18. März 1871 das Banner der Kommune auf dem Stadthause zu Paris aufpflanzten. Beide Umwälzungen scheinen auf den ersten Blick nichts mit einander gemein zu haben, als daß sie Siege demokratischer Massenerhebungen über bestehende Gewalten sind. In Berlin schlugen sich die Arbeiter für die bürgerlichen Freiheiten, in Paris leitete der 18. März das „Vorphostengefecht“ im Emancipationskampf des Proletariats ein, als das Vebel dazumal die Kommune im Reichstag charakterisiert hat. Wie in den Zielen, unterscheiden sich beide Revolutionen auch in den Mitteln. In Berlin floß das Blut in Strömen, weil die fanatisierte Garde mit grausamer Wut dem Volke zu Leibe ging, in Paris war der Volkessieg unblutig, weil die Truppen, die auf den Montmartre geschickt worden waren, um den Pariser ihre Geschütze zu entwenden, mit dem Volk gemeinsame Sache machten. Aber wenigstens eins noch haben der 18. März 1848 und der 18. März 1871 gemeinsam: beide Tage liegen in ihrem Gefolge die internationale Solidarität der konservativen Interessen zur Erscheinung gelangt. Dies reaktionäre Schlagwort ist noch immer keine Lösung von gestern, sondern bringt nach wie vor harte Tatsachen zum Ausdruck. So mag der Rückblick in die Vergangenheit, zu dem die beiden Gedenktage einladen, dazu wahrgenommen werden, umschau zu halten, wie sich ehemals, insbesondere gegenüber den Märzrevolutionen von 48 und 71, die Interessenharmonie der herrschenden Klassen betätigt hat.

Sie existiert schon recht lange; seit die französische Revolution von 1789 die Umgestaltung des europäischen Festlandes im bürgerlichen Sinne eröffnete. Ja, schon zwei Jahre vor dieser Zeitwende, 1787, stellte der Preußenkönig Friedrich Wilhelm II. seine Truppen in den Dienst eines bedrohten ausländischen Machthabers, indem er den Herzog von Braunschweig herabwürdigen Angebens für das Haus Oranien gegen die demokratischen „Patrioten“ von Holland zu Felde schickte. Die Invasion des unbereiteten Ländchens war ein militärischer Spaziergang. So dachte sich der geistersehende Bigamist auch die internationale Kreuzfahrt für die heiligsten Güter in Frankreich, die er 1792 mit Oesterreich und andern erlauchtesten Verbündeten zusammen unter dem Feldgeschrei „für Thron und Altar!“ gegen die französische Demokratie antrat. Das war denn freilich eine arge Täuschung. Seitdem aber ist, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, der Bruderbund der bestehenden, aber bedrohten Gewalten nicht mehr von der europäischen Tagesordnung verschwunden. Seinen dauerndsten Namen bekam er 1815 angeheftet, als die Monarchen von Preußen, Oesterreich und Rußland sich zur Heiligen Alliance zusammenschloßen, die unter der Regide des Jaren gegen alle Umsturzbestrebungen Front machte. Es kamen die Tage der europäischen Fürsten- und Ministerkongresse zur Bekämpfung des Liberalismus und der Demokratie, der Demagogengebe an den deutschen Universtitäten auf russische Anleitung, der französischen Intervention in Spanien, der österreichischen in Neapel, der Bundeshilfe, die Preußen 1831 mit Aufwand von 40 Millionen Thalern Österreich gegen das aufständische Polen leistete. Und als 1840 König Friedrich Wilhelm IV. in Preußen zur Herrschaft gelangte, da wies ihm eine gebundene Marschroute das politische Testament seines Vaters von 1827, das ihn vor der „allgemein um sich greifenden Keuerungsflucht“ und „unpraktischen Theorien“ warnte und ihn aufforderte: „Verabsäume nicht, die Eintracht unter den europäischen Mächten, so viel in Deinen Kräften, zu fördern; vor allem aber mögen Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlüsselstein der großen europäischen Alliance zu betrachten.“ Der Mahnung hätte es nicht erst bedurft für den gekrönten Romantiker, der in dem russischen Schwager die sicherste Stütze seines Thrones erblickte, in ihm seinen letzten Rückhalt sah, nachdem die Straßenschlacht des 18. März 1848 erwiesen hatte, daß gegen Demokraten nicht allemal Soldaten helfen, wenigstens nicht immer die eignen.

Schon die Februar-Revolution hatte den Jaren Nikolaus so weit gebracht, daß er durch Dekret vom 8. März 1848 einen Teil seiner Armee mobil machte, „um, wenn es die Ereignisse erheischen, dem Strom der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr entgegenzustellen“. Als dann aber am 18. März das alte Preußen zusammenstürzte, ergriffen den Schutzpatron der europäischen Reaktion Wutkämpfe. Er setzte sich am 20. März hin und erließ „an seine Völker“ ein drohendes Manifest, worin „Anarchie und Anarchie“, in Frankreich entstanden, auf Oesterreich und Preußen übergegangen, gebrandmarkt, die russischen Heere als letztes Mittel angefordert wurden. Den Schluß bildete ein biblisches Cital aus dem Propheten Jesajas: „Vernehmet es, ihr Heiden, und unterwerft euch, denn mit uns ist Gott.“ Diese Apotrophierung der Demokratie war nicht bloße Rodomontade des großwahnsinnigen Despoten, die „Russenfurcht“ von 48 nicht bloß Schredgespenst für überhitzte Phantasien. Die amtliche Denkschrift liegt vielmehr im Druck vor, durch die Jar Nikolaus im Mai den Bestand seines herrlichen Kriegsheeres offerierte, wenn der Prinz von Preußen — der nachmalige Heldenkaiser — an der Spitze aller preußischen Truppen aus den östlichen Provinzen gegen das aufjähige Berlin marschiere.

Das Vergnügen, die deutschen Fluren durch die Hufe der Kosaken-gaule zerstampft zu sehen, ist dem preußischen Junkertum bloß deshalb vorenthalten geblieben, weil die Bourgeoisie mit den Rajonnetten kapituliert; aus feiger Furcht vor den ersten selbständigen Regungen

des Proletariats, das ihr am 18. März zum Siege verholfen hatte. Was für eine traurige Sippschaft die „liberalen“ Märzminister waren, dafür liefert eine Publikation der letzten Zeit, die Teile der Papiere von Rudolf Camphausen bringt, neue Belege. *) Als es sich darum handelte, den kommandierenden General von Posen, Colomb, abzusetzen, der die von Friedrich-Wilhelm IV. am 26. März feierlichst versprochene „nationale Reorganisation“ der polnischen Landestelle in der Weise betrieb, daß er die polnischen Bekehrten wie die Hunde hegte und die Gefangenen oder willkürlich Verhafteten an Händen und Ohren mit Höllestein brandmarken ließ, da schrieb der König an Camphausen (die Unterstreichungen sind allerhöchsten Ursprungs): „Colombs Abschied, wie die ihm folgende Indignation der Arme, wird, das weiß ich, auf Kaiser Nicolai einen entsehrlichen Eindruck machen. Das allein macht die Maßregel zu einer ganz unseligen, folgenreicheren... daß ich dadurch in den Augen meines treuen Heeres entehrt... als Beförderer des Polonismus und der Russenfeindlichen, Russenkriegsüchtigen Tendenzen dastehe... und erkläre Ihnen auf das Gewisse, ich werde nie mit Frankreich gegen Rußland sein... Kann ich aus einem desfalls der Art (in welches ich, Gott ist mein Zeuge, nicht durch meine Schuld kommen würde) nicht heraus, so abdicire ich. Gewiß und wahrhaftig.“ Das war am 18. Mai. Der brave Camphausen demissionierte erst am 20. Juni, und zwar nicht, weil er nicht länger das Werkzeug der Reaktion abgeben wollte, sondern wegen des Zeughaussturmes. Er ließ dann seine rheinischen Verehrer in dem guten Glauben, den ein „von Arndtschem Geist“ getragener Vorner, „Ausruf an Herrn Camphausen in Berlin und an das ganze preußische Volk“ ausspricht, daß die „Verurteilung der Russen“ und der „geheimen Einfluß einer sogenannten Hofmarilla“ nur „das Hirngespinnst der Radikalen“ seien. Den Vertrauensseligen, die meinten: „Wir dürfen nimmer den Gedanken in uns aufkommen lassen, daß unser König am Vaterland treulos werden könnte“, dürften nachher die Augen ellig auf- und übergegangen sein.

Der Selbstverrat des Bürgertums überhob den König der Inanspruchnahme des russischen Beistands. Der Jar bekam aber Gelegenheit, zu beweisen, daß ihm die „Solidarität der konservativen Interessen“ kein leerer Schall sei, als in Oesterreich-Ungarn fürst Windischgrätz 1849 sich vor den moharischen Massenaufgeboten „rückwärts konzentrieren“ mußte. Am 1. Mai 1849 kündigte die „Wiener Zeitung“ amtlich die russische Intervention zu österreichischen Gunsten an: „Der Rußland in Ungarn hat seit einigen Monaten eine solche Ausdehnung genommen, und er zeigt in seiner dermaligen Phase so entschieden den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei, daß das Interesse sämtlicher Staaten ein gemeinschaftliches ist, die österreichische Regierung in dem Kampfe gegen die Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung zu unterstützen. Aus diesem Grunde hat sich der Kaiser von Oesterreich betrogen gefunden, die benachbarte Hilfe Rußlands in Anspruch zu nehmen, und selbe ist ihm vom Kaiser Nikolaus mit edelster Bereitwilligkeit sofort und in dem ausgedehntesten Maße zugesichert worden.“ Da haben wir die heilige Alliance, wie sie leibt und lebt. Die mostowitische Bundeshilfe führte freilich als unangenehme Zugabe die bittere Pille, daß der russische Feldherr Paskeiwitsch nach der Kapitulation von Vilagos an den Jaren berichtete: „Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät“.

Eine gleich blutige Veleidigung wurde Friedrich Wilhelm IV., der sich derozeit um die Solidarität der konservativen Interessen verdient machte, indem er dem König von Sachsen und dem Großherzog von Baden seine Truppen zur Niederwerfung der Revolution schickte, ohne die mindeste Kränkung seines „nationalen Empfindens“. Von Rußland nahm er die größten Demütigungen als König von Vätertums Gnaden ruhig hin. Wie sehr er sich in den Gedanken eingelebt hatte, Nikolaus Vasalle zu sein, beweist sein berühmter Toast auf den „Vater des Vaterlandes“, wie die patriotischen Junker Preußens ihren Schutzheiligen nannten: „Gott erhalte ihn dem Weltteil, den Gott ihm zum Erbteil gegeben hat, und der Zeit, der er unentbehrlich ist!“ Das schöne Verhältnis ward durch den Krimkrieg vorübergehend gestört. Aber die erste That Bismarcks auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bestand darin, daß er den abgerissenen Faden wieder aufnahm, indem er alsbald nach dem Ausbruch des polnischen Aufstandes von 1863 dem Jaren preussischen Beistand antrug. „Unser Ansicht nach“, instruierte er seinen Sendling nach Petersburg, General v. Alvensleben, „ist demnach die Stellung beider Höfe der polnischen Revolution gegenüber sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, die von einem gemeinschaftlichen Feinde bedroht werden.“ Doch er wegen der Alvenslebenschens Konvention vom 1. Februar 1863 im preussischen Abgeordnetenhause von seinem späteren Verehrer v. Sybel der „Mitschuld an einer kolossalen, von ganz Europa mit stiller Entrüstung beobachteten Menschenjagd“ bezichtigt wurde, genierte den Säkularmenschen natürlich höchst wenig.

Er fühlte sich dadurch gerade so wenig in seinem Gewissen beschwert, wie acht Jahre später dadurch, daß er sein gerüttelt und geschüttelt Maß Mitschuld trug an den schrecklichen Massenmorden, womit die Versailer ihren Sieg über die Kommunisten feierten; indem er der französischen Bourgeoisie Beistand leistete, der bewies, daß trotz erheblich veränderter Verhältnisse die „Solidarität der konservativen Interessen“ fortdauerte, wenn auch mit etwas veränderten Sinn. Unter den konservativen Interessen standen jetzt bereits die des Kapitalismus allenthalben in vorderster Linie. „Die große

*) Rudolf Camphausens Leben. Nach seinem schriftlichen Nachlaß dargestellt von Anna Casparh. Stuttgart und Berlin 1902. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf.

Gefahr aller Länder liegt wohl jetzt im Socialismus“, schrieb Bismarck am 8. März 1871 nach Abschluß des Präliminarfriedens mit Frankreich aus Versailles an seinen Bruder. Dem Socialismus gegenüber erschien die bürgerliche Republik als gesellschaftsverfallende Macht, die in eine heilige Alliance mit monarchischen Staaten hineinpakte. Und so verbündete sich Bismarck nach kaum beendigtem Kriege ohne weiteres mit den französischen Machthabern, als der 18. März 1871 das einstimmige Gutgeheul der herrschenden Klassen von Europa wahrrief. Bismarck selber freilich hat die Sache in Reichstage so dargestellt, als wenn er sich in den französischen Bürgerkrieg nur insofern eingemischt habe, als nötig gewesen sei, um die Ausführung der Friedensbestimmungen sicher zu stellen; im übrigen habe er sich an das „Programm der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker“ gehalten. Die freche Lüge hat denn auch schon in die patriotischen Geschichtsbücher Eingang gefunden, die dreist und gottesfürchtig behaupten, Deutschland habe sich dem Kommunal-Aufstand gegenüber „vollständig neutral“ verhalten. Nicht genug damit, daß Bismarck den Versailern die Kriegsgefangenen wieder zugehen ließ, so rasch die Eisenbahnzüge laufen konnten, daß die deutschen Truppen die Ostfront von Paris hermetisch gegen außen abschloßen, — im Notfall würden sie auch aktiv zu Gunsten der Versailer eingeschritten sein, wie zur Evidenz aus Aufzeichnungen Bismarcks vom 8. April 1871 hervorgeht. Sie dienten als Grundlage zum Vortrage beim König und handelt von der Lage gegenüber der Kommune. Da heißt es u. a.: „Den Angriff auf Paris unterstützen wir durch unsere bloße unmittelbare Anwesenheit, durch die Abperrung der Verbindungen nach unserer Seite, und können ihn verstärken durch Artillerie-Gewirkung, wenn ein aktives Einschreiten von der französischen Regierung in Anspruch genommen werden sollte, was freilich nur in der äußersten Not geschehen wird.“

So bleibt unerklärter bestehen die Charakteristik, die Marx in der Adresse des Generalrats der Internationalen über den Bürgerkrieg in Frankreich dem Verhalten Bismarcks angedeihen läßt. Er nennt Preußen den „gemieteten Bravo“ der französischen Kapitalisten, weil es im voraus die Zahlung seines Blutgeldes von 500 Millionen von dem Fall von Paris abhängig machte. Nachher folgen die denkwürdigen Sätze: „Daß nach dem gewaltigsten Kriege der neueren Zeit die siegreiche und die besiegte Armee sich verbänden zum gemeinsamen Abschlagen des Proletariats — ein so unerhörtes Ereignis beweist, nicht wie Bismarck glaubt, die endliche Niederbrüdung der sich emporarbeitenden neuen Gesellschaft, sondern die vollständige Zerbröckelung der alten Bourgeoisgesellschaft. Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwandel, der keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der bei Seite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert. Die Klassenherrschaft ist nicht länger im stande, sich unter einer nationalen Uniform zu verdecken; die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat!“

Wie sehr diese Sätze heute wieder gelten, muß nachgerade auch dem blödesten Auge klar werden. Die Folgerung, die sich aus der Solidarität der konservativen Interessen für das Proletariat ergibt, ist schon in den Zeiten des Völkerrühmings von 1848 im Programm der „Neuen Rheinischen Zeitung“ gezogen worden; sie lautete: „Wir würden der Reaktion und der brutalen Gewalt erliegen, wenn die Verschwörung unsrer inneren Feinde mit dem russischen Militärdespotismus gelänge. Wir wollen daher die heilige Alliance der Völker.“ Diese heilige Alliance wird heute eine immer mächtvollere Thatsache in der Internationale der Arbeit: dem roten Banner der Internationalität zu folgen, das ist eine der lautesten Mahnungen, die aus den Zeiten der Märzrevolution herüberdröht, deren Blutzeugen im Friedrichshain heute ihre jährliche Guldigung empfangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März.

Abgeordnetenhans.

Das Abgeordnetenhans legte am Dienstag die Beratung des Kultus-Etats beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ fort. Die Kunst-Debatten, die sich an dieses Kapitel zu knüpfen pflegen, zeichnen sich stets durch ganz besondere Oberflächlichkeit aus. So auch diesmal. Verschiedene Redner forderten eine Erhöhung der für die Restauration alter Wandentwürfe ausgetworfenen Summen, eine Forderung, deren Erfüllung die Regierung in Aussicht stellte. Abg. Knapp (natl.) äußerte sich abfällig über die Seccession und wünschte eine größere Berücksichtigung der zeitgenössischen Kunst in der Nationalgalerie, während Abg. Schmitz (C.) für die Förderung der christlichen Kunst eintrat.

Gelegenheit, sich als Oppositionspartei zu zeigen, gab den Konservativen die Forderung von einer Million als erste Rate zum Neubau der königlichen Bibliothek, der Universitätsbibliothek und der Akademie der Wissenschaften auf dem sogenannten Akademiediertel dafelbst. Früher wollte die Regierung die Akademie der Künste auf dies Viertel mit verlegen. Der Plan wurde vom Hause genehmigt und das Geld bewilligt. Jetzt hat sie davon abgesehen, die Akademie der Künste dort unterzubringen, und sie schlägt deshalb die Verlegung der Universitätsbibliothek nach diesem Viertel vor. Der konservative Abgeordnete v. Pappenheim erklärte zwar, daß seine Freunde, der Rot gehörend, nicht dem

*) Militärische Korrespondenz. III O. Nr. 803.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Eigenen Liebe, für das neue Projekt stimmen würden, griff aber die Regierung heftig an, daß ihr die richtige Erkenntnis so spät gekommen sei. Er machte sogar die dunkle Andeutung, ein Teil seiner Freunde werde aus dem Verhalten der Regierung seine eigenen Konsequenzen ziehen. Die Herren werden doch nicht etwa gegen den gesamten Etat stimmen. Graf Limburg (L.) versuchte nach einem kleinen Vorstoß gegen Berlin, daß seiner Meinung nach eine Extrastunde dafür zu zahlen hat, daß wissenschaftliche Institute vom Staate in seinen Mauern errichtet werden.

Nach längerer Debatte über das technische Unterrichts- wesen, wobei von fast allen Rednern eine größere Förderung der technischen Hochschulen angeregt wurde, vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Die Sitzung beginnt bereits um 10 Uhr, damit die zweite Lesung des Etats bis Sonnabend beendet sein kann.

Ein König gegen eine Frau.

Es geht felsam her im Hause August des Starren. Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht soeben — wie zur Begrüßung der Ankunft Wilhelms II. in Dresden — folgenden landesväterlichen Erlaß, der keine ministerielle Gegenzeichnung trägt:

„An mein Volk!“

Im Begriff, zur Erholung nach langer, erster Krankheit in den Süden zu reisen, drängt es mich, noch einmal allen denen, welche bei Gelegenheit des schweren Unglücks, welches über mich und meine Familie hereingebrochen ist, mir herzliche Beweise der Teilnahme gegeben haben, von ganzem Herzen zu danken. Mit diesem Ausdruck des Dankes verbinde ich den Ausdruck der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Ursache und Anregung, welche sich infolge der betrübenden Vorgänge des vergangenen Winters weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat, endlich der Ruhe und dem früheren Vertrauen Platz machen wird. Glaubt nicht denen, die Euch versichern, daß hinter all dem Unglücklichen, das uns betroffen hat, nur geheimnisvoller Lug und Trug verborgen sei, sondern glaubet dem Wort eures Königs, den Ihr nie als unwahr erkannt habt, daß dem unendlich Schmerzlichen, das über uns hereingebrochen ist, lediglich die ungebändigte Leidenschaft einer schon lange im Stillen tief gefallenen Frau zu Grunde liegt. In der Ueberzeugung, daß mein Volk mir vertraut und sich in meiner tiefen Bekümmernis immer mehr um mich scharen wird, trete ich, von zuversichtlicher Hoffnung erfüllt, meine Reise an.

Es ist in der Hofgeschichte bisher unerhört gewesen, daß der Chef einer Königsfamilie sich mit einem Erlaß an sein Volk wendet, wenn ein männliches Familienmitglied die Ehe gebrochen. Aber eine fürstliche Frau wird nun in feierlichster Form in Acht und Bann erklärt — ungeachtet des Christenwortes: Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie. Ueber „ungebändigte Leidenschaft“ von Prinzen und Königen wird dem Volke nichts ver- lündet.

König Georg bittet „sein“ Volk, nicht an das Märchen zu glauben, daß eine jesuitische Intrigue die Flucht der Prinzessin Luise veranlaßt. Sie selbst nur, sie allein trägt die Schuld. Ihre „ungebändigte Leidenschaft“ war ihr Verhängnis. Und dann wird gegen die ganze Vergangenheit der Prinzessin Anklage erhoben: sie sei schon so lange eine im Stillen tief gefallene Frau gewesen. Mit dieser Andeutung wird schmutzigem Klatsch und gemeiner Verleumdung neue Anregung gewährt.

Gleichwohl, trotz dieser nachträglichen Beschuldigung wäre die längst tief gefallene Frau eine geheizte, bhantantisch angefeuertete Königin — ein Ideal für „ihre“ Volk — geworden, wenn sie ihrer ungebändigten Leidenschaft weiter eben nur im Stillen gelebt hätte, wenn sie nicht den Mut gefunden hätte, die Lüge abzuwerfen und sich zu ihrer Leidenschaft offen zu bekennen. Gerade das, was diese Frau und ihr Schicksal achtungswürdig bei allen Menschen reinerer und freierer Sittlichkeit macht, gerade ihr stolzer Wahrheitsmut hat sie der Hofmoral als verderbtes Geschöpf erscheinen lassen, das fortan vogelfrei jedem Angriff und jeder An- schuldigung schonungslos ausgeliefert werden darf.

Gerade der Erlaß des Königs muß geeignet sein, der unglück- lichen Frau verstärkte Sympathien zuzuwenden. Denn er beweist, daß am höchsten Hofe moralische Anschauungen herrschen, in denen eine feinere Natur nicht atmen kann. War die Prinzessin Luise wirklich „längst gefallen“, so hätte die Ehe eben längst — nach der bürgerlichen Moral — getrennt werden müssen. Die Anklage aber erst in dem Augenblick zu erheben, erst dann den Stein zu werfen, da die Frau sich zu ihrer Reizung offen und ehrlich zu bekennen wagte, das verrät eine Anschauung, welche die Aufhebung echter Sittlichkeit bedeutet.

Der Fall beweist eines: die Hofliste verfolgt ebenso unerhörtlich die Reyer, die ihrer Enge zu entfliehen wagen, wie die orthodoxe Kirche die Abtrünnigen. So lange jemand in der Kasse bleibt, darf er thun und lassen, was er will. Wagt er aber sich zu entweichen, dann wird kein Mittel verschmäht, um ihn als Verräter an den heiligsten Interessen hinzustellen.

Die Lage in Holland.

Die Versammlung von Vertretern der Arbeiterorganisationen, die das Abwehrkomitee am Sonntag zusammenberufen hatte, führte eine gewisse Klärung über den gegenwärtigen Stand der Verhältnisse herbei. Besonders trat die Tatsache hervor, daß die Arbeiterschaft einig und fest entschlossen ist, ihren Kampf gegen die Zwangsgeetze fortzusetzen und daß die schmähtliche Behandlung der Interpellationen durch die Regierung und Annahmehemerei nur dazu beigetragen hat, die Protestbewegung der Arbeiter zu stärken. Das geht deutlich aus dem nachstehenden Bericht unfres Amsterdamer Korrespondenten über die Beschlüsse jener Versammlung hervor:

„Für Sonntagmittag 12 Uhr hatte das Centrale Abwehr- Komitee im Gebäude des Allgemeinen Niederländischen Diamant- arbeiter-Bundes eine Versammlung der verschiedenen Central- vorstände der niederländischen Gewerkschaftsverbände, der Social- demokratischen Arbeiterpartei und der Freien Socialisten einberufen, die zusammen 90 000 organisierte Arbeiter vertreten und aus deren Mitte seiner Zeit das Abwehrkomitee entstand. Zweck dieser Ver- sammlung war, die gegenseitige Fühlung zu erhalten und nochmals wegen des weiteren Verhaltens dem Abwehrkomitee mit Rat und Tat beizustehen. Einstimmig wurde beschlossen, auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiterzugehen, d. h. den Beschlüß der Versammlung vom 20. Februar als Leitfaden zu beobachten. — Betreffs der Frage, ob partielle Streiks proklamiert werden sollen, wurde beschlossen, dies dem Urteil der betreffenden Gewerkschaftsverbände selbst zu über- lassen. Ferner wurde beschlossen, Abgeordnete nach dem Ausland zu entsenden, um die ausländischen Arbeiterorganisationen mit der Lage bekannt zu machen und um sich eventuell noch mehr Unter- stützung, als bis jetzt bereits zugeflutet ist, zu sichern. Außer der Agitation in den Städten wird das Abwehrkomitee auch die Agitation auf dem Lande kräftig in die Hand nehmen. Außer in Versammlungen wird man auch schriftlich die Folgen, die für die organisierten Arbeiter aus dem Befehl erwachsen würden, so eindringlich wie möglich auseinandersetzen. Der Vorschlag, das Abwehrkomitee zu erweitern, wurde mit allen gegen 5 Stimmen verworfen, wodurch die Versammlung zugleich dem Abwehrkomitee ihr Vertrauen aus- sprach.“

Durch diese Beschlüsse zeigt die Versammlung der Vertreter der organisierten holländischen Arbeiterschaft, daß sie keinen Daumen breit abweicht von der ursprünglichen Forderung: keine Anbelagerung der Arbeiterorganisationen.

Die Arbeiterschaft steht also in ihrem Widerstand noch un- gebrochen da. Nicht so die Regierung, die — wenn die Anzeichen nicht trügen — unschlüssig ist. So meldet man dem „Arch. Cit.“, daß die öffentliche Behandlung der Entwürfe bestimmt nicht vor Ostern zu erwarten sei, daß die Regierung aber durch Regierungsbeschlüsse und in Uebereinstimmung mit den Eisenbahn- direktionen ein Schiedsgericht zur Regelung der Beschwerden ernennen werde, ohne das Ergebnis der Enquete abzuwarten. Hier und da werden frühere militärische Maßregeln zurückgezogen, u. a. mehrere Brigaden der Gendarmen in Abwartung näherer Befehle nach ihrem Standort zurückgeführt. Ferner verkündet, daß die Aushebungen von 1900 und 1901 bald wieder beurteilt würden; von anderer Seite jedoch heißt es allerdings, daß hierüber „offiziell nichts bekannt sei.“ Auch eine Besprechung, die zwischen dem Regierungskommissar der Provinz Nord-Holland und dem Kriegsminister am Freitag stattfand, scheint Bezug auf die gegenwärtige Lage zu haben!

„Was nun?“ Unter diesem Titel veröffentlichte „Het Volk“ gestern einen Leitartikel, der von principieller Bedeutung für die gegenwärtige Situation ist. Wäre die Regierung, so wird in dem Artikel ausgeführt, den von Troelstra in der Kammer vorgetragenen Wünschen nachgegeben, so wäre das Wesen eines neuen Aus- standes vollkommen verschwinden. Jetzt aber ist die Lage derart, daß — wenn die Regierung nicht noch nachgibt — eine Menge kleinerer und größerer Streiks voraussehen sind, die schließlich, falls die berichtigten Strafbestimmungen doch vor die Kammer kommen, in einen großen Aufruhr, namentlich im Transportgewerbe, ausmünden können. Der Umstand, daß die Gewerkschaften durch die Zwangsgeetze in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt werden sollen, nötigt sie direkt, sofern sie Aussicht haben, durch Lohnkämpfe etwas zu erreichen, vor dem Zustandekommen der neuen Geetze ihre Streiks durch- zuführen.

„Die Eisenbahnerorganisationen“, schreibt „Het Volk“, „haben denn auch nicht die beantragte Enquete abgewartet, um ihre Forde- rungen zu stellen. Mit Recht; denn da die Ausführung dieser Enquete gepaart sein soll mit einem Beschluß, durch den ihnen die Waffe, ihre Forderungen durchzuführen, das Streikrecht, entzogen werden soll, müssen sie dafür sorgen, daß die Verhandlungen mit den Direktionen bereits vorher beendet sind. Ein Ulti- matum an die Direktionen kann jetzt nicht ausbleiben und nicht auf einen zu langen Termin gestellt werden. Die Zeit ist kurz, weil die Regierung ihre Strafbestimmungen durchsetzen will. — Die Regierung verfehlt diese Arbeiter in einem Ausnahmestand; ist innerhalb einiger Wochen nicht eine annehmbare Regelung mit den Direktionen zu stande gekommen, so ist der Streik unvermeidlich. Die Organisationen können mit dem Streik ja nichts verlieren, so lange zu erwarten ist, daß sie doch durch die Regierung lahmgelegt werden sollen. So legt die Regierung, falls sie nicht binnen einigen Tagen thut, was im Interesse des Volkes von ihr verlangt werden muß, den Grund zu einem neuen Eisen- bahnstreik, der das ganze Transportgewerbe in Amster- dam mitreißt wird. Das ist dann wohl ein Streik, verursacht durch die politischen Dummheiten der Regierung, aber kein „politischer Streik“, da es sich nur um gewerkschaftliche Forderungen handelt.“

Einen politischen Streik gegen die Zwangsgeetze anzuwenden, wie das besonders von Leuten befürwortet wird, die sonst gegen jede politische Aktion sind, hält „Het Volk“ unter den jetzigen Verhältnissen nicht für empfehlenswert. Das Abwehrkomitee habe seiner Zeit die Vollmacht erhalten, einen solchen Streik auszusprechen, wenn's erforderlich sein sollte; aber bis jetzt seien die andern Ab- wehrmittel keineswegs fehlerlos, sie hätten sich gewissermaßen bewährt. Die Aktion der organisierten Arbeiter innerhalb und außerhalb der Kammer hat bereits den Erfolg gehabt, daß die Herren offenbar keine Aussicht mehr haben, die Geetze vor Ostern zur Beratung zu bringen. Das wird also ungefähr bis zum 1. Mai möglich sein. Aber dann haben wir auch die Gelegenheit, durch eine mehr geregelte, sachliche und gründliche Besprechung der Annahme der Entwürfe entgegenzuwirken.“

Deutsches Reich.

Die Krankenversicherungs-Novelle in der Kommission.

In der Dienstags-Sitzung wurden die §§ 21—34 beraten. Zu § 21, der eine statistische Erhöhung oder Erweiterung der Minimalleistungen zuläßt, beantragten die Central-Abgeordneten, als Ziffer 2a die Befugnis einzuschalten, neben freier Kur und Ver- pflegung in einem Krankenhaus, falls der Unterbelegte Angehörige hat, deren Unterhalt bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten wurde, ein Krankengeld bis zur Hälfte des durchschnitt- lichen Tagelohnes zu bewilligen. Der Antrag wurde an- genommen. Zur Ziffer 3 beantragten die socialdemo- kratischen Mitglieder der Kommission, den ledigen, in einem Krankenhaus untergebrachten statt $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$ des durchschnittlichen Tagelohnes bewilligen zu lassen. Auch dieser Antrag fand Annahme. Dagegen stimmten die Konserverativen und Reichsparteiler.

Ziffer 3a, welche die Gewährung von „Fürsorge für Rekon- valeszenten“ zuläßt, gab Anlaß zur Erörterung der sogenannten Wald-Erholungsstätten. Abg. Stadthagen hob hervor, daß einige Aufsichtsbehörden die Ansicht vertreten, es könne neben dem Aufenthalt in solchen Stätten, deren Gedeihen im Interesse der Volksgesundheit liege, kein Krankengeld gezahlt werden. Diese Ansicht sei falsch; freilich könne kein Krankengeld, aber eine Unter- stützung in Höhe des Krankengeldes und darüber hinaus gewährt werden, da Ziffer 3a Fürsorge für Rekonvaleszenten un- beschränkt zulasse. Diese Auslegung wurde von dem Re- gierungsvertreter als zutreffend bezeichnet. Vom Geh. Reg.-Rat Caspar wurde hervorgehoben: Die Entscheidung sei von Fall zu Fall danach zu treffen, ob es sich um einen Rekonvaleszenten handle, der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eine Erholungsstätte und Unterstützung bedarf. Der preussische Handelsminister habe die Frage, ob Krankenkassen berechtigt seien, Bei- hilfen für solche Heilstätten zu gewähren, im be- züglichen Sinne entschieden. In gleichem Sinne ließen sich Geheim- rath Regierungsrat Hofmann und Präsident Schider aus. Letzterer betonte, daß ja auch Wabeluren, Luftkuren und dergleichen bewilligt werden können. Die Krankenkassen gehen also Schereereien mit Aufsichtsbehörden aus dem Wege, wenn sie die in Erholungsstätten aufgenommenen Unterstützungen zahlen, diese aber nicht Kranken- geld, sondern Unterstützungen nennen.

In Ziffer 5 des § 21 wurden auf Antrag des Abg. Hofmann (Dillenburg) die Worte „im Falle der Entbindung“ gestrichen. Dieser Antrag ist eine redaktionelle Folge der Ausdehnungsmöglichkeit einer Unterstützung für die Zeit vor der Entbindung. In Ziffer 6 wurde auf Antrag des Abg. Köstke (Dessau) die Möglichkeit festgelegt, den Wundelatz des Sterbegeldes statutarisch auf 50 M. zu erhöhen.

Zu § 26a beantragten die Socialdemokraten die Möglichkeit zu streichen, das Krankengeld im Falle einer Doppelversicherung bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes zu kürzen. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, diese Vorschrift enthalte eine

schwere Schädigung der Versicherten und vieler reeller Klassen. Eine Doppelversicherung werde von vielen Arbeitern für nötig erachtet, weil die Krankenkasse für den Fall insbesondere einer Aufnahme ins Krankenhaus bei weitem nicht das gewährt, was zur Erhaltung der Familie erforderlich ist. Der Kranke bedarf in den weitaus meisten Fällen mehr als der Gewöhnliche. Mit 25 bis 75 Pf. Krankengeld könne eine Familie nicht auskommen. Der Arbeiter sorgt für seine Familie, wenn er Doppelversicherung vornimmt. Es sei gänzlich ungerechtfertigt, dem Arbeiter das zu kürzen, wofür er aus eignen Mitteln die zweite Klasse bezahle ja der Arbeiter gänzlich allein sich versichert habe. Thatsächlich ist die Existenz von so genannten Schwindelfassen mit auf diese Vorschrift des § 26a zurückzuführen. Diese Schwindelfassen-Vegete können ja nicht ver- kürzt werden. So sei es begreiflich, wenn neben allein durch Arbeiter geleiteten verständigen Zuschussklassen Schwindelfassen, die dem § 75 nicht entsprechen, als freie Hilfsklassen sich aufstufen. Diese Schwindel- klassen nehmen die Beiträge des Arbeiters, werfen ihn aber auf Grund einer dolosen Vorschrift der Statuten hinaus, sobald er aus einer länger dauernden Krankheit Ansprüche erhebe, oder machen alle möglichen Weiterungen, oder stellen ihre Zahlungen ein, oder werden wegen Inzulänglichkeiten behördlich geschlossen. Die arge Schädigung durch Schwindelfassen bilde eine ständige Rubrik in der Arbeiterpresse, Klagen über solche Schwindelfassen werden in den Arbeiter-Sekretariaten und Redaktionen massenhaft vor- gebracht. Welch ungeheuren Umfang dieser Schwindel erreiche, zeige ein Blick auf die insolge behördlichen Einschreitens in den letzten Jahren geschlossenen Institute dieser Art. So seien geschlossen z. B.: die Allgemeine Volks-Krankenkasse E. H. 128 zu Berlin, die Samariter-Vereinigung und Krankenkasse E. H. 141 zu Leipzig, Fortuna, Krankenkasse in Deutschland zu Leipzig, die Badische Kranken- zuzugs- und Sterbekasse, die Thüringia zu Gienach, die Vorkwärts- Krankenkasse zu Leipzig, die Wohlfahrts-Str. K. E. H. 185 zu Berlin, die allgemeine deutsche Krankenkasse „Eiche“, die Central-Krankenkasse für Deutschland (E. H. 134), Fürsorge-Volks-Krankenkasse (E. H. 138) zu Berlin, die Münchener Babaria-Krankenkasse, die hannoversche Union, die heilliche Hilfs-Krankenkasse für ganz Deutschland „Glück- auf“, andre Klassen dieser Art, wie die „Hilfe“ zu Berlin, die Leipziger Central-Krankenkasse zu Leipzig, die „Sanitas“ zu Berlin, die sächsische Central-Krankenkasse zu Chemnitz oder der zu Chemnitz domizillierte allgemeine deutsche Unterstützungsverein, die deutsche Kranken-Versicherungskasse zu Dresden ent- halten statutarische Vorschriften und eine Geschäftsführung, die eine Schließung auch dieser Klassen nur als wünschenswert erscheinen lassen. Der Regierungsvertreter Geh. Regierungsrat Hofmann gab zu, daß auf diesem Gebiete der Schwindel florire. Preußen gehe streng vor und hoffe, daß mit dem 1. Juli dieses Jahres wenigstens in Preußen alle Schwindel- klassen beseitigt sein werden. Den Antrag bitte er mit Rücksicht auf die finanzielle Belastung gerade der dem § 25 ent- sprechenden Hilfsklassen abzulehnen. Ihm wurde erwidert, daß freie Hilfsklassen nur dann von der Vorschrift des § 26a Gebrauch machen, wenn dies auch Orts-Krankenkassen thun. Schließlich wurde der socialdemokratische Antrag gegen 6 Stimmen (3 Socialdemokraten, 2 Freisinnige und Comp.) abgelehnt.

Der Regierungsabgesandte auf Beseitigung der Aus- nahmestellung der durch geschlechtliche Aus- schweifungen verursachten Krankheiten wurde ohne Widerspruch genehmigt. Ferner wurde auf Antrag des Abg. v. Savigny (L.) gegen die Stimmen der Konserverativen die nach § 20 Ziffer 2a zu- lässige Ordnungstrafe bis zu 20 M. auf eine solche bis zum drei- fachen Betrage des täglichen Krankengeldes umgewandelt. In Nr. 6 wurde in Verfolg der zu § 20 beschlossenen Erhöhung von 4 auf 5 M. gleichfalls der Satz von 4 auf 5 M. erhöht. Im § 31 wurde bestäti- gung der von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Beitrags- sages von 2 auf 3 Proz. genehmigt. Vor Eintritt in die Debatte über §§ 34a, 35, 42 (Beschränkung der Selbstverwaltung) wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Der Centralverband deutscher Industrieller

Hielt am Dienstag im Berliner Kaiserhof eine Delegiertenversammlung ab. Der frühere Generaldirektor der Krupp'schen Werke widmete seine Begrüßungsgrede dem Andenken seines ehemaligen „Chefs“. Der Ton klang gegen die erste Zeit der Krupp-Adressen merklich gedämpft.

Die tragischen Umstände, unter denen der Tod erfolgte, sind noch in unsrer aller Gedächtnis. Das hochherzige ritterliche Ein- treten Sr. Majestät des Kaisers und Königs für den verstorbenen Freund soll in der deutschen Nation und in der deutschen Industrie nicht vergessen werden.

Herr Jenck brachte es dann fertig, den armen Krupp für das kapitalistische Ausblühen der Werke und die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ verantwortlich zu machen. Ja, er feierte sogar Krupp, der in Privatunterhaltungen gelegentlich recht nachdenkliche Bemerkungen über eine gewisse Berechtigung der Socialdemokratie gethan haben soll, als Helden wider die Socialdemokratie: Krupp hätte mit rücksichtsloser Energie jeden Versuch der Socialdemokratie, in der Fabrik Fuß zu fassen, zurückgewiesen. Herr Jenck erzählte mit dreifacher Stirn:

Wenn die deutsche Industrie auch heute noch mit ihrem bei weitem größten Teile der Socialdemokratie gegenüber einen durch- aus ablehnenden und mit Recht unterirdischen Stand- punkt einnimmt, soll sie nicht vergessen, daß dieser Standpunkt ihr erschwert und vielleicht unmöglich gemacht sein würde, wenn der größte Industrielle Deutschlands auch nur ein Titelchen von dem Grundsatze, daß der Fabrikant Herr im Hause sein möchte, preis- gegeben hätte. Ich bezweige es, daß in allen hiermit zusammen- hängenden Fragen, welche für die deutsche Industrie Lebens- fragen sind, zwischen dem Verstorbenen und seiner Ver- waltung thatsächliche Uebereinstimmung vorhanden war. Wäre der Verstorbene ein schwacher Charakter gewesen, wäre er namentlich sehr starken Einflüssen, welche Ende der achtziger und anfangs der neunziger Jahre auf ihn ausgeübt wurden, zugänglich gewesen, wäre er sich weniger derjenigen Politik bewußt geblieben, welche auf ihm, als dem ersten deutschen Industriellen ruhten und welche insbesondere auch dahin gingen, in seiner Fabrik ein Volkwerk gegen das Eindringen socialdemokratischer Ideen zu schaffen und damit den Widerstand der ganzen deutschen Industrie zu stärken — wäre das alles gewesen, so läge kein Grund für die Socialdemo- kratie vor, ihn dermaßen zu hassen, wie sie es gethan und noch jetzt thut.

Die Thatsache ist ja richtig, daß im Reich Krupp ein Fabrik- kapitalismus rohester und rückfälliger Art herrschte und herrscht. Nur daß die Socialdemokratie niemals Krupp dafür verantwortlich gemacht und deshalb auch keinen Grund zu persönlichem Haß gehabt, sondern die in seinem Namen herrschende Sippe, die von Herrn Jenck geleitet wurde. Nicht uninteressant ist die Anspielung auf die Einflüsse um die Wende der neunziger Jahre, die auf eine ver- nünftiger Socialpolitik hinwirkten. Sind damit die kaiser- lichen Februarerlasse gemeint?

Von dem Kanzerplatten-Skandal und der Ueberborteilung bei sonstigen Reichsforderungen der Firma Krupp sprach Herr Jenck nicht. Den Geschäftsbericht erstattete dann Herr Vued. Die Kardöfferei wurde gebilligt, obwohl die Industrie schwere Bedenken gegen den Tarif, wie er Befehl geworden, hatte:

„Die Industrie müsse die Läuferung ihrer Hoffnungen als Opfer betrachten, die sie für die Bekämpfung der Socialdemokratie ge- bracht habe. Eine andre Frage sei, was von Handelsverträgen erwartet werden könne, die auf der Grundlage dieses Tarifs ge- schlossen werden. Er, Redner, habe niemals Gehl aus seiner Ansicht gemacht, daß, wie die Sache einmal liefe, es für die Industrie vorteilhafter gewesen wäre, wenn der neue Tarif nicht zu stande gekommen wäre und die Handelsverträge auf der Grundlage des alten Tarifs abgeschlossen worden wären. Auch die Bundes- regierungen würden, wie der Abg. v. Kröcher darraten habe, dem Tarifentwurf seine Thron nachgeweiht haben, wohl in der Er- kenntnis, daß es den hohen Tarifen der andern betreffenden Länder gegenüber ein schweres Werk sein werde, mit hohen Agrar-

zöhen und wesentlich herabgesetzten Industriezölle Handelsverträge abzuschließen."

Die Hauptsache aber sei der Kampf gegen die Socialdemokratie: Der Kampf gegen die Socialdemokratie sollte das hauptsächlichste Ziel der maßgebenden Kreise und der bürgerlichen Parteien sein. Das werde aber bedauerlicherweise nicht erlangt. Der Herr Staatssekretär des Innern betrachte die Socialdemokratie nicht mehr für eine Partei, die den Umsturz des Staats und unfruchtbar Wirtschaftsdiskussion aufreibe, sondern als eine Arbeiterpartei, womit sie in die Kreise der bürgerlichen Parteien gerückt werde. Im Hinblick auf die freihandliche Ausfuhr von Waren und Schifffahrt seitens der Socialdemokratie, die sich unter dem Schutze unserer Gesetze vollziehen, kam der Redner zu der Frage, ob die zur Schrankenlosigkeit angeordnete Freiheit der Rede, der Presse und wohl auch des Vereins- und Versammlungsdrehtes ferner wie bisher als unbedingtes Korrelat der höchsten Staats- und Kulturentwicklung anzusehen sei, oder ob nicht gerade die Erhaltung des Staates und unserer Kultur unbedingt Remedur erfordere.

Herr Bued wünscht also die Uebertragung der Praxis im Reiche Krupp und Stumm auf die deutsche Reichspost. Mit dem neuen Eisenbahnminister ist Herr Bued sehr zufrieden, ebenso mit der Postverwaltung. Und er sprach den Wunsch aus, daß diese Grundzüge auch bei den andern höchsten Reichsbehörden Eingang finden werden und daß die Hoffnungen des Abgeordneten Hofe auf eine feine weitgehenden sozialen Ideen und Pläne fördernde neue sociale Aera Bälou-Podadowy auf Sand gebaut sein möchten.

Der Geschäftsführer kam auch auf den bedauerlichen Beschluß des Reichstages zu sprechen, der die Industrie mit der unbegründeten Erhöhung der Reservefonds der Berufsgenossenschaften so schwer belastet habe.

Herr Bued brachte einen Antrag ein, der sich gegen den Antrag Seyl (Verlängerung der Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter und Frauen) als „einen im hohen Maße schädigenden Eingriff in die Interessen der Industrie und Arbeiterschaft (1)“ wendet. Der Antrag Bued wurde einstimmig angenommen.

Zur Handelsvertrags-Politik wurde eine Resolution angenommen, die sich einerseits über die nicht ausreichende Höhe industrieller Zölle beklagt, andererseits für langfristige Handelsverträge ausspricht.

Ueber das Krankenversicherungs-Gesetz referierte Tille. Er erklärte sich gegen die Verabschiedung der jetzt dem Reichstage vorliegenden Novelle, damit ein späterer Entwurf auch die Organisation gründlich ändere. Wie diese Organisation nach dem Herzen der Scharfmacher sein soll, geht aus der angenommenen Resolution hervor, in der es heißt:

„Der Centralverband erhebt entschiedenen Einspruch gegen die gesetzliche Regelung dieser Punkte (d. h. der Verbesserungen der jetzigen Novelle) ohne gleichzeitige Vornahme der von ihm und weiten andern Volksteilen für dringend notwendig erachteten weiteren Reformen des Krankenversicherungs-Gesetzes.“

Als solcher Reform bedürftig erachtet der Centralverband die durch ihre Organisation der socialdemokratischen Agitation völlig ausgelieferten freien Hilfsklassen und Orts-Krankenkassen und das Verhältnis der Krankenkassen zu den Bezirken und Apotheken.

Gegen die Erledigung der jetzt vorliegenden Novelle erhebt der Centralverband daher Einspruch in der bestimmten Voraussicht, daß durch die vorweggenommene Gewährung der bedeutungsvollsten, von den Versicherten erstrebten Vorteile, also ohne gleichzeitige Vornahme der notwendigen, im Interesse der Volksgesundheit, des sozialen Friedens und damit der Allgemeinheit liegenden weiteren organischer Reformen, diese nicht mehr zu erreichen sein würden wegen des dann sicher zu erwartenden Widerstandes seitens der socialdemokratischen Teile der gewerblichen Arbeiterschaft und daher auch seitens starker Parteien im Reichstage.“

Das „Wahlprogramm“ der Scharfmacher läßt wie man sieht, an gemeingefährlicher Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig. —

Die 12000 Mark-Spende für Prof. Franz Kaver Kraus wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in folgender Form bestätigt:

Im Jahre 1901 ist dem Professor Kraus von Reich wegen einer Summe von 12000 M. ausgezahlt worden, selbstverständlich nicht für seine publizistischen Privatarbeiten, sondern zu einer archäologischen, kunsthistorischen und kirchengeschichtlichen Aufgaben bestimmten Studienreise nach Italien und Ägypten. Diese Beihilfe ist nicht geheim gewesen, sondern aus dem offenen Dispositionsfonds des Reichskanzlers verliehen worden. Die Nachweisung darüber findet sich in der dem Reichstage vorgelegten Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1901, S. 107, Nr. 5. Als Prof. Kraus schon am Ausgang desselben Jahres in Italien starb, stellte das Reichsarchivar ordnungsgemäß Erkundigungen darüber an, wie weit die angewiesene Summe im Sinne des erteilten Auftrages bereits verwendet worden, und ob etwa ein das Reich zurückverbleibender Betrag verblieben sei. Nach Prüfung des Ergebnisses wurde mit Genehmigung des Reichskanzlers von einer Rückforderung Abstand genommen.“

Warum ist von der Rückforderung Abstand genommen? Die Angelegenheit ist durch die Erklärung durchaus nicht geklärt. Im Gegenteil! —

Rußland in der Mauer. Professor Rußland, der Theoretiker der Agrariv, ist wieder einmal in die Mauer geraten. Hatte er sich früher von der extremen Linken zum Agrarier hinübergemauert, so spürt er momentan wieder das Bedürfnis, seine ökonomischen Anschauungen der umgekehrten Revision zu unterziehen. Zur Verwirklichung seiner Absicht, ein Bureau für landwirtschaftliche Statistik einzurichten, hat er sich an einflussreiche Kreise der Berliner Handelskammer gewendet, denen er, gegen die Zulassung einer Unterstützung seines Projektes, nach dem „Verl. Tagebl.“ versprochen hat, seine bisherigen Ansichten über die Rolle des Getreidezweiges in der Landwirtschaft zu widerrufen.

Bei Herrn Rußlands bewegter wissenschaftlicher Vergangenheit nimmt uns die neue Metamorphose nicht Wunder; zu beklagen ist nur der heftige Landtags-Abgeordnete Köhler, der den Professor Rußland für eine physio-kritische Gegenpartei gegen den freihändlerischen Oberen Professor Biermer in Vorschlag gebracht hatte. —

Freisinn und Antrag Kardorf. Halle, 16. März. (Fig. Ver.) Der sogenannte Nationale Reichs-Wahlverein hat auch hier sein Unwesen getrieben und den Vorkandidaten neben der Kandidatur Schmidt noch einen Rechtsfreisinnigen in der Kandidatur des Amtsgerichtsrats Dr. Windheil beigesteuert. Die Nationalliberalen, Konservativen, die sogenannte Ordnungspartei und der Bund der Landwirte wollen gemeinschaftlich für Dr. Windheil eintreten. Letzterer macht den Wählern folgende Konzeption: Nachdem der Antrag Kardorf nun Gesetz geworden sei, habe er als Jurist mit diesem Vorlage zu rechnen, und er werde Handelsverträge, die auf der Grundlage dieses Gesetzes zu Stande kämen, seine Zustimmung geben. Die Konservativen bebauern, daß die freisinnige Volkspartei unter diesen Umständen die Kandidatur Schmidt nicht zurückgezogen habe, und die Liberale „Saale-Zeitung“ bezeichnet auch Dr. Windheil als einen freisinnigen Mann von „vornehmer Gesinnung“. Unfruchtbar Parteien kennen Dr. Windheil, der früher hier Staatsanwalt war, ganz genau, und der Wahlkampf wird hinreichend Gelegenheit geben, die vornehme Gesinnung dieses Herrn kennen zu lernen.

Reichsständische Verfassungsrevision. Die Mitglieder des Landesauschusses unterzeichneten eine Resolution, welche in der Forderung gipfelt, daß der Reichstag als gesetzgebender Faktor für Elsaß-Lothringen ausgeschaltet und dem Landesauschusse Befugnisse, Stellung und Name eines Landtages für Elsaß-Lothringen gewährt werden, sowie daß bei Veratung von Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten die drei von dem Landesherren zu ernennenden Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat stimmberechtigt sein sollen. —

Würden diese Forderungen acceptiert werden, so würde nach 32 Jahren Elsaß-Lothringen endlich in den Rang eines Bundes-

staates aufrücken, während es bisher im Bundesrat nur eine beratende, nicht aber auch eine beschließende Stimme besessen hat.

Der Landesauschuss hat seine Forderungen so niedrig gestellt, daß er wohl auf eine Annahme rechnen darf. Freilich verliert dadurch die Verfassungsrevision wieder so gut wie jede Bedeutung. So hat man vollständig darauf verzichtet, die Einführung des allgemeinen und gleichen direkten Wahlrechts für den Bundesauschuss zu verlangen. Das jetzige Wahlsystem des Bundesauschusses ist aber das denkbar reaktionärste, da diese Körperschaft teils von den Bezirksrägen, teils von den Gemeinderäten gewählt wird. Ferner hat man dem Kaiser das — ihm staatsrechtlich gar nicht zustehende — Recht eingeräumt, die drei Vertreter zum Bundesrat zu bestimmen, während doch sonst die Bundesstaaten ihre Vertreter selbst ernennen. Da dergestalt die Zahl der preussischen Bundesratsmitglieder indirekt erhöht werden würde, hat die Resolution des Landesauschusses die Bestimmung vorgeesehen, daß die reichsständischen Mitglieder des Bundesrats nur bei Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten stimmberechtigt sein sollen.

Wie man sieht, stellt diese Verfassungsrevision der Reichslande ein so reaktionäres Kompromiß dar, daß es ziemlich gleichgültig ist, ob sie zu Stande kommt oder ob es bei dem bisherigen Ausnahmezustand bleibt. —

Ein Kolonial-Standälchen.

In der „N.-W.-Ztg.“ lesen wir: „Der Distriktschef von Bethanien, Baron v. Stempel, hatte einen deutschen Händler Namens Groeneveld in Neetmanshoop deshalb konfiskiert, ihm dadurch seine wichtigsten Kunden entzogen und verschiedene Gerechtfame abgesprochen, weil er einen Fall schlimmer Mißhandlung eines gefangenen Regers durch einen Unteroffizier der Schutztruppe an eine nationale Berliner Zeitung mit der Hinzufügung berichtet hatte, wenn sie keine Verwendung dafür hätte, möchte sie das Manuskript an den „Vorwärts“ weitergeben. Das allein hatte für den Lieutenant Baron v. Stempel genügt, um den Groeneveld als Socialdemokraten zu brandmarken, was er nach unten Informationen keineswegs ist. Nur sein Verleumdung durch die Presse war dem Herrn unangenehm. Mehrmals hatte die Kolonialverwaltung die Aufhebung des Boykotts verfügt, ohne daß sich H. v. Stempel gefügt hätte. Erst die Veröffentlichung der Angelegenheit in der „N.-W.-Ztg.“ hat endlich ihre schleunige und wirkliche Regelung zur Folge gehabt. Wie uns aus Deutsch-Südwestafrika berichtet wird, ist Baron v. Stempel seines Amtes in Neetmanshoop entsetzt, um anderweitig verwendet zu werden. Der Boykott ist endgültig aufgehoben und dies den Beteiligten durch folgendes Schreiben des Kolonialdirektors Dr. Stuebel bekannt gegeben worden:“

Berlin, 13. März 1900. Auswärtiges Amt, Kolonial-Abteilung. Die an das kaiserliche Gouvernement wegen unbedingter Aufhebung des Boykotts und Einrichtung einer Zivilverwaltung in Bethanien gedruckte Verfügung ist nach einem mit letzter Post hier eingegangenen Bericht vom 26. Januar d. J. zur Ausführung gelangt. Nach diesem Bericht hat der bisherige Distriktschef an dem gedachten Plage eine anderweitige Verwendung gefunden und es ist dem kaiserlichen Bezirkskommandanten in Neetmanshoop erneut dringlichst zur Pflicht gemacht worden, thunlichst auch durch entsprechende Einwirkung auf den eingeborenen Kapitän dafür Sorge zu tragen, daß Groeneveld vor jeglicher wirtschaftlichen Schädigung geschützt werde. Der Stationsbefehl sowohl als dem p. Groeneveld ist eröffnet worden, daß kein Verbot des Verkehrs zwischen ihnen mehr besteht.“

Diese Mitteilung eröffnet ja einen reizenden Einblick in unser koloniales Verwaltungssystem. Ein Händler wird deswegen konfiskiert und mit allen amtlichen Mitteln gequält, weil er über eine koloniale Bestialität an die deutsche Presse zu berichten sich erdreistet hatte! Und dieser Wohlthät wird ruhig fortgesetzt, trotzdem die vorgelegte Behörde des Kolonialpalastes diesem die sofortige Einstellung des Boykotts anbefohlen hatte! Und dieser selbstherrliche Beamte wird wegen seiner doppelten Verfehlung nicht etwa glatt seines Amtes entzogen, sondern er wird nur verlegt!

Bei einer so erstaunlich milden Behandlung kann man sich natürlich nicht wundern, wenn unser kolonialer Bureaukratie immer mehr der Kamn schwillt und sie sich zu einer Autokratie entwickelt, die selbst unsere Kolonialschwärmer schwerste Bedenken einflößt. —

Als afrikanische Kaninchen-Politik.

steht sich immer deutlicher das Besiedelungsprojekt für Deutsch-Südwestafrika heraus. Nach dem Bericht des Gouverneurs ist für die Besiedelung vor allem der Distrikt Grootfontein in Aussicht genommen. Und zwar deshalb, weil sich gerade in diesem Distrikt eine Anzahl Boeren angesiedelt haben und im „nationalen Interesse“ das Dominieren des deutschen Elements zu wünschen sei. Also weil sich nun endlich — aus Veranlassung des südafrikanischen Krieges — eine Handvoll Weißer gefunden hat, die sich in Deutsch-Südwestafrika ansiedeln wollen, macht nun schleunigst eine künstliche Besiedelungspolitik durch staatliche Subventionen in Angriff genommen werden, damit die Boeren-Kaninchen nicht die Oberhand kriegen. Aus Angst vor diesen Kaninchen wird sogar ernstlich vor der Heirat einer Boerenmaid gewarnt. Und diese kläglichen Angstpolitiker wollen Weltpolitik treiben!

Aus dem Bericht des Gouverneurs ist übrigens ersichtlich, daß der Siedelungsbegehrt nicht nur erst nach Wasser durchforscht werden muß, sondern daß er auch nicht einmal malariafrei ist. Und für die Besiedelung dieser herrlichen afrikanischen Süd-Mark soll das Reich jährlich 300 000 M. auswerfen! —

Wahlvorbereitungen.

Der obdachlose Antisemit Zimmermann hat nunmehr in Marburg Unterschlupf gefunden, wo Dr. Bödel abgesetzt ist.

Gegen den Reichsparteier Camp, der Deutsch-Krone im Reichstag vertritt, haben die Wähler eine eigene Kandidatur aufgestellt. Herr Camp ist ihnen gar nicht „verlässlich“ genug. Für die 7 1/2 M. Jölnner kandidiert ein „Dauer“, Herr v. Hartmann auf Hofstadt.

Für den Wahlkreis Thorn-Gulm wurde Genosse G. Bierreiter, Lithograph in Thorn, als Kandidat aufgestellt.

Der Dank vom Hause Wangenheim. Eine Versammlung des Bundes der Landwirte, die Sonntag in Dels tagte, erklärte sich gegen die Kandidatur des Herrn v. Kardorf. Der Herold der Reichsbrecher soll abgethan werden.

Der schlächte Mann. Dem Vergarbeiter Kroll haben in seinem neuen Wahlkreise auch die Konservativen einen Kandidaten entgegengestellt und zwar einen Amtsgeschäftsrat Kutz. Die Vorliebe für einen schlächten Mann aus der Werkstat scheint also in Deutchen so groß nicht zu sein.

Ausland.

Rußlands das Jaremmanifest.

Ein Mitarbeiter schreibt uns: Nachdem nun auch der russische Text des Jaremmanifestes vorliegt, erscheint es noch in viel ungünstigerem Lichte, als nach der deutschen Uebersetzung, in der vor einigen Tagen das Wolffsche Telegrammbureau es übermittelt hatte.

In der Wolffschen Uebersetzung ist ein sehr wichtiger Passus gekürzt wiedergegeben. Durch diese Kürzung ist aber der wahre Inhalt der Stelle in sein Gegenteil verkehrt worden. In der betreffenden Uebersetzung lautet der fragliche Passus: „Die Gouvernements- und Kreisverwaltung ist zu reformieren durch Arbeiten der lokalen Vertreter.“ Die richtige Uebersetzung ist folgende: Die Gouvernements- und Kreisverwaltung ist dahin zu reformieren, daß die mannigfaltigen Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung (wörtlich heißt es

„semkoj schiani“, „des ländlichen Lebens“, das Wort semkoj wird aber in Rußland stets speziell auf die Thätigkeit des Semstwo bezogen, die Worte „semkoj schiani“ bedeuten also füngend: „die Verhältnisse, die der Kompetenz des Semstwo unterstellt sind“) in erhöhtem Maße befriedigt werden durch Arbeiten von örtlichen Vertretern, die von einer starken gesetzlich eingesetzten Gewalt geleitet werden, welche uns gegenüber streng verantwortlich ist.“ Die fettdruckten Worte fehlen in der Wolffschen Uebersetzung. Gerade sie aber bekunden die Absicht, das Semstwo, das Organ der ländlichen Selbstverwaltung, unter dessen Kompetenz das ländliche Medizinalwesen, die Bekämpfung der Viehseuchen, zum großen Teil das Schulwesen u. s. f., seiner bisherigen relativen Selbständigkeit zu berauben. Das Semstwo, das bisher vom Gouverneur bloß beaufsichtigt wurde, dem höchsten das Recht zustand, in gewissen Fällen die Beschlüsse des Semtwos aufzuheben, wogegen dann wieder dem Semstwo das Recht der Beschwerde an den Senat zustand, soll nunmehr also „unter die Leitung der starken Regierungsgewalt“ gestellt werden. Es ist das der reaktionäre Schlag gegen das unter Alexander II. eingeführte Selbstverwaltungssystem, der sich denken läßt.

Statt die Selbstverwaltung offen und ehrlich zu ersticken, sucht man den Anschein zu erwecken, daß man sie sogar erweitern wolle. Arglistig erklärt man: „Die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung sollen in erhöhtem Maße durch Arbeiten der örtlichen Vertreter befriedigt werden — was aber in Wirklichkeit nichts anderes heißt, als daß ein großer Teil der Selbstkosten von den Staatsklassen auf die Klassen der Semtwos abgewälzt werden wird.“

Die „Moskowskija Wjedomosti“, das Hauptorgan der russischen Reaktionäre, bricht denn auch in Jubel aus über das ganze Manifest und insbesondere über den Passus, der sich auf das Semstwo bezieht. Das Manifest, sagt das Blatt in dem „Der Weg des Jaren“ betitelten Artikel, wird nun hoffentlich allen Hoffnungen darauf, daß die Regierung einem konstitutionellen Regime zuneige, ein Ziel setzen. Der Zar hat noch einmal klar ausgesprochen, daß er den Instanzen seines Vaters folgen und die Ordnung festigen will. „Insbesondere“ meint das Blatt, ist der Passus betreffend das Semstwo geeignet, allen Illusionen den Todesstoß zu versetzen.“

„Was bedeutet“, fährt das Blatt fort, „die Anerkennung der Toleranz gegen Andersgläubige der Thatsache gegenüber, daß das Manifest die Stärkung des Einflusses der orthodoxen Geistlichkeit auf die Organe der bäuerlichen Selbstverwaltung als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit hinstellt!“

Die „Ruszkija Wjedomosti“, das liberale Organ der Moskauer Professoren, haben das wahre Wesen des Manifestes erkannt — es beschränkt sich auf eine trodene Wiedergabe seines Inhalts und bemerkt dazu melancholisch: Da die Regierung örtliche Vertreter über die geplanten Reformen anhören will, so wäre es gut, wenn auch die Presse die Möglichkeit erhielte, sich über dieselben frei zu äußern. Jubelnd besprechen das Manifest noch die „Kowoje Wremja“, ein Regierungsdirekt, und die liberalen „Petersburgskaja Wjedomosti“ — das letztere wohl aus kindlicher Einfalt.

Alles in allem ist das Manifest eine freche Verhöhnung aller vorwärtsstrebenden Elemente in Rußland. Es enthält als Programm: Festhaltung am Absolutismus, Unterstellung des Semtwos unter Leitung von Regierungsbeamten, Neueinführung eines noch formell zu regelnden Einflusses der orthodoxen Geistlichkeit auf die Organe der bäuerlichen Selbstverwaltung; — an Reformen werden gegeben nur Kredit für Bauern (natürlich notleidende), Erleichterung des Austrittes aus der Landgemeinde und Aufhebung der bäuerlichen Hauptpflicht, Reformen, die im Interesse der Regierung selbst liegen. Außerdem ist noch als Köder für die ganz Dummen hingeworfen: 1. Toleranz gegenüber Andersgläubigen, die wohl, abgesehen von den reaktionär fektirerischen Kaufleuten in Moskau, auf dem Papier bleiben wird, und 2. Hinzuziehung von Personen, die das öffentliche Vertrauen genießen, zur Beratung über die Gesetze betreffend die ländliche Bevölkerung. Diese Personen werden die verächtliche Rolle von Statisten zu spielen haben.

Schweiz.

Der Jolltarif ist, wie bereits gemeldet, in der sonntägigen Volksabstimmung mit 326 588 gegen 222 819 Stimmen angenommen worden. Die Resultate von 44 kleinen Vergemeinden in mehreren Kantonen stehen noch aus, aber an dem Gesamtergebnis wird durch ihre Stimmen nichts mehr geändert. Die 8 Kantone Genf (15 938 Stim., 1098 Ja), Neuchâtel (20 459 Stim., 2143 Ja), Tessin (11 280 Stim., 5643 Ja), St. Gallen (25 834 Stim., 22 454 Ja), Appenzel A. Rh. (2024 Stim., 882 Ja), Basel-Stadt (10 077 Stim., 3732 Ja), Glarus (2328 Stim., 2056 Ja), Uri (1873 Stim., 1553 Ja) haben verworfen, die übrigen 17 Kantone angenommen und zwar zum Teil mit Zweidrittel-Mehrheiten. Die Stimmbeteiligung betrug gegen 80 Proz. An der Annahme des Jolltarifs war angehängt der erfolgreich betriebene Janatifikation der Bauern, auch der großen Zahl jener Kleinbauern, die auf keinen Fall von den hohen Jollen Vorteile haben, da dem eventuellen Gewinne auf der einen Seite die großen Nachteile der allgemeinen Verteuerung auf der andern Seite gegenüberstehen, und der Aufwählung der hauswirtsch. Leidenhaften und des schürstischen Schwelens des roten Lappens nicht zu zweifeln, allein die große Mehrheit von 103 769 ist doch überrauschend. Am 18. Oktober 1891 erfolgte die Annahme des Jolltarifs mit 220 004 gegen 158 034 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 62 000 Stimmen. Die große unterlegene Minderheit von 222 819 Stimmen ist immerhin eine imposante, sie darf sich sehen lassen, auch entsprechende Berücksichtigung bei den Handelsvertrags-Unterhandlungen in Form erheblicher Herabsetzung der extrem hohen Jollsätze fordern. Für taubende diejenigen, die am Sonntag mit Ja stimmten, dürfte die Richterfüllung der ihnen von den Ueberzöllnern gemachten schwindelhaften Versprechungen ein Erwachen mit Schrecken sein und ihnen den Fluch entziehen: Wehe den Siegern vom 15. März 1900! —

Frankreich.

Kantenthaltung eines Bürgermeisters. Der Minister des Innern hat den Bürgermeister von Guibel (Departement Nordhain) seines Amtes enthoben, weil derselbe nicht gestattet hatte, daß die Leiche eines jungen Mädchens, welches verführt worden war und um der Ehre zu entgehen, Selbstmord verübt hatte, an geweihter Stelle auf dem Kirchhofe beigesetzt wurde. Der Minister war auf dieses Vorkommnis durch die Liga der Menschenrechte aufmerksam gemacht worden. Die Leiche ist nunmehr ausgegraben und an würdiger Stelle beigesetzt worden. —

Spanien.

Studentendemonstration. Aus Madrid wird gemeldet: Die Studenten erschienen am Montag nicht zu den Vorlesungen, hielten die Straßendemonstration an und zogen unter Abführung der Polizei durch die Straßen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Später versuchten die Studenten eine Kundgebung vor dem Palais, wo heute die Taufe der Prinzessin von Asturien stattfand, zu veranstalten, wurden aber von der Polizei daran gehindert. —

Portugal.

Steuerrevolten in Portugal. In Coimbra ist eine Revolte gegen Maßnahmen der Steuer-Inpektoren ausgebrochen, die sich gezwungen haben, sich durch Flucht den Bedrohungen der Menge zu entziehen. Seit mehreren Tagen ist über Coimbra der Belagerungsstand verhängt. Es soll zu blutigen Zusammenstößen gekommen sein, wobei acht Personen getötet und viele verwundet worden sein sollen. Die Regierung läßt strenge Censur über alle Telegramme aus. —

Parlamentarisches.

Budget-Kommission des Reichstags.

Die Sitzung am Dienstag wurde begonnen mit der Beratung der Forderung von 1,5 Millionen Mark als erste Rate für die Kosten der Vervollständigung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis. Die Ausstellung soll im April 1904 eröffnet und spätestens am 1. Dezember desselben Jahres geschlossen werden. Sie wird alle Zweige der bildenden Künste, der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft umfassen. Den äußeren Anlaß zu dieser Ausstellung bildet die Feier der vor 100 Jahren erfolgten Einverleibung des gegenwärtig 15 Staaten umfassenden damaligen Territoriums von Louisiana, wodurch das Gebiet der Vereinigten Staaten mehr als verdoppelt wurde. Abg. Singer als Korreferent sprach sich für diese Forderung aus, die dem friedlichen Wettstreit der Völker auf kulturellem Gebiete diene. Er wünschte jedoch nähere Auskunft darüber, in welchem Umfange die maßgebenden Kreise unserer Industrie sich an der Ausstellung beteiligen werden. Notwendig sei es, wenn die deutsche Ausstellung den gewünschten Eindruck machen soll, daß auch unsere großen Industrien wie z. B. die Maschinen-Industrie auf der Ausstellung vertreten sind. Zu wünschen sei aber auch, daß die Ergebnisse der Ausstellung für die deutsche Industrie durch ausführliche Berichte der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Er bedauere, daß dies nach der Pariser Ausstellung nicht geschehen sei, und erwarte, daß ein solcher Fehler bei der Ausstellung in St. Louis vermieden werde. Staatssekretär Graf v. Posadowski legte dar, daß die deutsche Industrie ein großes Interesse an dem amerikanischen Markt habe. Unser Ausfuhr nach Amerika weise in den letzten Jahren eine stetige Zunahme auf. Auch für die Zukunft sei auf verschiedenen Gebieten eine erhebliche Steigerung unseres Exportes nach Amerika zu erwarten. Die weite Entfernung mache es aber unmöglich, daß Deutschland sich an dieser Ausstellung in demselben Umfange beteilige wie an der Pariser Ausstellung. Es sollen vielmehr in erster Linie nur solche Industrien herangezogen werden, welche sich durch eine hervorragende Leistungsfähigkeit auszeichnen und die zugleich am ehesten darauf rechnen können, sich neue Absatzgebiete zu eröffnen. Dies seien die Gruppen der bildenden Künste, des Kunstgewerbes (einschließlich Spielwaren), des Erziehungs- und Unterrichtswesens (unter Einbeziehung gewisser Zweige des Buchgewerbes) und der wissenschaftlichen Apparate aller Art. Einen Bericht über die Pariser Ausstellung habe die Regierung deshalb nicht herausgegeben, weil nach ihrer Meinung die Kosten derselben in keinem Verhältnis ständen zu dem Nutzen, der damit erreicht wurde. Wenn jedoch die Kommission derartige Berichte wünscht, werde die Regierung dem Wunsch nachkommen. Geheimrat Kewald, der Vertreter Deutschlands bei der Ausstellung in St. Louis, gab zu, daß die Verständigung mit den deutschen Interessenten noch nicht vollständig herbeigeführt worden sei, da die Zeit dazu zu kurz gewesen. Jedoch stehe bereits fest, daß eine Beteiligung der deutschen Industrie in dem vorgesehenen Umfange erfolgen werde. Er schloß dann eingehend, daß es ihm gelingen sei, den geeigneten Platz für die deutsche Ausstellung zu sichern. Er habe die Ueberzeugung, daß die Ausstellung der deutschen Industrie und Landwirtschaft zum Nutzen gereichen werde. Die Reichsmittel würden verwendet werden zur Errichtung eines deutschen Hauses und zu einer einfachen, aber geschmackvollen Dekoration der deutschen Abteilung. In der weiteren Debatte erklärten sich alle Redner für die Beteiligung des Reiches an der Ausstellung. Nur Liebermann v. Sonnenberg wandte sich dagegen.

In seinem Schlusswort betonte Abg. Singer, er lege in der That Wert auf die Herausgabe der von ihm gewünschten Berichte. Wenn dieselben den Handelskammern und ähnlichen Körperschaften zur Verfügung gestellt würden, könnten sich diejenigen Unternehmer, denen eine Beteiligung an der Ausstellung oder ein Besuch derselben nicht möglich war, über ihre Interessen an der Hand des Berichtes unterrichten. Da von den Geldern, welche für die Pariser Ausstellung bewilligt worden, noch ca. 20 000 M. übrig geblieben seien, rege er die Verwendung dieses Geldes für die Herausgabe des Berichtes an. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hatte, daß die Anregung Singers einen Widerspruch nicht finde, wird die Forderung mit allen gegen zwei Stimmen (Liebermann v. Sonnenberg und Müller-Julda) angenommen.

Es folgte nun die Beratung des Etats für die Expedition nach Ostafrika. Der Staatssekretär Hr. v. Nischhofen legte auf eine Anfrage des Referenten Abg. Dr. Stadmann die Gründe dar, welche zur Räumung von Shanghai geführt haben. Die Regierung habe sich bei ihrem ganzen Verhalten in China davon leiten lassen, daß sie erstens im Einvernehmen mit den andern Mächten handelte und zweitens die Interessen der Reichsangehörigen in vollem Maße wahrnehmen müsse. So sei auch die Räumung von Shanghai im Einvernehmen mit den andern Mächten erfolgt und unter solchen Bedingungen, daß die deutschen Interessen in jeder Beziehung gewahrt seien. Augenblicklich seien in China, abgesehen von Kiautschow, Weihaiwei und der Mandchurie, nur in der Provinz Petchili noch fremde Truppen und zwar im ganzen 7400 Mann. Davon 1900 Mann Engländer, 1800 Franzosen, 1600 Deutsche, 1050 Japaner, 900 Italiener und 850 Russen. Von den Deutschen seien 300 Mann in Tientsin und der Rest verleihe sich auf andre Plätze der Provinz Petchili. Von den Truppen, die wir aus Shanghai fortgenommen haben, seien 600 Mann nach Kiautschow als Reserve gebracht worden.

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 15 1/2 Millionen Mark. Davon kommen auf die Marine 574 000 M. und auf das Reichsheer 12 1/2 Millionen Mark. Abg. Richter beantragte, daß von der letzteren Summe 3 Millionen Mark gestrichen werden. Es liege kein Grund vor, so viel Militär in China zu halten, und eine Kolonialarmee sollte doch nicht allmählich herangebildet werden. Er schlug schließlich noch eine Resolution vor, durch welche der Reichstanzler aufgefordert wird, mit den beteiligten Mächten Verhandlungen einzuleiten behufs Verminderung der Besatzung in der Provinz Petchili. Die andern Redner schlossen sich meistens diesen Ausführungen an. Staatssekretär v. Nischhofen versicherte, daß auch die Regierung die Truppen zurückziehen wünsche, sobald das irgend möglich sei. Einen bestimmten Termin könne man aber für den Abzug der Truppen aus der Provinz Petchili unmöglich schon jetzt bestimmen. Der Antrag und die Resolutionen wurden jedoch fast einstimmig angenommen. Die Kommission trat nun in die Beratung des Etats der Schutzgebiete ein. 1. Ostafrika. Zur Fortsetzung der Eisenbahn Tanga-Nakuba-Skorogwe bis Tomba wurde als erste Rate 1 Million Mark gefordert. Diese Forderung ist bereits im vorigen Jahre von der Kommission und vom Plenum des Reichstages abgelehnt worden. Heute war zur Begründung dieser Forderung der Gouverneur von Ostafrika, Graf v. Güters, zugegen, der versicherte, daß die Fortführung der Bahn unbedingt notwendig sei. Abg. Richter wies darauf hin, daß alle Gründe, welche im vorigen Jahre zur Ablehnung des Bahnbaues geführt haben, auch heute noch vorliegen. Auch Abg. Müller-Julda sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Zum Schluß erklärte er aber, daß er doch mit schwerem Herzen für die Fortführung der Bahn bis Tomba stimmen werde, weil der Weiterbau notwendig sei. Es wurde denn auch der Bau mit den Stimmen des Centrums, der Konservativen und der Nationalliberalen im Prinzip beschlossen und als erste Rate 750 000 M. bewilligt.

Ueber die Zustände in Südwest-Afrika berichtete der Gouverneur von Südwestafrika, Oberstleutnant Lentewein. Er sprach seinen Dank und den dieses Gebietes aus für den Bau der Eisenbahn von Swalopmund nach Windhoek. Die Bahn sei am 1. Juli 1902 eröffnet worden. Er versicherte, daß in Südwestafrika sich eine großartige Kultur entwickeln werde. Er hatte auch gleich hübsche Bilder von der dortigen Viehzucht, Strauchenzucht usw. mitgebracht. Ebenso legte er ein Stück Kupferzinn und ein Stück Marmor vor, die er aus Südwest-Afrika mitgebracht habe. Hierauf schilderte der Bergwerks-Techniker Dr. Hartmann, wo überall in Südwest-Afrika wertvolle Erze gefunden seien. Auch vermittelte er, daß der Boden Diamanten berge,

er zeigte denn auch einen Diamanten, der dort gefunden sein „so II“, wie sich der Herr vorsichtig ausdrückte.

Aus dem Etat für Samoa verursachte nur die Forderung von 85 000 M. „zur Anwerbung fremder farbiger Arbeiter“ eine längere Debatte. Es sollen 300 chinesische Kulis eingeführt werden. Abgeordneter Haffe fragt an, ob denn nicht fittliche und sanitäre Gefahren von der Beschäftigung dieser Kulis zu befürchten seien. Der Direktor des Kolonialamts, Dr. Strübel, versicherte, daß die Kulis einer ganz genauen Kontrolle unterstellt werden. Die Erfahrung habe gezeigt, daß unter solchen Umständen besondere Gefahren nicht vorliegen. Uebrigens seien die Chinesen durchaus nicht unsittlicher als andre Völker. Nächste Sitzung Mittwoch.

Partei-Nachrichten.

Die Landesversammlung der Parteigenossen Sachsens fand am Sonntag und Montag in Wittweida statt. Den Tätigkeitsbericht giebt für das Centralkomitee Sindermann. Er begründet folgenden Antrag des Komitees:

„Die gesamten Aufwendungen des Centralkomitees sind von den Parteigenossen Sachsens zu tragen. Zu diesem Zwecke sind von jedem Mitgliede einer socialdemokratischen Organisation jährlich 50 Pf. an die Centralkomiteecasse zu entrichten. Für die Ausbringung dieses Beitrages hatten die einzelnen Organisationen.“

Der Redner wies darauf hin, daß der Hauptvorstand in den letzten fünf Jahren 22 500 M. zu den sächsischen Reichstagswahlen hergegeben habe, wovon noch 19 000 M. zurückzahlen seien. Schulz-Kostebau, ebenfalls Mitglied des Centralkomitees, machte darauf aufmerksam, daß Sachsen fast 30 000 politisch organisierte Parteigenossen besitze; durch Annahme des Antrages würde es deshalb möglich werden, nicht nur die Schulden beim Parteivorstande zu bezahlen, sondern dauernd ohne Zuschuß auszukommen. Nach mehrstündiger Debatte wurde der Antrag abgelehnt, dagegen ein Antrag Geber-Raden angenommen:

„Die Landesversammlung spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Parteigenossen Sachsens die Beiträge zu den politischen Organisationen erhöhen, mindestens aber dafür Sorge zu tragen, daß diese Beiträge nicht unter 5 Pf. pro Woche betragen.“

Zu den Reichstagswahlen referierte Edmund Fischer, worauf die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen wurde. Wir haben die Liste schon früher mitgeteilt; es ist daran nichts geändert worden, nur konnte der 19. Kreis, Stollberg-Schneeberg, noch nicht besetzt werden, da der bisherige Vertreter des Kreises, Julius Seifert in Jwidau, zu allgemeiner Uebertragung erklärte, er könne nicht wieder kandidieren, weil in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Wendung eingetreten sei, die ihn darin hindere. Es wird den Genossen dieses Kreises anheimgegeben, in Gemeinschaft mit dem Centralkomitee einen andern Kandidaten aufzustellen.

In dem Referat über die Presse konnte Gradnauer die erfreuliche Mitteilung machen, daß die sächsischen Parteiblätter jetzt 103 700 Abonnenten zählen, gegen 80 000 im Jahre 1900.

Als Sitz des Centralkomitees wurde wieder Dresden bestimmt; die nächste Landesversammlung ist in Chemnitz.

Aus den Organisationen. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Partei-Organisation Nordbairerns ist die erfreuliche Tatsache hervorzuheben, daß die socialdemokratischen Vereine dieses Bezirks im Jahre 1902 ihre Mitgliederzahl von 9000 auf 15 000 steigerten. Die Wahl im Wahlkreis hatte den Erfolg, daß sich die Zahl der Parteivereine im Kreise von 7 auf 19 vermehrte.

Ein Arzt als Denunziant.

In den Nummern 31 und 34 des „Vorwärts“ hatten wir auf Grund von Mitteilungen des Dr. Hugo Start in Karlsbad behauptet, er sei von dem Dr. med. Bernhard Weiß aus Hamburg seiner Zeit in Karlsbad wegen Majestätsbeleidigung denunziert worden. Insbesondere war in Nr. 34 gegenüber der Verächtlichmachung des Dr. Weiß gesagt, es wäre Dr. Start eine von Dr. Weiß unterschriebene Anzeige sowie eine Gendarmerie-Anzeige vorgelesen worden, die den Dr. Weiß als Angeber bezeichnete. Wir mühten diese so bestimmten Angaben um so eher für glaubwürdig halten, als Dr. Start, der uns persönlich unbekannt ist, für Uebermittlung der Mitteilungen an uns eine Vermittlung in Anspruch nahm, die für die Zuverlässigkeit des Dr. Start genügende Gewähr zu bieten schien.

Wir sind trotzdem getäuscht worden. Herr Dr. Bernhard Weiß hat uns ein Zeugnis des I. I. Bezirksgerichts Karlsbad im Original vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß er zwar in der Ermittlungssache gegen Dr. Start als Zeuge vernommen worden ist, daß er jedoch der Denunziation vollständig fernsteht. Insbesondere erklärt das Gericht:

Eine amtliche Anzeige des Gendarmerie-Posten-Kommandos, die begann: „Ueber Anzeige des Dr. Bernhard Weiß in Hamburg“, ebenso eine mit „Dr. Bernhard Weiß, prakt. Arzt in Hamburg“ unterschriebene, an die Polizei gerichtete Denunziation wurde dem Dr. Start in Karlsbad bei seiner verantwortlichen Vernehmung in der Untersuchungssache nicht vorgelesen, weil keine solchen existieren.“

Wir stehen nicht an, unser lebhaftestes Bedauern darüber auszusprechen, daß wir durch die unrichtigen Mitteilungen des Dr. Start veranlaßt worden sind, Herrn Dr. Weiß einer unanständigen Handlungsweise zu bezichtigen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Socialdemokratische und bürgerliche Zeitungszensur.

Aus dem gestern von uns erwähnten Urteil gegen den Genossen Dittmann in Solingen wegen Beleidigung eines bürgerlichen Blattes teilt die „Bergische Arbeiterstimme“ die Begründung mit. Sie ist so kennzeichnend dafür, wie schwer der Bann des Milieus auch auf Richtern lastet, daß wir das Wesentliche daraus wiedergeben wollen. Es handelte sich um mehrere Klagen, darunter auch eine Widerklage Dittmanns gegen den klagenden Redakteur Dreßler, die aber abgewiesen wurde.

Zur Klage Dreßler gegen Dittmann wird die Beleidigung darin gefunden, daß dem Kläger Blasphemie und Arroganz vorgeworfen und von ihm gesagt worden war, er hätte (in einer Versammlung) den Schnabel halten sollen. Das kostet 100 M. Geldstrafe. Dagegen sieht das Gericht keine Beleidigung darin, daß Dreßler in Beziehung auf Dittmann geschrieben hat, die socialdemokratischen Vorkämpfer setzten sich über die einfachsten Gebote des Anstandes und der guten Sitze hinweg. Das sei deswegen keine Beleidigung, weil vorher in der „Arbeiterstimme“ von einer moralischen Ausspeisung Dreßlers, von einer Tatarennachricht und einer niederrächigen Wahlplage des Kreisblattes die Rede war. Die Widerklage wurde deshalb abgewiesen. Dagegen sah es das Gericht wieder als strafbar an, daß Dittmann geschrieben hatte, die drei bürgerlichen Blätter Solingens begingen schamlose und gemeine Mißheiden gegen die Joloposition und das Kreisblatt wäre ein Subelblatt. Daß das Kreisblatt vorher von läugerischem und verleumderischem roten Zeitungsgeld gefressen worden sei, komme nicht weiter in Betracht. Der Socialdemokrat bekommt dafür 3 Wochen Gefängnis. Und schließlich bekommt er noch 4 Wochen Gefängnis, weil er von der „Gemeinheit“ und der „berühmten Weisse“ des Kreisblattes gesprochen und gesagt hat, alle anständigen Arbeiter wenden sich von dem Blatte ab. Darin liege der Vorwurf des Unsittlichen.

Solche Urteile sind nur begreiflich in einer Gesellschaft, in der Richter und Gerichtete verschiedenen Klassen angehören.

Wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters von Nürnberg wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, Genosse Westmeyer, zu 100-M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte in seinem Blatte die Entlassung eines älteren Arbeiters als „Recht der Stadtverwaltung“ bezeichnet. Darin und in einem andern Artikel, worin von dem genannten Bürgermeister gesagt war, er habe sein Wissen rücksichtslos in den Dienst der Besitzenden gestellt, wurden die Beleidigungen gefunden.

Aus Industrie und Handel.

Stimmungsfrage. Wie die „Allg. Ztg.“ zu berichten weiß, beträgt der ungedeckte Bedarf in Halbzeug für März noch 15 000 bis 20 000 Tonnen und für das zweite Quartal (April/Juni) 80 000 bis 120 000 Tonnen. Infolge dieses Mangels seien die Werke des Halbzeugverbandes erzwungen worden, die Auslandsverläufe sofort einzustellen und an die Verkaufsstelle in Düsseldorf eine Mitteilung gelangen zu lassen, welche Mengen bis Ende Juni noch übernommen werden können. Die außerhalb des Halbzeugverbandes stehenden Siemens-Martinswerke seien bis in das dritte Quartal hinein bereits besetzt und können, da Almaterial 3—5 M. per Tonne gestiegen ist, nicht mit Nutzen verlaufen. Für die Lage des Halbzeugmarktes konnte noch in Betracht, daß anscheinend große Londoner Firmen bedeutende Mengen Halbzeug nach Amerika blanko verkauft haben. Dieselben suchen jetzt Deckung. Die Auslandspreise verharren deshalb in steigender Richtung, was wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse der Halbzeugwerke hinsichtlich der Preise für das Inland bleiben dürfte. In wie weit es unter diesen Umständen möglich sei, den noch zu deckenden Bedarf bis Ende Juni frei zu machen, bleibe abzuwarten.

Die Nachricht über heute an der Börse auf den Eisenmarkt einen kurzzeitigen Einfluß aus und hat damit einen ihrer Zwecke erfüllt. Der andere, zweite Zweck dürfte sein, Preisberausungen des Halbzeugverbandes vorzubereiten. Zum Beweise einer weiteren Verringerung der Lage des Eisenmarktes vermag die Notiz nicht zu dienen. Daß die Gießereien und Stahlwerke seit einiger Zeit gut zu thun haben, und auch für die nächste Zeit mit Aufträgen versorgt sind, weiß man, ebenso aber auch, daß diese Beschäftigung nur zum kleineren Teil auf die Zunahme des Inlandsbedarfs zurückzuführen ist, hauptsächlich dagegen auf die Bestellungen aus dem Auslande, vornehmlich aus den Vereinigten Staaten. Sollte tatsächlich ein ungedeckter inländischer Bedarf für März in der Höhe von 15 000 bis 20 000 Tonnen vorhanden sein, dann kann das nur daher rühren, daß der Halbzeugverband für März zu viele auswärtige Lieferungen übernommen hat und nur die einheimischen nicht rechtzeitig auszuführen vermag, oder aber daß er die einheimischen Bestellungen absichtlich hinter die auswärtigen zurückstellt, um unter Berufung auf die steigende Nachfrage Preis erhöhungen vorzunehmen. Das letzte ist das Wahrscheinlichere. Vielleicht bringen schon die nächsten Wochen die Nachricht eines Preisausschlages. Wir werden ja sehen.

Die „Arbeiterfrage“ macht den südafrikanischen Minenmagnaten noch immer arge Kopfschmerzen. An Arbeitern fehlt es zwar nicht, aber die Löhne sind den Herren zu teuer, die Masters ebenfalls, und außerdem auch, da der Krieg ihnen andere Begriffe über die Qualitäten ihrer Gebiete beigebracht hat, zu „anspruchsvoll“, die Eingeborenen aus Uganda aber leisten nicht genug und überdies protestieren die dortigen Landgesellschaften und Anwohner, daß man ihnen ihre billigen Arbeitskräfte entzieht. So wird dann neuerdings wieder von den Minenleitern für den Import südafrikanischer Kulis agitiert. Daneben laßt das Projekt aus, verfuhrweise indische Arbeiter einzuführen. Wahrscheinlich ist, daß auch die von Lord Milner nach Bloemfontain einberufene Konferenz von Delegierten der Minencompagnien sich dafür aussprechen wird, denn dem Import chinesischer Kulis steht der größte Teil der nicht direkt an den Minen interessierten Bevölkerung durchaus ablehnend gegenüber.

Fortbildungsschule für junge Kaufleute. Unter den heutigen schwierigen Erwerbsverhältnissen ergibt sich für jeden jungen Mann unabweislich die Notwendigkeit, neben der praktischen Berufsausbildung, welche die Lehrgänge vermitteln, theoretische und allgemeine Bildung zu erwerben. Die vierte hiesige Fortbildungsschule hat sich die Aufgabe gestellt, nach Möglichkeit allen Interessen dienlich zu sein. Die mit der Anstalt verbundene Abteilung der Berliner Tischler-Schule und der Gewerbebeschäftigten dient der Fachbildung. Den Wünschen der Kaufmannschaft wird Rechnung getragen durch besondere Kurse für kaufm. Rechnen, Korrespondenz, Buchführung und fremdsprachlichen Unterricht. Zahlreichen Bureauangehörigen dürfte der Unterricht in Stenographie und Schreibmaschine willkommen sein. In allen Unterrichtsgegenständen sind aufsteigende Stufen. Wegen des großen Andranges empfiehlt es sich, die Anmeldung für das am 1. April 1903 beginnende Sommerhalbjahr rechtzeitig zu bewirken. Anmeldungen nimmt täglich entgegen der Leiter Rektor Luykenberger, Heinersdorferstraße 18.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das englische Marinebudget.

London, 17. März. (B. T. S.) Unterhaus. Bei der Verhandlung über die Forderung von 63 125 000 Pfd. Sterl. für Sold der Flottenbesatzung lenken verschiedene Mitglieder die Aufmerksamkeit auf das ungeheure Anwachsen des Marinebudgets. Fried erkennt das Recht der Regierung, unter den gegenwärtigen Umständen die Annahme des Budgets durch das Haus zu verlangen, an, aber die Regierung solle mit Rußland, Deutschland, Frankreich in freundschaftliche Unterhandlungen treten zwecks einer Verständigung über Beschränkungen der Flottenrüstungen. Dille (lib.) weist darauf hin, daß der frühere Marineminister Goschen bei zwei Gelegenheiten Vorschläge in diesem Sinne gemacht habe. Der Parlamentssekretär der Admiralität Arnold Fowler erwidert: Er könne die Auffassung nicht teilen, daß England notwendig den ersten Schritt in dieser Frage thun müsse. Die Stellung Englands in Bezug auf Flottenausgaben entspräche nicht derjenigen der andern Mächte. Die Regierung sei zu einem Abkommen geneigt, das eine Herabminderung der gewaltigen Rüstungen herbeiführen könne, aber es sei nicht Sache Englands auf diesem Wege voran zu gehen, wenn die andern nicht bereit seien mitzugehen. Das Haus nimmt darauf die Forderung mit 232 gegen 27 Stimmen an.

Die chinesische Kriegsentwädigung.

Peking, 17. März. (Medung des „Reuterischen Bureau“.) Die Gesandten der Mächte berieten heute über die Note der chinesischen Regierung, welche die Weigerung ausdrückt, die Obligationen zur Bewirkung der Entschädigungszahlung auszugeben, solange die Gesandten nicht die Frage der Zahlung der Pölle auf der Goldbasis ihren Regierungen unterbreitet hätten. Die Mehrheit der Gesandten erklärte die Forderung bezüglich der Obligationen aufrecht zu erhalten, ehe über die die Goldzahlungen betreffenden Bestimmungen des Protokolls beraten werde. Der französische und der russische Gesandte erklärten, die Forderung Chinas betreffend die Zollzahlung in Gold anzunehmen.

Zum Gladbacher Grubenunglück.

Gladbach, 17. März. Bis heute früh war es noch nicht gelungen, zu den 7 auf der Reche „Molke“ verhafteten Bergleuten zu gelangen. Seit heute früh 4 Uhr ist von den Beschäftigten keine Antwort mehr vernommen, sodah man annimmt, daß die Verunglückten nicht mehr am Leben sind.

Leipzig, 17. März. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs Emil Brandt-Berlin, des Rittergutsbesizers Dr. Wendorf und des Buchdruckerbesizers Stebert, die vom Landgericht Kreiswald am 28. October 1902 wegen Beleidigung des Landrats v. Raßgan durch das sogenannte „Grimmer Landratslied“ verurteilt wurden. Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Staatsanwalts gegen die Freisprechung des mitangeklagten Gutsbesizers Weder.

Krausnick, 17. März. (B. S.) Die Polizei in Philadelphia öffnete 34 Gräber, da ein alter Kräuterdoktor beschuldigt ist, zahlreichen Frauen Gift zur Vergiftung ihrer Männer gegeben zu haben.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom Dienstag, den 17. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Studt. Die zweite Beratung des Kultus Etats wird beim Kapitel Kunst und Wissenschaft fortgesetzt.

Abg. Schmitz-Düsseldorf (C.) preist die provinzielle Kunst als den Jungbrunnen der Berliner Kunst und bittet, die Provinzialkünstler bei der Vergabung staatlicher Aufträge nicht zu sehr hintanzusetzen. Bei solchen Aufträgen müge nicht zu sehr schablonisiert, sondern dem freien künstlerischen Empfinden ein größerer Spielraum eingeräumt werden. Redner schildert insbesondere die Verdienste Düsseldorfs als das Centrum der christlichen Kunst und wünscht, daß die spezifisch katholische Kunst an der Kunstakademie zu Düsseldorf durch einen zweiten Lehrstuhl vertreten werde.

Ein Regierungskommissar sagt Erwägung dieser Wünsche zu. Die christlichen Kreise möchten sich mit der Düsseldorfer Akademie in intimere Verbindung setzen, damit durch dieses Einvernehmen die kirchlich-dekorative Kunst einen neuen Aufschwung gewinne.

Darauf kommt die Frage der Neubearbeitung des sog. Akademievierfels in Berlin zur Sprache. Auf diesem Terrain sollte ursprünglich der Neubau der Königl. Bibliothek in Verbindung mit dem Dienstgebäude der Akademie der Künste nebst Ausstellungsraum errichtet werden. Nach dem diesjährigen Etat soll dagegen auf das in Rede stehende Terrain neben der königlichen Bibliothek und der Akademie der Wissenschaften die Universitätsbibliothek verlegt werden. Die Magazinsräume beider Bibliotheken sollen unmittelbar zusammenhängen. Für die Akademie der Künste soll das größte Arkadische Palais, Pariser Platz 3, als Dienstgebäude erworben werden. Einsteilen sollen die Akademien der Wissenschaften und der Künste in der alten Hochschule für Musik, Potsdamerstraße 120, untergebracht werden. Als erste Rate für den Neubau auf dem Akademievierfel wird eine Million geschätzt.

Abg. v. Wappenheim (L.): Meine Freunde müssen es schärfer rügen, daß die Regierung ihren Bebauungsplan so vollständig gegen früher verändert hat. Diese Art der Disposition über so große Summen muß das Vertrauen des Hauses zu der Zuverlässigkeit der Regierung auf das schwerste erschüttern. (Zustimmung rechts.) Nur der Kot gehorchend, nicht dem eignen Triebe, werden meine politischen Freunde — wahrscheinlich nicht einmal alle — die jegliche Forderung der Regierung bewilligen.

Kultusminister Studt: Ich gebe zu, daß die Situation sowohl für das hohe Haus wie für die Regierung etwas peinlich ist. Die Zuzunahme, die jetzt an das Haus gestellt wird, ist aber das Ergebnis langjähriger Erwägungen. Ich muß für mich bei der vielleicht überzähligen Aenderung des Bauplans zunächst das „errare humanum“ (Irenen ist menschlich) in Anspruch nehmen. Seit drei Jahrzehnten schweben Erwägungen über die zweckmäßige Bebauung des Akademievierfels. Der Ihnen jetzt unterbreitete Vorschlag muß als einwandsfrei bezeichnet werden. Eine erhebliche Verbesserung des bisherigen Zustandes liegt schon darin, daß die Institute, die jetzt dort untergebracht werden sollen, einen einheitlichen Charakter aufweisen: königliche Bibliothek, Universitätsbibliothek und Akademie der Wissenschaften sollen in ein Gebäude unter ein Dach kommen. Für die Akademie der Künste stellt das Graf Arnimische Palais eine sehr günstige Unterkunft dar. Ich bitte das Haus, wegen der Veränderung des Projektes Rücksicht zu üben. Wir sind jetzt in der Lage, Ihnen ein technisch und wissenschaftlich einwandfreies Projekt vorzulegen.

Abg. Dr. Sattler (nall.): Ich freue mich, daß endlich die erste Rate zum Neubau der königlichen Bibliothek in den Etat hat eingestellt werden können. Der Artikel des Abg. v. Wappenheim wegen der mangelnden Voraussicht der Regierung muß ich mich zwar anschließen, dennoch scheint mir die jegliche Lösung der Bebauungsfrage eine glückliche, und ich bitte um die Bewilligung der geforderten Summe.

Abg. Dr. Dietrich (C.): Auch ich finde es seltsam, daß die Regierung jetzt selbst vorschlägt, was sie früher so entschieden gemißbilligt hat. Aber bei der jetzt geschaffenen Sachlage bleibt uns nichts übrig, als der Forderung zuzustimmen.

Abg. Graf Limburg-Solms (L.): Die finanzielle Begründung des neuen Projektes erscheint uns nicht sehr überzeugend. Das alte Projekt hatte manche Vorzüge für sich. Der jetzt projektierte Bau ist gewiß genial, er wird eine Sehenswürdigkeit allerersten Ranges sein. Aber der Raum scheint uns nicht genügend ausgenutzt zu sein. Wir müßten bei allen solchen Forderungen sehr genau prüfen, ob es sich um Bedürfnisbauten oder nicht vielmehr um Luxusbauten handelt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch mit einem einfacheren Projekt hätte man etwas Würdiges herstellen können. Besondere Prüfung erheischt das finanzielle Interesse der Stadt Berlin an solchen staatlichen Neubauten. Diesen Verhältnissen werden wir einmal sehr energisch näherzutreten müssen. (Lauter Bravo!-Rufe rechts.)

Kultusminister Studt: Es handelt sich nicht um einen Luxusbau. Allerdings ist die geplante Fassade schön, aber nicht luxuriös.

Die Forderung von 1 Million für den Neubau auf dem Akademievierfel wird gegen eine Minorität der Konservativen angenommen, ebenso 100 000 M. als erste Rate zum Anlauf des Arnimischen Palais als Dienstgebäude für die Akademie der Künste.

Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ wird bewilligt.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr. (Außerdem: Etat der Zentral-Genossenschaftskasse und der Anstaltungs-Kommission.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Brandenburger Provinzialkonferenz und Ober-Verwaltungsgericht.

Die Delegation der Frauen von der vorjährigen socialdemokratischen Provinzialkonferenz für Brandenburg beschäftigte gestern das Ober-Verwaltungsgericht. Bekanntlich war die Mittags-Sitzung vom 31. August politisch aufgelöst worden, weil der Vorsitzende Schubert die anwesenden Frauen nicht aus dem Saal weisen wollte. In der zweiten und dritten Sitzung durfte wenigstens die eine weibliche Delegierte im Saal verweilen, während die anderen Frauen ins Segment auf der Galerie verwiesen wurden. In der letzten Sitzung mußte auch die Delegierte, Frau Thiele, das „Segment“ aufsuchen. Der Vorsitzende und Einbrücker, Genosse H. Schubert, protestierte gegen die Maßnahmen der Polizeibeamten, die später vom Polizeipräsidenten gebilligt wurden, und beschwerte sich dann beim Oberpräsidenten, indem er geltend machte, es handle sich hier um öffentliche Versammlungen, an denen Frauen auf jeden Fall teilnehmen dürften. Der Oberpräsident vertwarf die Beschwerde und betonte, die Provinzialkonferenz wäre thatsächlich eine Versammlung der socialdemokratischen Brandenburger Agitationskommission, die ein politischer Verein sei, und die von solchem Vereine ausgehenden Versammlungen ihrer Mitglieder und Dritter unterliegen den Beschränkungen des § 8 des Vereinsgesetzes. Es dürften an ihnen Frauen u. a. nicht teilnehmen. — Schubert klagte nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht. In der Klagebegründung wurde aufrechterhalten, daß die Agitationskommission kein Verein sei, und geltend gemacht, daß die polizeilichen Maßnahmen selbst dann rechtswidrig seien, wenn die Kommission ein politischer Verein wäre. Denn die Sitzungen der Provinzialkonferenz könnten nicht als Sitzungen oder Versammlungen der Agitationskommission angesehen werden. Die Delegierten zur Konferenz seien von öffentlichen Volksversammlungen in den verschiedensten märkischen Orten gewählt worden und die Sitzungen der Konferenz müßten wieder als öffentliche Versammlungen gelten.

In der gestrigen Verhandlung vor dem ersten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts kam aus den sogenannten „polizeilichen Vor-

gängen“ auch ein Aufruf der Agitationskommission, veröffentlicht im „Vorwärts“, zum Vortrag, wodurch der Tag der Konferenz bestimmt wird und die Parteigenossen der verschiedenen Kreise aufgefordert werden, Delegierte zu wählen etc. Auch hob der Oberpräsident in seiner Klage-Erwidern hervor, daß die Agitationskommission die provisorische Tagesordnung der Konferenz festgestellt und einen Kassenericht für die Konferenz vorbereitet habe.

Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, verwies noch zum Beweise dafür, daß die Agitationskommission überhaupt kein Verein im Rechtssinne sei, auf die Art ihrer Zusammenfassung. Die einzelnen Wahlkreise Berlins und der Umgegend wählten Delegierte, und diese 10 bis 12 Personen bildeten die Kommission. Die Delegierten hätten nur Rechte und Pflichten gegenüber den einzelnen Wahlkreisen, die sie gewählt hätten, und träten untereinander als physische Personen nicht in Rechtsbeziehungen. Es läge, gerade wie bei den Gewerkschaftsklassen, keine Vereinigung physischer Personen und somit kein Verein vor. Und was die Konferenz angehe, so sei diese, in der 400 Personen waren, doch noch zu keiner Veranstaltung der Agitationskommission dadurch geworden, daß das Dutzend Kommissionsmitglieder mit der Konferenz, diesen öffentlichen Versammlungen, in Verbindung getreten sei. Schubert sei als Delegierter, nicht als Mitglied der Agitationskommission, zum Leiter gewählt worden.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage Schuberts mit folgender Begründung ab: Nach allem, was feststehe, müsse angenommen werden, daß die Provinzialkonferenz im Auftrage oder auf Veranlassung der Agitationskommission stattgefunden habe; daß der Kläger Schubert sie als öffentliche Versammlungen beim Polizeipräsidenten anmeldete, sei demgegenüber ohne Bedeutung. Das Gericht halte aber auch an seiner im Oktober 1900 ausgesprochenen Ansicht fest, daß die Kommission ein Verein sei, und weiter erachte es sie für einen politischen Verein im Sinne des § 8, d. h. für einen Verein, welcher bezwecke, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und von dessen sämtlichen Versammlungs-Vorstellungen Frauen ausgeschlossen seien. Somit seien die polizeilichen Maßnahmen bezüglich der Frauen auf der Konferenz berechtigt gewesen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militärschneider.

Am Montag haben die Militärschneider Berlins in ihrer überzähligen Mehrheit die Arbeit eingestellt. Die Versammlung der Ausständigen am Dienstagvormittag war außerordentlich zahlreich besucht. Nach dem Bericht, den Mitter von dem Stand der Bewegung gab, ist bis jetzt keine Aenderung eingetreten; außer den 2 Firmen, über die bereits am Sonntag berichtet wurde, haben keine weiteren Firmen die Reizung gezeigt, die Forderungen voll zu bewilligen. Die Firmeneinhaber scheinen teilweise eine übrigens ganz unbegründete Abneigung dagegen zu haben, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Der Redner forderte die Anwesenden auf, mit zäher Energie den Streik durchzuführen, und die Stimmung, die in der Diskussion zum Ausdruck kam, zeugte dafür, daß dieser Aufforderung in volstem Maße nachgekommen wird. — Die Zahl der Streikenden beträgt 310. Bei 25 Firmen wurde die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter der großen Firma Hohrecht werden höchst wahrscheinlich noch im Laufe des Tages in den Streik treten, so daß auch dort vom Mittwoch ab die Arbeit ruht. In Warenhaus für Arme und Marine haben Verhandlungen mit den Militärschneidern stattgefunden; die Geschäftsleitung ist bereit, Lohnzulagen zu gewähren, die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. — Ein Antrag, die Arbeiter der auswärtigen Filialen hiesiger Firmen zur Arbeitniederlegung aufzufordern, wurde dem Hauptvorstand des Verbandes zur Erwägung überwiesen. Der Hauptvorstand soll von Fall zu Fall entscheiden, ob eine solche Arbeitseinstellung notwendig ist. Im übrigen sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um die Anfertigung von Streikarbeit in anderen Städten zu verhindern. Die nächste Versammlung der Ausständigen soll am Freitag vormittag in den Arminhallen stattfinden.

Zum Streik in der Holzbearbeitungs-Branche.

In eine fast unerträgliche Skandalität haben die Schachmacher der Berliner Holzindustrie die Kleinen Tischlermeister gebracht. Durch die vorgenommene Aussperrung der Maschinenarbeiter ist es den Tischlermeistern unmöglich, die Holz bearbeitet zu bekommen. Die meisten Kleinen Meister sind daraus angewiesen, jeden Sonnabend zu liefern, und der Ausfall einer Lieferung bedeutet manchmal den völligen Ruin. Dazu kommt noch, daß die Meister gegen ihre Gesellen konträrbig werden müssen, weil sie nicht die nötige Maschinenarbeit erhalten. Der Schaden wird für die Industrie enorm. Unbegreiflich erscheint uns aber, was die leitenden Kreise der Unternehmer dadurch bezwecken wollen. Die Kasse der Streikenden zu leeren dürfte durch dieses Vorgehen doch ziemlich teuer werden und wohl kaum gelingen. Wenn man die Stimmung unter den Kleinmeistern kennt, so weiß man, daß nur der schlimmste Terrorismus die Tischlermeister zwingt, jezen Großverrechnen zu folgen. Bis heute sind ca. 300 Maschinenarbeiter ausgeperrt. Die größte Rolle bei der Ausperrung spielt zweifellos Herr Koller. Er war es auch, der von vornherein jede Unterhandlung mit der Arbeiterorganisation hintertrieben hat und sich darauf stützte, daß das Kleinmeisteramt für ihn die Kastration aus dem Feuer holen muß, damit er denselben eine verschärfte Konkurrenz machen und die Kleinen in aller Ruhe verpeifen kann.

Mit Bezug auf die Veröffentlichung der Arbeiterorganisation in der gestrigen Nummer erhalten wir folgende Zuschrift: „Unser Arbeiter haben Forderungen an uns nicht gestellt, auch nehmen wir fremde Arbeiten nicht an, sondern arbeiten nur für unsre Kunden.“ J. Kießig u. Sohn.

Ausperrung. Bei der Firma Goede, Chausseest. 32, Fabrik für Holzbearbeitungs-Maschinen, sind sämtliche Schlosser, Dreher etc. ausgeperrt worden. Die Arbeiter, die im Winter und im Vorjahre häufig mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten mußten, sollen jetzt zunächst täglich eine Leberstunde machen, die sie jedoch in Rücksicht auf ihre arbeitslosen Kollegen verweigerten. Ihnen wurde infolgedessen mit der Ausperrung gedroht. Als sie trotzdem einmütig zu rechter Zeit Forderungen machten und am andern Morgen wie gewöhnlich wieder zur Arbeit erschienen, wurde ihnen der Eintritt in die Fabrik verweigert. Sofort eingeleitete Verhandlungen blieben ergebnislos, wahrscheinlich weil der Fabrikant von den Herren aus der Gartenstraße Anweisung erhalten hatte. Er erklärte nämlich, die Autorität müsse aufrechterhalten werden, auch wolle er Herr im eignen Hause bleiben. Zum Schlusse meinte er, falls die Arbeiter das Gewerbegericht anrufen, so würde er sich dafür nicht fürchten, weil er wisse, daß seine Sache gerecht sei. — Die Arbeiter glauben allerdings, daß er es vorziehen wird, nach echter Kühnemäuer-Manier dort gar nicht erst zu erscheinen.

Ein Generalfreist der Landschaftsgärtner-Gehilfen Groß-Berlins wurde am Montagabend in einer von über 800 Gärtnern besuchten Versammlung einstimmig beschlossen. Die Forderung von 50 Pf. Stundenlohn wurde nochmals entschieden betont. Die Proklamierung des Ausstandes wurde der Vertrauenskommission überlassen. Diese erhielt auch Generalvollmacht für etwaige Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts.

Achtung! Tischner, Dieter, Sattler u. Ker Brauchen. Der Vorstand der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tischlerfabrik von Offer u. Co., Alexandrinerstr. 110, ist am 16. März durch einen

Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts auf Grund des in der Tischlerbranche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Vergleichsvertrages zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattlerverbandes.

Achtung, Puher! Die Sperre über die Laubertischen Bauten ist aufgehoben, nachdem die Differenzen zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt sind. Die örtliche Verwaltung. J. A.: G. Neumann.

Achtung, Kleber! Die Lohndifferenzen bei der Firma Tapeziermaschinen Gönemann, Ludwigskirchstr. 9, dauern ununterbrochen fort. Die kampfhaften Anstrengungen der Firma, Arbeitswillige heranzuziehen, sind bisher ohne Erfolg gewesen. Neuerdings wird versucht, die gesperrten Bauten, um den Kampf der Ausgeperrten illusorisch zu machen, an andre Unternehmer zu vergeben. Es sollen mehrere Unternehmer in Frage kommen, welche sich bereit erklären, Streikarbeit für die bisher angeblüh in Innungskreisen berichtigte Firma fertig zu stellen, u. a. die Firmen Weiner, Mauerstr. 45/46, und Duple, Nhländstr. 47. Auch soll die Firma Deutschlein, Schmidstr. 23, sich bereit erklären, 15 Arbeitswillige zu besorgen. — Die Kollegen werden ersucht, bei Annahme von neuen Arbeitsverhältnissen hierauf zu achten, resp. sich die gesperrten Bauten genau zu merken. — Gesperrt sind: Bau Zieg, Vrenschischestr. 72; Bau Klingenberg, Rantstraße 90; Bau Schrepper, Leibnizstr. 66; Neubau des Kultusministeriums, Wilhelm- und Behrenstraßen-Ecke.

Ferner wird von Seiten der Firma Gönemann beabsichtigt, von außerhalb, speziell von Magdeburg Arbeitswillige zu beziehen. Die Arbeiterblätter werden hierauf besonders aufmerksam gemacht und um Abdruck dieses gebeten. Näheres in der heute abend um 8 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 stattfindenden öffentlichen Versammlung. (Siehe Annonce in heutiger Nummer.) Verein der Kleber Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Tapeziererstreik! Aus Hamburg wird uns telegraphisch gemeldet: Sechshundert Tapezierer stellen am Mittwoch die Arbeit ein. Zuzug ist fernzuhalten!

Weitere Maßregelungen beim Norddeutschen Lloyd. Wie die „Norddeutsche Volkstimme“ mitteilt, hat der Lloyd am Sonnabend eine Anzahl Arbeiter aus der Maschinenwerkstatt und dem Magazin entlassen. Die Entlassung wird zwar mit Arbeitsmangel begründet, aber die Arbeiter glauben nicht, daß das die wirkliche Ursache der Entlassung sei, da noch vor kurzem neun Arbeiter eingestellt und am Tage der Entlassung Überstunden gemacht worden sind. Die Entlassenen gehören auch nicht zu den zuletzt Eingestellten, sondern es sind Leute dabei, die schon sechs Jahre beim Lloyd zur vollen Zufriedenheit beschäftigt waren. Der eine der Entlassenen ist Bezirksobmann der socialdemokratischen Partei, der andre hatte einen Vertrauensposten in seiner Gewerkschaft. Daraus geht zur Genüge hervor, welche Absichten mit der Entlassung verfolgt werden. Nun kommt noch eine Maßregel hinzu, welche die eigentlichen Hafenarbeiter betrifft, die zwar für den Lloyd beschäftigt sind, aber in unmittelbarem Arbeitsverhältnis zu dem Unternehmer stehen. Dieser ließ nämlich den Kohlen- und Ladungsarbeitern bekannt geben, daß die festen Gänge (Arbeiterkolonnen für bestimmte Verrichtungen) aufgelöst und die Gänge in jedem Einzelfall von dem Ober-Borarbeiter zusammengestellt werden. Durch diese Maßregel werden die Erzeugnisse, welche die Arbeiter durch ihre Organisation zur Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses erzielt hatten, zu nichte gemacht. Es ist ersichtlich, daß alle diese Maßnahmen nur deshalb getroffen wurden, um den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation der Hafenarbeiter zu schwächen, und ein einmütiges Vorgehen, wie es sich bei dem letzten Ausstande zeigte, unmöglich zu machen. Unser Bremer-havener Partei-Organ meint, daß den bezeichneten Maßnahmen des Lloyd auch politische Motive zu Grunde liegen. Man fürchte, daß Herr Zeese, der sich als Anwalt der Interessen des Lloyd erweisen hat, nicht wieder in den Reichstag gewählt werde. Da aber der Lloyd ein lebhaftes Interesse an der Wiederwahl des Herrn Zeese habe, so sucht er die einheimischen Arbeiter durch Provolationen zu verdrängen und durch fremde zu ersetzen, die sich als Stimmhelfer für den Vertreter der Lloydinteressen gebrauchen lassen. — Regreßlicherweise haben die genannten Maßregeln ungeheure Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen. Den Vertrauensleuten der Organisation gelang es jedoch, die begründete Aufregung zu beschwichtigen und einen neuen Ausstand, zu dem die in solcher Weise herausgeforderten Arbeiter geneigt waren, zu verhindern. Die Organisation der Hafenarbeiter hält den Ausstand zur Zeit nicht für aussichtslos. Sie bewacht in dieser schwierigen Situation die Ruhe und Besonnenheit und verschiebt ihre Maßnahmen auf eine gelegene Zeit.

Der Streik der Klempner in Stettin dauert ununterbrochen fort, da mit den Meistern eine Einigung bis jetzt noch nicht erzielt werden konnte. Es wird ersucht, den Zuzug strengstens fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Zum Streik der Tapezierer in Magdeburg. 74 Gehilfen, darunter 23 verheiratete mit 41 Kindern legten heute morgen die Arbeit nieder. Nach Fertigstellung der Accordarbeit werden noch 10 Gehilfen hinzulommen. 12 Betriebe mit 20 Gehilfen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen.

Die Waler in Königsberg i. Pr. haben am Sonntag den Streik beschlossen, und am Montag bei denjenigen Arbeitgebern, die den Tarif nicht anerkennen, die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen mit dem Gehilfenauschuß sowohl wie mit der Lohnkommission haben die Meister abgelehnt. Am Montag haben bereits elf Meister die Forderungen bewilligt. Bei diesen wird weiter gearbeitet.

Ausland.

Die Erdarbeiter in Austerdam sind in den Ausstand getreten. Der Vorstand der Organisation hatte schon seit Wochen wegen der am 8. Februar gestellten Forderungen mit den Arbeitgebern unterhandelt, ohne daß ein Resultat erzielt wurde. Am Montag legten 500 bis 600 Arbeiter die Arbeit nieder. 13 Unternehmer bewilligten bald darauf. Wenn der Ausstand länger anhält, werden auch andre Branchen der Banarbeit in Mitleidenschaft gezogen.

Ein Erdarbeiterstreik in Belgien. Am Freitag haben die auf der Eisenbahnlinie Morlanwelz-Chapelle-les-Perlamont beschäftigten Erdarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, die ihnen jedoch verweigert wurde. Bisher haben sich die Streikenden völlig ruhig verhalten.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Hafenarbeiter Dänemarks. In Kolding wurde am 12. März auf Veranlassung von Det forenede Dampfskibsselskab eine Hafenarbeiter-Organisation der Organisation der Hafenarbeiter gegründet. Weil mehrere große Importeure der Stadt sich gegen die Hafenarbeiter erklärten, drohte der Direktor der Dampfskibsselskab-Gesellschaft die Route Kopenhagen—Kolding einzuziehen. Trotzdem haben nun am Sonnabend die größten Importeure in Kolding mit der Arbeiterorganisation einen Tarifvertrag über Löhne und Ladung der Schiffe abgeschlossen, der am 1. April in Kraft treten und ein Jahr gelten soll. Der Tarif stimmt im wesentlichen mit den von den Arbeitern aufgestellten Forderungen überein.

Die Schneidermeister in Kristiania haben den von den Gehilfen eingeleiteten Tarifentwurf einstimmig abgelehnt und ebenso auch jede Verhandlung mit der Gehilfenorganisation über den Entwurf. Der jetzt geltende Tarifvertrag endet mit dem 15. April.

Sociales.

Hitzschlag als Betriebsunfall.

Der Arbeiter J. war an einem heißen Tage einem Hitzschlag erlegen, nachdem er vormittags am Siedefessel einer Seifenfabrik beschäftigt worden war. Die Hinterbliebenen J.'s brachten den Tod mit der Arbeit in Zusammenhang und beanspruchten von der chemischen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, weil ihrer Meinung nach hier von einem Betriebsunfall nicht die Rede sein könne. Die Kläger legten beim Schiedsgericht in Merseburg Berufung ein. Es wurde festgestellt, daß am Unglückstage zur Mittagszeit im Schatten eine Temperatur von 30 Grad Celsius und abends noch eine solche von 25 Grad herrschte. Die Zeugen, Mitarbeiter des Verstorbenen, sprachen von einem der heißesten Tage und befanden, daß am Siedefessel, wo J. vormittags arbeitete, die Temperatur eine unerträgliche gewesen sei und daß J. sehr geschwitzt habe. Zu dem einen Zeugen hat sich J. über die Hitze und den Dunst beklagt und geäußert, er müsse sich an die Arbeit und den Dunst im Siedehaus erst gewöhnen. Die Ärzte erklärten, daß die Ursache des Todes hier die dem Verstorbenen ungewohnte Arbeit bei großer Hitze im Siedehaus sei und daß J. bei seinem cholericen Temperamente und seiner Körperfülle zu Gehirnschlägen besonders neigte. — Das Schiedsgericht verurteilte die Berufsgenossenschaft, den Hinterbliebenen die Rente zu gewähren, und das Reichsversicherungsamt verwarf den hiergegen eingelegten Rekurs der Berufsgenossenschaft, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Für den Begriff des Betriebsunfalles im Sinne des Gesetzes sei ein, in einem verhältnismäßig kleinem Zeitraum eingeschlossenes Ereignis erforderlich, das mit dem Betriebe in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang stehe. Das sei aber hier der Fall. Die am fraglichen Tage herrschende Temperatur von 30 Grad Celsius im Schatten sei in dem Subraum der Seifenfabrik

infolge der Art des Betriebes immens gesteigert worden und die Beschäftigung des Klägers in dieser durch den Betrieb mit bedingten ungemöhnlich heißen düstigen Luft habe den Hitzschlag, dem J. erlag, herbeigeführt. Die schädliche Einwirkung auf den Körper des Verstorbenen sei auch zeitlich beschränkt gewesen, denn sie habe sich in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum weniger Vormittagsstunden vollzogen. Die Erfordernisse des Betriebsunfalles seien somit gegeben.

Eine systematische Aufnahme von Arbeiterbudgets wird vom Gewerkschaftsamt in Dresden in die Wege geleitet. In einer zu diesem Zwecke abgehaltenen Versammlung wurde die Angelegenheit durchgesprochen. Allen Teilnehmern werden Monat für Monat Haushaltsbücher mit entsprechendem Vordruck unentgeltlich geliefert.

Bei der österreichischen Sabbata, die demnächst veranfaßt werden wird, werden so geringe Arbeitslöhne bezahlt, daß den Arbeitern die Löhne der preussischen Staatsbahnarbeiter noch als erstrebenswertes Ziel erscheinen müssen. Sie erhalten, wie die „Königsb. Volks-Ztg.“ berichtet, einen Anfangsstundenlohn von 17 Pf. und bei keinem Arbeiter steigt der Stundenlohn über 21 Pf. Bei dieser armseligen Bezahlung ist es begreiflich, daß die Arbeiter in 14 Tagen oft über 200 Stunden arbeiten, um nur einen halbwegs erträglichen Verdienst zu erzielen. Herr Lubbe wird sich gewiß freuen, diesen Kernen als wahrhafter Freund erscheinen zu können, wenn er sie mit den fürstlichen Löhnen der preussischen Staatsbahnarbeiter beglückt.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung hielt Mittwoch, den 11. März, seine regelmäßige Vereinsversammlung in Obsts Jestsälen ab. Zf. Dr. Springer

hatte das Referat übernommen und sprach über die „Kurpfuscherlei“. In diesem überaus lehrreichen Vortrage führte Zf. Dr. Springer aus, daß es Pflicht jedes Menschen wäre, sich bei jedem Leiden an einen Arzt zu wenden und nicht an einen Kurpfuscher oder Quacksalber. Durch erläuternde Beispiele machte die Rednerin klar, wer zu den Kurpfuschern gehört und welche Folgen ihre Behandlung bei Patienten gehabt hat. Dem Vortrag wurde reichlich Beifall gesendet. Die Diskussion war überaus reg. Herr Bergmann, Naturheilkundiger, Lichterfelde, suchte Zf. Dr. Springers Vortrag zu widerlegen. Die Versammlung stellte sich trotzdem auf Zf. Dr. Springers Seite.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher. (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 18. d. M., abends 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Gängel, Rosenthalerstr. 57. Vortrag: Der 18. März.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Heute abend präcise 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal Lindenstr. 96. Tagesordnung: Die Bedeutung des 18. März. Referent: D. Siller. Gäste willkommen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Essenliche Versammlung in dem Germania-Saal, Chausseestr. 103. Reichstags-Abgeordneter Rollenbaur spricht über „Nacht geht vor Recht“.

Eingegangene Druckschriften.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen die Hefte 9 und 10 des neuen Jahrganges vor. „Der Goldmensch“, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters R. Jozsa, erscheint als Hauptroman. Neben diesem gelangt die schillernde, hauptsächlich die Jugend fesselnde Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Gramann-Ghatian: „Jean Theresie“ zum Abdruck. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Postzeitungs-Katalog Nr. 3856) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen. Beim Quartalswechsel sollen die Postabonnenten die Erneuerung des Abonnements nicht vergessen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. März.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung. Schauspielhaus. Jubiläum. Deutsches. Roma Bama. Berliner. Rosa. Festung. Der blinde Passagier. Neues. Erdgeist. Residenz. Lutti. (Loute.) Wespen. Die Nibelungen. Central. Gräfin Papi. Thalia. Der Cameliendonkel. Belle-Alliance. Fr. Die Dame aus Trouville.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Das zweite Gesicht.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Der Meister von Palmyra.

Carl Weiss. Alle Römer. Dantes. In Fesseln. Luise. Preciosa. Kleines. Nachspiel. Trionn. Die Notbrücke. Casino. Berliner Herzen. Spezialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Apollo. Die schöne Galathée. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Vanoditum. Spezialitäten. Palast. Die Gräfin von der Nadel. Spezialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Mittwoch: Photographie in natürlichen Farben, dargestellt in einer Wanderung durch Wald und Flur. Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Anfang 8 Uhr.
Ise Römer. Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern). Vorher: Das Versprechen d'interm Herd. Singpiel aus den österreichischen Alpen in 1 Akt von Alex. Baumann.

Trianon-Theater. Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Die Notbrücke. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbe und Francis de Croisset. Anfang 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Casino-Theater Rothfingergasse 37. 9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Anfang Sonntag 7 1/2, Bochent. 8 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Lenore, die Grabschraut. Dazu Auftreten famil. Spezialitäten.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Residenz-Theater Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute). Schwank in 4 Akten von Pierre Beyer. Morgen und folgende Tage: Lutti. Sonntagnachm. 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr:
Photographie in natürlichen Farben. dargestellt in einer Wanderung durch Wald und Flur.

Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Morgen: Lumpaciwoagabundus. Freitag: Zum 1. Mal: Der Raub der Cabanerinnen. Sonnabend: Der Fall Clémenceau. Sonntag 3 Uhr: Lumpaciwoagabundus. 8 Uhr: Preciosa. Montag: Preciosa.

Central-Theater

Täglich Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft. Abends 7 1/2 Uhr:
Gräfin Papi. Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York. Abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Papi.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliendonkel. Poffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von L. Veljäger. Morgen und folgende Tage: Der Cameliendonkel. Sonntagnachm. 3 Uhr: Der Weisheitsreifer. — In Vorbereitung: Der Posanen-Engel. Poffe mit Gesang und Tanz.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
„Er“. Drama in 1 Aufzug. Daraus:
Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang und Tanz in drei Aufzügen.

Apollo-Theater.

Heute: Die schöne Galathée. Um 9 1/2 Uhr: Die glänzende Spezialität. Novellos. Gargani. Rob. Steidl.
Cake-Walk 1. im Salon 2. in Amerika 3. in der Hölle Die 5 Barsussdänerinnen. Donnerstag: Frau Luna. Freitag: Naktiris Hochzeit. Sonnabend und Sonntag: Die schöne Galathée.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16.
Eva. Donnerstag: Jongleur. Nachher: Tanz. Freitag: Berlin, wie es weint und lacht. Sonnabend: Der Dornenweg.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer. **Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.** Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Mittwochabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht. Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal. Donnerstagabend 8 Uhr: Don Gil. Freitagabend 8 Uhr: Don Gil.

Passage-Theater.

Anfang Sonntag 3. Wochent. 5. Ende 11 Uhr. Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.
Boxkampf des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis. Bernhard Marx, Humorist. **Marie Werder, Soubrette.** Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über die schwebende **AGA** Jungfrau.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast. Letzte Woche:
Die Gräfin von der Nadel. Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn. **Das Elite-März-Programm.** Mary Elly, Hermann Norden. The Standtons. Sonnabend: Gr. Frühlingsfest nach der Vorstellung: Freitag. Anf. 8 Uhr. Sonntag. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Buntes Theater.

In Fesseln. Sonnabend, 21. März: **Subskriptions-Redoute** (Alt-Heidelberg).

Bernhard Rose-Theater

Badstraße 58. Mittwoch, den 18. März: Benefiz f. Herrn Carl Lohrmann. **Die schöne Ungarin.** Gr. Poffe mit Gesang in 4 Akten von W. Ranshädt und H. Keller. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Freitag: Gr. Extra-Vorstellung.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Bochentags 8 Uhr.
Stettiner-Sänger. Barock-Orchester von Weigel.
Der Socialist von Nazareth. Eine neue Lebensgeschichte Jesu, verbunden mit einer Widerlegung der Schriften von Strauß, Renan und Volzinski. Von Oskar Zimmer. Berlin, Kuegelplatz 21, Selbstverlag. Preis 50 Pf.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme

(Endstation der „Stern“-Dampfer) Telephon: Grünau No. 39. Empfehle mein alldemaltes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfstraße, Regeldampfen, große Kaffeeküche. Zäse, Galleu, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Möbel

aus Teilszahlung, billig. Danks, Wägerspind etc. H. Piehl, N. 37, Schwedterstr. 10. rs27g

Infern Genossen und Bezirksführer 29346
Ernst Haverling zu seinem heutigen Wiegensiege ein dreimal donnerndes Hoch! Seine Hilfsmannschaft.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufslogen Deutschlands (E. S. 88, Hamburg). Verwaltungsstelle Berlin A. **Nachruf.** Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied am 14. März verstorben ist. Die Beerdigung hat bereits am 17. März auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde stattgefunden. 29635 Die Ortsverwaltung.

Steidl-Theater (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Mittwochabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra. Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolf Wilbrandt. Donnerstagabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra. Freitagabend 8 Uhr: Der Meister von Palmyra.

Danksagung. Für die zahlreiche Teilnahme und Krankspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, sagen wir allen, die daran teilgenommen haben, unsern besten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Die trauernde Gattin **Martha Pohl** und Tochter. 29796

Danksagung. Allen Bekannten und Kollegen, welche meinem lieben Mann und unserem guten Vater die letzte Ehre erwiesen, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank. 29688 Die trauernden Hinterbliebenen **Broc. Luise Vogel** nebst Kindern.

Danksagung. Für die innige Teilnahme und die vielen Krankspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Martha** sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. 29646 **Adolf Moskopf und Frau.**

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich erhalt. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Bochent. 8. Sonntags 6 Uhr.

WINTERGARTEN

Vollständig Neues Programm: Humberty, Jongleur. Harry Atkinson, Imitator. She, die 4 Elemente. Litke Carlson, Tanz-Humorist. Arras-Duo, gymnast. Produktionen. Miss Sidy Nirvana, Lebende Bilder. **Circling the Circle.** Annie Dirken, Operetten-Sängerin. Gabriela Juniore, Pariser Soubrette. Neues Ballett-Divertissement, „Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter Cake Walk. Der „Biograph“.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 18. März 1903: abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Elite-Abend. Ein grosses Potpourrie der berühmten Meisterdresuren d. Dir. **Ab. Schumann**, sowie **Revue** sämtlicher Kunst-Kapazitäten und die Pantomime **Die lustigen Heidelberger.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Julius Schüler** am 16. März verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofs, Nieder-Schönhausen, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Paul Hauschulz** am 13. März verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. März, nachm. um 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Altepler Friedrich Wichert** am 15. d. M. gestorben ist. Ihre innigen Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, von dem Krankenhaus in Hummelburg aus nach dem Kirchhofe der Andreas-Gemeinde, Hohen-Schönhausen, statt. Rege Beteiligung erwartet 118/10 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Teilnahme beim Tode unseres lieben Vaters, des **Glasmachers Hermann Ernst** sowie für die Begleitung nach dem Friedhofe und die zahlreichen Krankspenden sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen vom höchsten Dankkreis unsern tiefgefühltesten Dank. 29695 **Paul Ernst. Otto Ernst.**

Achtung, Vortrag! 2081b
Mittwoch, d. 18. März, abds 8 1/2 Uhr,
in Haberechts unterem Saal, Große
Frankfurter-Strasse 90. Referent:
H. Müller, Besitzer der Kuranstalt
Gr. Frankfurterstr. 87, spricht über
Entstehung, Verhütung und Heilung
der akuten wie chron. Gonorrhoe, der
Dues u. c., im weiteren die Quecksilber-
frage u. ihre Gefahr d. Volksgesundheit
— ist überhaupt Quecksilber ein Heilmittel?
Kaufmann verhilft viel Unheil.
— Nur von Hab. Zut. Entr. frei.

la la Spielkarten
von 48 bzw. 53 Pf. bis 80 Pf. p. Spiel.
Leo Blau
Liquorfabrik u. Weinhandlung,
Prinzenstrasse 74.
865L*

Baustellen in Erkner,
Neu-Zittau,
Dahendorf, 1/2 Meile von 8 RR., 15 Min.
v. Bahnhof Grünau 1/2 Meile v. 20 RR.
an, bequeme Zahlungsbedingungen,
vert. Schulz, Niddorf, Beferstr. 202.

Der billige Rosenberg.
Einsegnungsanzüge,
Einsegnungskleider, Knabenanzüge
Mädchenkleider, Mädchenjacken,
Damensaccos, Capes, Kostüme,
Reste
zur Damenmäntel-Konfektion,
Sammete, Seidenreste,
Kostümstoffe, 767L*
alles zu ganz enorm bill. Preisen.
Kottbuser Damm 93.
Lieferant des Rabatt-Spar-
Vereins „Süd-Ost“.

Bur Probe! Beste Rasiermesser
empf. gegen Nachahmung od. verb. Nachh.
Fritz Hammesfahr, Gohr, Seilingen,
Stahlwarenfabrik und Versand.
Diamantfahrl-Rasiermesser Nr. 2, —
desgl. Silberfahrl
Nr. 2 — mit Stahl-
Schneidmesser mit
Schloß 1/2 Meile
u. Rasier 1/2 Meile
u. 2/3 Meile Nr. 2
2 1/2 Komp. Rasier-
garnitur in feinem
Stuhl Nr. 2 —
Katalog mit über
3000 Gegenständen, wie: Messer, Scheren,
Seilen, Messen, Messer, Gold- u.
Silberwaren, erhält jeder franco, un-
ter Aufsicht des Verlangens. Für Wieder-
verkäufer beste Bezugsquelle.
Nachdruck verboten.
Fritz Hammesfahr, Fecho b. Solingen.

Reste
Spotbillig für elegante
Herrenanzüge, Paletots,
Kinder-Anzüge usw.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Roslfir. 2.

Credit. — 10 Mark —
Lieferer Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Der Stoff allerbilligste Preise.
Der selbst Stoff hat u. 20 M. an.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Prinzenstr. 55.

Damen- und Mädchen-
Kostüme, Saccos,
Röcke, Blusen etc.
47. Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schlesisch. Thor.
von Kammgarn,
Reste
Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!

Möbel wegen Aufgabe
des Geschäfts
spotbillig! 7092*
Wiehr, Neue Königstraße 67.

Patente
besorgt und vertreten
gut und schnell
Patent-Bureau
3. Reichhold u. Co.,
Berlin NW., Luisenstr. 24.
Ausführung kostenlos. 7722*

Farbenhandlung
Reinickendorfer-Strasse 56b.
Großer Vorken Garten:
Streichfarbe
Fuchsbodenfarbe . . . 35 Pf.
Fuchsbodenfarbe . . . 35 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 19. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der gesamten Vertrauensleute Berlins
in Cohns Festsälen, Beuthstraße 20.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Delegiertenwahl zum Verbandstage.
2. Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt. — Einladungsliste ist mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.
118/11

Centralverband der Dachdecker Deutschlands
(Filiale Berlin).
Sonntag, 22. März, vormitt. punkt 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Stellungnahme zum Bauarbeiterkongress
kongress und Wahl von zwei Delegierten. 3. Stellungnahme zum Gausing
und Wahl der Delegierten. 4. Stellungnahme zum 1. Mai.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Der Vorstand. J. H.: H. Buchs.

Achtung! Achtung!
Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen
beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn
Flebig, Große Frankfurterstr. 28: 75/9
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Lage der Aussperrung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
4. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kollegen sind verpflichtet,
in dieser Versammlung alle zu erscheinen. J. R.: Wieland.

Centralverband d. Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter
Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin I.
Engel-Ufer 15, II. Zimmer 16. — Telefon: Amt VII, Nr. 3348.
Achtung! Achtung!
Kellerarbeiter und Kutscher.
Donnerstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,
Alexanderstr. 27 c, 1 Treppe (kleiner Saal):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Steinicke. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.
Bei der interessanten Tages-Ordnung erwarten wir das Erscheinen
eines jeden Kollegen als Ehrensache. Die untern Verbände noch fern-
stehenden Kollegen sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen
und als Gäste gern gesehen.
Die Kommission. J. R.: R. Wiedemann.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr,
beim Kollegen Klingenberg in Pankow, Kaiser-Friedrichstr. 12:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer
Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten, u. a. die Angelegenheit Peter-
Wilmersdorf und der Kollegen von Behlenhof.
Der Vorstand. J. R.: Ferdinand Ewald.

ist anerkannt die
feinste Pflanzenbutter.
Palmin wird hergestellt aus ausgesuchten
Kokosnüssen und ist frei von jeglichem Geruch und
Geschmack. In der Verwendung beim Backen,
Braten und Kochen ist Palmin gleich vorzüglich
wie Butter, aber viel billiger als diese. Preis pro
Pfund 70 Pf. 449L*
Man achte genau auf die Original-Etikette
„PALMIN“; Nachahmungen sind oft wertlos.
Zu haben in Delikatessen-, Kolonialwaren- und
Buttergeschäften.

Institute für elektromagnetische Therapie
System Trüb
Berlin W., Bülowstrasse 20 | Berlin N., Oranienburgerstr. 14
Hochbahn Bülowstrasse | Stadtbahn Börse
Tel. VI. 4478. | Tel. VII. 4636.
Anstaltsarzt Dr. James Loewy. | Anstaltsarzt Dr. Hugo Neumann.
Täglich geöffnet von 9-5 Uhr. Sprechst. d. Anstaltsärzte v. 12-2.
Behandlung von
Nervenkrankheiten u. Rheumatismen
mittels elektromagnetischer Strahlung, besonders:
Neuralgie, Ischias, Schreibkrampf, Migräne, Schlaflosigkeit,
Neuralgie, Rheumatismus, chronische Schmerzzustände etc.
Prospekte gratis und franco. 67/1*

I. Wahlkreis.
Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20/21:
Volks-Versammlung.
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Heine: Auf zur
Reichstagswahl. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr:
4 Volks-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
Ballschmieders Salon, Badstr. 16.
Puhmanns (W. Fröbel), Schönhauser Allee 148.
Tages-Ordnung:
Der 18. März und seine Bedeutung für das arbeitende Volk.
Referenten: G. Ledebour. W. Manasse. Klees. Voglherr.
Um zahlreichen Besuch bitten
Die Vertrauensleute.

Central-Verband der Maurer etc.
Zweigverein Berlin.
Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung der Zahlstelle vom Jahre 1902 und Neuwahl des Zweigvereins-Vorstandes.
2. Der bevorstehende Bauarbeiterkongress und Wahl der Delegierten.
3. Mitgliedsbuch legitimiert. — Guten Besuch erwartet
Die Verbandsleitung.

Anzüge nach Maß für
Herren-Knaben
größte Auswahl in in- u. aus-
ländischen Stoffen für Paletots,
Kostüme, Bekleidungs etc., werden
unter Garantie des guten Sitzes
zu überaus billigen Preisen
schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft
bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Achtung! Kleber. Achtung!
Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr, bei Feuerstein,
Hirt Jakobsstr. 75 (großer Saal):
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Kollegen bei der Firma Lapejertmaschine Bönnemann.
2. Diskussion.
Verein der Kleber Berlin und Umgegend.

4.ziehung 3. Klasse 208. Rgl. Preuß. Lotterie.
Ziehung vom 17. März 1903.
Für die Gewinne über 172 Mk. sind den Besitzenden
Nummern in Nummern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
90 107 56 357 467 573 644 46 (3000) 1028 61 155
258 404 33 521 624 923 2058 355 444 503 34 891 903
52 (3000) 97 3190 533 696 822 4160 331 60 427 521
690 717 876 5127 90 375 453 791 897 965 6017 290
72 83 422 65 524 808 7014 65 133 327 43 408 65 580
88 881 932 09 8142 218 363 416 (3000) 572 78 83 752
896 978 9011 122 376 89 413 773 885 992
10038 388 695 15 590 85 610 721 963 976 88 11121
26 377 98 699 740 46 805 907 81 12026 118 292 309 409
561 95 723 91 915 34 13223 31 314 95 470 728 971
14329 68 415 592 600 702 963 942 15094 151 90 229
76 471 506 97 615 992 913 16045 110 33 283 375 622
819 56 78 915 72 17439 132 334 459 54 82 690 783 884
967 18200 41 76 306 9 400 95 807 61 19026 27 155
263 317 66 79 701 11 902 89
20053 300 475 663 603 11 77 893 21013 513 689
754 94 823 22000 20 147 85 214 302 21 430 522 633 701
75 90 841 23049 38 356 474 503 38 696 750 919 24002
43 48 309 76 571 77 637 826 949 92 25180 435 521 26
52 683 759 896 922 24073 428 60 78 661 94 739 901 4
27160 217 26 51 554 91 624 739 920 28046 49 233 340
500 1 71 615 20 709 59 837 994 29004 17 74 338 499
71 79 510 35 70 800 (3000) 957
30666 331 65 447 697 794 68 31030 222 43 55 80
831 902 49 82 32004 50 120 247 334 407 690 872 84
903 8 41 69 33042 59 180 84 91 228 335 508 81
946 51 72 763 925 34094 244 92 300 466 501 42 696
35074 131 231 61 80 95 395 638 760 890 961 72 26121
246 390 32 575 643 731 880 937 37099 386 163 721 43
95 38016 152 514 800 71 39915 60 130 360 481 80 612
40126 51 81 325 589 96 694 715 23 848 41072
175 362 574 718 892 901 42007 133 49 320 724 88 828
908 22 57 43198 276 411 96 621 (3000) 723 966 44140
305 548 04 45323 52 82 430 836 72 74 46903 25 37
254 491 558 616 16 790 800 47001 234 518 48196
230 35 400 665 734 42 72 830 90 924 94 49289 364
[3000] 688 790 801 28
50041 199 226 747 51079 133 485 680 850 83
74 52096 223 457 66 82 91 534 696 734 50 97 889
53091 96 253 365 428 500 97 875 916 54211 68 86
800 48 64 580 606 705 9 51 839 72 974 55051 198 204
88 413 508 45 69 690 799 840 56391 446 69 516 28
680 979 57275 305 39 45 50 475 95 613 836 965 68007
105 37 40 211 23 417 673 792 840 991 59058 (3000)
739 854
60088 277 336 83 436 78 835 38 45 733 815 943
61031 391 521 819 927 69 96 62071 259 46 406 91
625 765 71 863 78 984 63200 386 538 92 693 764 964
46155 67 318 75 93 98 411 53 94 635 829 32 970 65047
66219 425 42 15001 512 84 717 67131 219 544 87 96
97 660 929 93 65010 72 152 93 487 511 601 90 861 906
60027 75 09 289 483 84 674
70004 183 251 54 483 522 77 785 851 983 98 71025
143 63 284 427 639 822 72051 82 123 231 324 506 23
32 790 73044 197 25 462 87 693 722 951 74324 40
454 68 880 75022 251 76 317 421 70 577 774 638 76
76228 350 74 612 910 77023 103 75 216 455 89 639
94 739 43 875 978 96 78089 590 603 64 87 902 79110
36 293 334 490 531 608 47 94 917
90076 96 116 70 472 507 698 986 81022 95 96
171 74 217 60 309 10 53 08 411 73 94 536 938 33 744
61 820 82374 421 65 693 670 83 96 840 (3000) 924
83028 209 38 455 519 683 89 789 96 99 919 84999
94 127 61 243 49 471 97 537 799 853 98 992 85094
193 653 680 827 86108 334 91 92 541 65 718 87134
79 240 300 407 45 728 830 80 993 88354 433 643
761 811 924 89001 328 423 562 90 642 721 863 954 80
90228 329 94 491 519 25 33 44 640 716 842
91099 168 276 91 326 535 637 96 738 873 87 92261
86 345 438 662 792 802 934 93 93949 290 407 52 55
503 650 774 93 94218 57 382 584 93 610 775 860
95405 20 33 84 226 69 83 335 541 90 785 942 96165
288 616 707 38 40 807 918 31 97013 127 347 71 451
676 80 949 59 95021 33 221 300 41 699 747 894 23
48 99925 282 92 696 352 680 702 12 45 83 995
100127 250 92 696 352 680 702 12 45 83 995
539 657 222 102043 65 224 338 415 538 96 103133
231 36 64 323 96 61 85 411 21 40 76 576 640 53 705
875 83 104183 337 79 413 73 501 97 799 41 905 921
105162 305 500 17 47 82 622 96 949 108032 77
151 453 741 806 932 107690 300 51 455 97 521 694
714 26 36 44 108041 211 82 642 701 823 939
108020 69 100 45 234 96 97 338 420 70 588 693 797
112028 301 19 519 629 50 789 806 98 111005
14 147 285 76 438 509 28 800 62 992 112508 622
753 891 45 63 113149 75 274 353 332 71 696 75 97
789 907 84 114103 20 255 413 65 647 784 880
815910 101 34 1131 419 79 567 827 739 841 967 110131

97 220 77 341 423 678 745 46 842 81 909 70 117109
45 223 372 530 677 721 64 96 855 72 118037 101 211
37 43 58 518 629 788 119339 488 519 35 39 677 875
120194 300 743 928 121294 311 413 622 763
968 122003 7 132 79 210 384 475 600 826 938 123279
421 79 517 (3000) 625 964 75 124147 296 464 692 99
844 67 963 71 77 125049 173 224 69 96 541 717 26
880 980 126051 196 308 97 459 871 990 127166
228 365 71 690 27 35 709 75 818 27 47 58 97 128190
280 343 407 596 69 616 51 52 721 47 810 962 91 129033
405 616 780 83 951 72
130087 (5000) 125 227 323 95 411 85 97 510 48
658 91 714 84 (3000) 40 64 131062 82 95 106 62
205 348 485 94 501 9 95 805 132007 214 24 336 45
434 38 513 600 50 739 53 133039 190 94 298 373 94
414 826 730 955 70 134043 227 34 368 452 787 863
80 135227 427 549 676 717 842 908 136023 70
464 66 80 516 619 31 873 137163 207 345 450 56 73
94 530 675 752 888 951 60 71 94 138330 38 428
520 32 976 139122 308 478 97 506 630 69 808 971
140161 67 914 80 141121 232 59 82 345 445
602 87 831 964 88 142111 279 361 97 573 649 736
854 143694 225 591 613 69 703 17 19 57 79 144014
108 16 77 95 319 824 28 57 602 (15000) 11 45 69 869
983 145058 378 85 440 718 72 879 146343 91 553
619 41 757 874 906 147040 194 273 394 455 514 28
45 69 481 148371 466 583 618 96 790 801 90 918
149174 482 533 768 836 955
150157 224 354 829 949 151131 253 354 475
548 607 739 824 152042 145 245 79 516 50 153254
370 404 54 69 739 861 933 154243 465 (3000) 88 512
86 691 920 155104 42 251 85 99 535 665 718 40 981
156000 423 831 44 61 938 157001 128 202 312 16 20
29 443 58 585 799 966 87 158039 356 440 703 806
945 159037 48 483 669 76 612 863
160130 209 45 346 517 710 38 79 (5000) 161315
442 517 68 631 62 90 754 822 162163 73 215 341 628
983 163000 733 827 163101 311 90 479 689 890 64
164118 223 82 305 425 32 507 95 738 915 66 165071
141 210 45 351 409 517 76 885 90 963 84 92 166016
481 632 694 87 788 167014 15 72 221 340 69 412 681
777 168130 258 62 569 750 496 169112 202 368 420
21 77 658 62 690
170034 124 294 358 576 864 980 171241 465
553 668 719 27 172041 144 303 25 533 58 85 694
724 23 924 173002 296 334 73 91 512 758 174179
265 430 40 520 678 89 702 22 823 520 175119 429
594 861 680 176064 206 64 328 32 53 412 576 761
803 177093 482 549 84 86 697 (3000) 799 877 178028
55 434 344 925 48 179199 510 84 608 9 55 90 852
79 965
180156 386 601 704 881 181121 331 430 44 89
581 696 11 13 44 77 97 809 16 950 182202 10 57 491
616 62 720 804 939 90 183019 93 114 79 323 47 (5000)
62 (5000) 400 504 11 67 809 938 184223 54 313 466
784 844 924 83 91 185072 104 98 282 441 611 847
897 81 947 186016 129 72 329 453 564 610 786 187098
269 413 48 63 617 803 74 188106 224 96 367 422 653
920 189097 167 501 10 899 961
190367 546 688 791 897 923 83 89 191025 81
133 75 308 447 885 737 837 970 192201 98 961 193169
271 455 555 71 696 803 91 945 194237 381 463 545 669
708 81 195381 479 536 45 676 89 774 (3000) 878 956
196148 90 434 91 502 648 197013 62 123 331 418
83 516 673 733 829 94 954 198030 63 88 264 458 71
19 51 74 834 57 944 199055 400 633 58 70 71 81 709
(3000) 29 835 48 948 (5000) 79 95
200226 70 323 75 458 505 60 831 201013 108
275 (300) 526 82 644 55 67 718 74 924 202156 340
449 74 521 63 81 696 835 203271 434 (5000) 545 69
621 838 61 945 204054 115 37 60 317 26 438 (500)
69 698 890 946 205071 118 628 98 789 206004 255
307 462 82 532 686 93 921 207109 10 246 380 857 644
92 806 208430 604 921 209048 305 34 547 782 880
210070 61 308 25 34 648 844 982 91 211869
829 907 212374 479 684 802 213008 161 (5000) 222
555 709 65 923 84 214341 549 78 96 670 734 850 54
909 97 215106 300 4 42 95 538 80 620 35 803 58 93
937 216123 261 345 53 632 696 778 870 915 83 96
217081 196 313 441 83 671 787 927 51 218031 226
328 557 625 78 219046 76 231 60 333 408 799
220079 329 505 980 221142 380 430 90 518
69 663 222165 220 65 90 500 (500) 83 649 67 80 785
969 88 92 223003 103 9 312 400 54 76 528 800 901 17
224000 357 403 525 34 57
Berichtigung: In der Ziehung vom 18. März nachmittags
bei 20829 hat 20839.
Die Ziehung der 4. Klasse der 208. Rgl. Preuss. Lotterie
Stiefelpfeiler beginnt am 24. April 1903.

Bekanntmachung!

Um unserer werten Kundenschaft unsere Leistungsfähigkeit vor Augen führen zu können, haben wir **1850 Einsegnungs-Anzüge** konfektioniert, welche durch ihre solide Verarbeitung, gediegene Stoffe und tadellose Sitz, wenn man den außerordentlich billigen Preis in Betracht zieht, jedermanns freudige Anerkennung erlangen. Nur durch den kolossalen Konsum an Rohwaren, welche uns die günstigsten Abschlässe mit den Fabriken sichern, wie auch durch moderne technische Hilfsmittel, welche bei einer Fabrikation in großem Maßstabe unerlässlich sind, sind wir in der Lage, diese **Ausnahmepreise** zu stellen. Wir offerieren unter der

Marke Praktikant:
Einsegnungs-Anzug aus fein geripptem Sammingarn, mittelschwer, sehr dauerhaftes Fabrikat, sauber gearbeitet, gute Zuthaten **Mk. 12,50.**

Marke Soldat:
Einsegnungs-Anzug aus Tuch oder prima Sammingarn, edles Fabrikat, Massanzug ersetzend. Prima Ausstattung. **Mk. 20,-**

Wir halten dieses Angebot nur so lange der Vorrat reicht aufrecht.
Jerner offerieren wir den von uns fabrizierten **Ueberzieher** unter der Marke

Courant

Dieses vornehme Kleidungsstück besteht aus fein meliertem, weichem Kaxengo-Überstoff (auch schwarzweiz gemustert) prachtvoll gearbeitet, modernes Jagd-, familiäre Nähe zweimal gesteppt, mit Windfalte, gediegene Zuthaten, für normale oder anormale Figuren passend, in Verarbeitung II 17 Mk. Derselbe Paletot, extra fein ausgestattet, in Verarbeitung I, Ueberzieher nach Maß **erschend, Preis 25 Mk.**

Monat März Verkauf einzelner **Modell-Kleidungsstücke**, wie auch nicht abgeholtet Bestellungen zu **extra billigen Preisen.**

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueberverteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.

Herren- und Knaben-Bekleidungsfabrik.

Gegründet 1887. Berlin, Oranien-Strasse 40/41.

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

Couristen- und Radfahrer-Karten, Stadtpläne!

Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 R.
Stadtpläne von Berlin mit sämtlichen Vororten u. 50 Pf. bis 3 R.
Umgebungskarten von Berlin, 85, 182 und 500 M. Meilen um Berlin, mit Entfernungsberechnungen von Ort zu Ort, koloriert, von 50 Pf. bis 3 R., auch für Radfahrer benutzbar.
Radfahrerpläne von Berlin mit Angabe der Art des Straßenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Jüterbog, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 R.
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Geschäftsfahrt der Bege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Steigungen etc., kleinem Maßstab, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 R.
Taschenwörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise, französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch u. deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.
Jede Sprache hat 3 Bde. nur 1,50 R.

Raucher

Haas-Tabak

Specialität: Berliner Shag hell

in 10 Pfg. Packeten

Hochfein im Geschmack u. Aroma.

Zu haben in allen Gigarngeschäften.

ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3

MAGEN-DOCTOR

ist das Beste für den Magen!

Nach Wein und stets nach zwei Glas Bier

Bekommi Wurm's Magen-Doctor Die

Nicht jedem Essen lass Dir sagen: Es ist das Beste für den Magen!

Flaschenverkauf in den meisten Ladengeschäften — Ausschank in den Gastwirtschaften wo Plakat.

821 R.

Adresse für Gastwirte und Ladengeschäfte:

Micheleikirchstrasse 20. Telefon: VII, 3713.

Steppdecken

Sauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik 72 Wallstrasse 72, wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden.
V. Straßmann, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste, Moquettes, Plüsch, Sattelstufen.
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158, Oranienstr.

Reste

zur 7881 R.

Damen - Mäntel - Konfektion und Kinder - Garderobe.
Futterselzen, Besatzartikel.
Fortige **Damen-Mäntel** und **Jackets** in grösster Ausw.
Kostüm-Stoffe, zu vollständigen Kostümen u. einzelnen Röcken in farbig u. schwarz, enorme Ausw.
C. PELZ,
4. Kottbuser-Strasse 4.

Ich wohne jetzt Kommandantenstr. 50
Dr. J. Lillenthal
Specialarzt für Hautkrankheiten.
12-2, 4 1/2-6, Sonntags 10-11.

Kaufe Posten Möbel
gegen sofort. Cassa. Offert. unter H. 3287 an Heiner. Eisler, Berlin SW. 19. 190/20

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restauration, alles Geschäft, so fort transaktionsfähig billig zu verkaufen. Kopischstraße 1. 1341K

Restauration, Baugeschäft, sofort für 16000 Mark Kaufpreis zu verkaufen. Näheres Schöneberg, Selenbeimerstraße 1, Charlottenburg. 1413

Wandbildergeschäft, Kundenschaft anheim Haus, billig. Näheres Kaefer, Frankfurter Allee 147, 3 Treppen. 29518

Möbelgeschäft, seit 8 Jahren gutgehend, wegen Umzug nach außerhalb unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen. Schönberger, Barbaroschstraße 3. 29233

Kohlenhandlung mit Böttcherei wegen Verzug nach außerhalb billig veräußern. Bienenstraße 23. 29448

150 Halb-Landparzellen, am See, sehr idyllisch, an regulierten Straßen, Meter 60 und 85 Pfennig, verkauft Feilner Pfaffenbaum, Gernsdorf, Lindenstraße 15. 25566

Gartenschäfers Große Frankfurterstraße 9, barriere. 137

Schöner, gutgehender Damen-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen bestehend 15-30, Reinfelder 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Verlandhaus, Nägerstraße 63, 1 Treppe. 15298

Specialfabrik für Knaben-Garderobe, Berlin NW, Turmstraße 85, zeigt den Eingang der neuen Frühjahrs-Kleider an. Verkauf in Täuflern und im einzelnen zu streng festen, billigen Preisen. Ein Polier vorjähriger Anzüge steht zu Taxpreisen am Ausverkauf. Hefner des Sparvereins Nordwest. 15448

Knabenanzüge, Paletots, Mäntelchen, Jacketts, Kosmann, Veteranenstraße 14.

Stoffe zur Kinder-Konfektion, Sammet, Blüße in großer Auswahl, Kosmann, Veteranenstraße 14.

Steppdecken, feinste Handarbeit, kauft man direkt beim Steppdecken-Fabrikanten Georg Schreyer, Blumenstraße 19. Alle Decken werden neu bezogen. 1561K

Kadeneinrichtung, gebraucht und neu, Material, Regal und Verstell-, Bäcker- und Konditorei-, Restaurationen, Bäck-, Manufakturwaren, Konfektions- und Comptoir-Einrichtungen. Neuherk billige Preise. Anfertigung in jedem Stil nach Reich in eigener Fabrik mit elektrischem Betrieb. Platow, Brunnenstraße 7, III, 714, Andreasstraße 21, VII, 1722

Küchenfrant unzugänglich billig, Budzinski, Willibald Wegstraße 34.

Kanarienvogel, Kette Säger, frankheitshalber billig. Wehner, Eichenstraße 9. 140

Leppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Berlin, Gadeiser Markt 4, Bahnhofs Böfze. 119/5

Möbelangebot. Im Kultursalon-Möbelpedler, Roderstraße 25, Hochbahn-Palasttelle Roderstraße, sollen verschiedene gediegene Kuchbaum-möbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salongarnituren, Vaneelsofas, Kuchbaumplanten, Bibliotheken, Kleiderchränke, Kuchbaum-lustes, Schreibtische 25,00, luntel-haugelme Kuchbetten mit prachtvoller Diwanbede 22,50, hochleganter Säulen-trameau 30,00, prachtvolle Salon-leppiche, schon 18,00, Zimmerleppiche 8,00, reichgestülpte Ledergardinen, Spachtelstübe, Tischgardinen, Stepp-becken, Salonbilder, Standuhren, Glasstischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheitsen spottbillig. Wible, Hülsenstraße 1534R

Leppiche mit farbenschönen Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, barriere. 137

Kranzfabrikale für Zimmer und Straße künstlich und teilweise in allen Verlässen. Repp, Glaserstraße 95. 91/12

Schneider 40, Schädel, Schmid-straße 11 a. 66/12

Tandem, Motorrollerkannnen verkauft Steyer, Nankauerstraße 45. 127

Geliebtheitskufe. Pofelot, Herren- und Knaben-Anzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Leppiche, Kessel, Revolver, Leihings, Kunst-werke spottbillig. Ude, Dramenstraße 131. 29285

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reizzeuge, Harmonika, Gegen, Aßner spottbillig. Ude, Dramenstraße 131.

Ansverkauf, Uhren, Goldwaren, spottbillig, Wanteuffelstraße 78. 28788

1000 neue Nähmaschinen geben auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-schiffen, hochtauglich, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Anzahlung, drei Jahre weisse Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Preis von 100 Mark an. Repp, Glaserstraße 95. 91/12

Randentkolonnen! Bevor Sie eine Wanne kaufen, vergleichen Sie die Preise zum Kolonnenmesser und Saugrohrweite mit unsem Pumpen von 12,00 Mark an. Mayerhoff u. Berner, Pumpenfabrik, Spandau, Ruderstraße 19. 2747b

Sandboden! Neue und gebrauchte Sandböden, Bretter, Ratten, Leitern, Türen, Fenster, Dachpappe, Leer, billig Kotbuserdamm 22. 29339

Kassien-Dremsholz verkaufe ich sehr billig in großen und kleinen Sorten von 1/2 Meter an, pro Meter 5,50 Mark. Reumann, Friedrichsberg, Wars-straße 13. 117

Steppdecken blücht Fabrik Große Frankfurterstraße 9, barriere. 137

Vegehühner, Stammenallee 61.

Wormschilde, auch Jahre, billig verlässig, Rathenoverstraße 5 beim Bortier. 1435

Fahrräder, ein Rollen von 20 Stuhl, auch einzeln, billig verlässig. In entgegen Verlebergerstr. 52, Eingang Rathenoverstraße, Hof geraden. 1435

Wollgeschicht zu verkaufen, zu erfragen Schwedterstraße 255, Oer-kefer. 140

Motordrager Ambergwagen zu verkaufen Oderbergerstraße 48, Kron.

Edelkristalle zu verkaufen, Rido-ri, Defesträße 5, Epfelmann. *

Zweirädriger Handwagen verkauft billig Griebenow, Eichen-straße 3. 140

Polskie Papirosy i cygary polsko rodak. Gollisch, Umbreit-straße 63. 140

Zimmerer. Praktische Ausführun-gen der Schlosser, Einrichtungs- und Treppenarbeiten liegen aus bei Schilf, Kottbuser Ufer 6. Entgegennahme von Bestellungen. 127

Nähmaschinen, Singer, Sing-schiffen, 25,00, fast neu, Brunen-straße 91. 147

Zwei Mark einwertig Damen-hemden, Herrenhemden 3,00, Barbe-nhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie elegante Reissmuster spott-billig. Böhlerstr. Adol Salomonstr, Dissenstraße 21, Nähe Holzstra-ße 6. 86/20

Kanarienvogel, Kette Säger, frankheitshalber billig. Wehner, Eichenstraße 9. 140

Schiffkiste 15 Mark, Mar-kusstraße 40, Tapeler. 674

Spottbillig Leppiche, Betten, Gardinen, Stores, Vorhänge, Kuch-betten, Steppdecken, Wäsche, Sommerpaletots, Kleider, Remonturarbeiten, Regula-toren, Uhrketten, Rödel, Spiegel, Bilder, Leihhaus Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 673

Säulenwirtschaft sofort billig ver-käuflich, Pofelotgarnitur, Säulen-trameau, auch einzeln. Händler ver-bieten. Deutleuten postend. Berg-straße 2 I. 67/5

Schaufelräder zu verkaufen Neu-Wehner, Heiderödlerweg 31.

Bilder unzugänglich spottbillig Köbenstein, Saffmannstraße 22, Hof geraden. 29725

Fahrrad-Reparaturen billig. Umzulegen 4 Mark, Lenklänge ver-nideln 1,50, neues Klobi im Rahmen 2,50, Mantel, ein Jahr Garantie 5,50. Fahrradfabrik Grüner Str. 33.

Gigarngeschäft, kleines, un-abhängiges, billig verlässig. Offerten an „F. B.“ bieler Zeitung. 29665

Gabelant, blücht, 18 Mark, Wan-ter 20, Schulz. 29763

Ringschiffen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Röpnerstraße 60/61, Vandsbergerstraße 82, I, und Große Frankfurterstraße 43. 141

Hellstromie Doggenhündin zu verkaufen Hans-Ufer 96 III, Föllnich.

Verschiedenes.

Rechtobureau Fabrik, Grüner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Prozeßbestand, Eingabeangelegen, Katerstellung, Langjährige Erfolge! 29655

Rechtobureau, Prozeßbestand, Eingabeangelegen, Katerstellung, Halb, Brunnenstraße 13. 29655

Rechtobureau, Andreasstraße 38, früherer Gerichtsfeldrat, Katerstellung, Eingabeangelegen, Untermitteln un-entgeltlich. Auch Sonntags. 27436

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Budget, Stagi-erstraße 65. 25405

Patentbureau Damman, Oranien-straße 57, Kottbuser, bis abends neun. 28115

Kunststaperei von Frau Kofosth, Steinmetzstraße 48, Duergelände hoch-barriere. 141

Bücherkauf, Bücherheime, David, Vöhringstraße 59. 1468R

Wittelskion! Wer sich über diese taufelste Graulameit unner Zeit unterrichtet, der verlange die Ring-blätter des Weltbundes gegen Wit-telskion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tiersehverein, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615

Bereinigungs-, Pianino, Fern-sprecher, Kaminsträße 19, Klubbau. 141

75 Mennige! Feuerzündung, Eingabeangelegen, Zahlungsbefehle, Katerstellung, Allerbillig Straf-ausschub, Ehescheidungs-, Inter-ventions-, Beleidigungs-, Alimenter-klagen, Unfallkassen, Gnadeangelegen, Kullon, Stalitzerstraße 141. 29806

Wachsanstalt, Schonende Be-handlung, im Freien getrocknet. Leinwand, Rafen, 3 Handbücher, 4 Taschenrechner 0,10. Otto Franke, Köpenick, Gartenstraße 10. Abholung Sonnabend. 1568R

Jeden Sonntag Belgischer Klöße Reanderstraße 90, Zum gemächlichen Sadlen. 29745

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Geucht möbliertes Zimmer, erhen April, von jungem Ehepaar, Rabe Stalitzerstraße, ohne Kaffe 18 Mark. E. 2, Expedition. 29655

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Romiker Feiertage noch frei! Glöholz, Gropischstraße 7. 29165

Parteiengasse, welcher nur 13,30 Mark monatliche Invaliderente er-hält, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Echer, Dresdener-straße 26, Entresol. 29165

Stellenangebote.

Steinmchen auf Marmor ver-langt. Wehner, Wilhelmstraße 13. *

Goldleisten. Tüchtige Schleier und Belegimmen werden verlangt Köpnerstraße 100a. 29736

Verding jetzt oder Ostern für erklängliche englische Damenkleider, gute Ausbildung, zweijährige Lehrzeit, verlangt Albert Köner, Kottbuserstraße 43. 29795

4-6 tüchtige Bauarbeiter stellt gleich ein H. Wehner, Baugeschäft, Klumburg. 29676

Tischlerlehrling nach außerhalb verlangt Rabe, Brunnenstraße 190, Hof II. 9210

Möbelpolier auf Kastenarbeit verlangt, Rummselburg, Schiller-straße 24. 29715

Junges Mädchen mit guter Hand-schrift für leichte Arbeit gesucht. Vorbildung mit Schriftprobe. Ge-brüder Altenbergs Barberei Neu-Wehner, Langhamstraße 4. 1119

Blusenbinder Näherin verlangt Rabe, Schlegelstraße 29. 1400

Geübte Fräulein verlangen Heymann & Schmidt, Schönhauser Allee 164. 1400

Zu Arbeitsmarkt durch beideren Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige

Maschinenschloffer

werden von größerer Mähen-Bau-anstalt bei hohem Verdienst und dauernder Stellung 67/2

gefunden.

Bevorzugt werden solche, die bereits an Mühlendau gearbeitet haben. Offerten unter **H. R. 4332** bei Jöder **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Goldleisten.

Durchaus tüchtiger **Kehler** für vierseitige Reilmachine nach Düsseldorf gesucht. Für solche, welche eine langjährige Erfahrung in der Rekehrerei von Bildleisten haben, wollen sich melden. Offerte unter **G. 2** Exp. des „Vorwärts“. 8832

Achtung! Klavierarbeiter!

Die Kollegen der Pianofabrik von **Blasendorf & Kloss,** Ihwerstr. 5, 78/5 befinden sich im Streit. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung!

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!

Die Kollegen folgender Werkstätten befinden sich im Streit:
Kofe u. Sohn, Gr. Frankfurterstr. 16.
H. u. H. Deller, Königbergerstr. 26/27.
Rug. Bachhäuserstr. 13.
Scharf u. Wolf, Fruchtstr. 36.
Wehner, wegen Verweigerung der Streikfrist sind die Kollegen folgen-der Werkstätten ausgesperrt:
Wittich u. Wegner, Fruchtstr. 29.
H. Koch, Andreasstr. 32.
Karswed, Fruchtstr. 29.
Groschus, Gollnowstr. 19.
Hr. Radehals, Wallfadenstr. 76.
Wagner u. Dännebeck, Gr. Frank-furterstr. 88.
Seune u. Co., Ritterstr. 11.
B. Kammel, Frankfurter Allee 117a.
Friedrich, Fruchtstr. 30.
Fennig u. Jahn, Küstnerplatz 4.
Gengenow u. Bierbrauer, Elisabeth-Ufer 11.
Dedert, Denkmirstr. 6.
Kiesel u. Co., Belfmannstr. 93.
Hr. Keller, Königbergerstr. 4.
Kahner, Brunnenstr. 79.
Jeber u. Mathen, Frankfurter-Allee 117.
Barth, Fruchtstr. 8.
Gebr. Neulich, Langstr. 9.
Herd. Kollhof, Wallfadenstr. 63.
Reichelt, Weinmännchenstr. 79.
Raabe, Weidmannstr. 31.
Gebr. Hein, Wallfadenstr. 47.
Röhn, Reichenbergerstr. 57.
Schneider Knaf, Kantelstr. 60.
Vingut Hoffmann, Kottbuserstr. 35.
Steinmann, Schulstr. 71.
Jüfel, Fruchtstr. 8.
Köllert, Wallfadenstr. 77/78.
Richter, Rädersdorfstr. 25.
Wehner, Oranienstr. 189.
Hastle, Wallfadenstr. 78.
Berliner Holz-Comptoir, Kottbuser-Platz 9.

Der Vorstand.

Achtung!

Militärschneider!

Wegen Nichtbewilligung eines am 9. d. M. den Arbeitgebern vorgelegten Lohnantrages sind sämtliche Geschäfte, welche Uniformnäherie betreiben, laut Veranlassung-Befehl vom 10. d. M. ab gesperrt. Die Kollegen werden dringend ersucht, sich vollständig zu verhalten und ihnen angebotene Arbeit freite zurückzujewisen.
Ordnungswahrung
des Verbandes der Schneider.
(Militär der Union.) 162/15

Druck- und Verlag: Socvartis

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Nochmals weisen wir auf die heutige Wähler- versammlung hin, in der Reichstags-Abgeordneter Heine referiert. Das Thema lautet: „Auf zur Reichstagswahl“. Käheres siehe Inserat. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Fünfter Wahlkreis. Auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Schweizer Garten am Königsplatz stattfindende Versammlung, in welcher Genosse Reichstags-Abgeordneter Rosenow spricht, machen wir besonders aufmerksam und erwarten zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen. Die Vertrauensleute.

Rixdorf. Ueber den 18. März hält heute abend 8 Uhr Genosse Zubeil bei Bernide, Hermannstr. 49, einen Vortrag.

Weihensee. Die heute abend stattfindende Versammlung findet nicht bei Holz, Königshaussee 49, sondern im Prälaten, Lehderstr. 122 statt. Tagesordnung: Bericht der Gemeindevorstände, Diskussion.

Treptow-Baumfalkenweg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein in Ademanns Festhause, Baumfalkenweg 78, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Um zahlreichem Besuch erucht der Vorstand.

Adlershof. Der Wahlverein hält am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Feiner seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Waldeck Manasse spricht über: „Die Bedeutung des 18. März“. Auf der Tagesordnung stehen noch Wahlen: a) des ersten Vorsitzenden; b) von 6 Personen zum Reichstags-Wahlkomitee; c) von drei Personen zur Verstärkung der Lokalkommission und d) eines Hilfs- lassierers; ferner die Maifeyer etc. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Lokales.

Der 18. März, in der 137. Gemeindegemeinschaft. In der letzten Sitzung des Etats-Ausschusses wurde zur Sprache gebracht, daß die sozialdemokratische Partei alljährlich zur Feier des 18. März Volksversammlungen einberufe. Es sei nun zur Kenntnis genommen, daß in letzter Zeit an diesem Tage eine Schumanns-Wache in der Turnhalle der 137. Gemeindegemeinschaft stationiert worden sei, so daß der Turnunterricht habe ausfallen müssen. Diese Ueberlassung von Schulräumen an die Polizei sei nun so auffällig, als derselben innerhalb eines Umkreises von fünf Minuten zwei eigene Lokale zur Verfügung ständen. Der Magistratsvertreter gab darauf die Erklärung ab, daß die Erlaubnis, die Schumannswache auf dem Schulhofe bezu. in der Turnhalle aufzustellen, auf vorheriges Ansuchen der Polizei von der Schuldeputation seit einigen Jahren erteilt worden sei. Der Schulbetrieb werde dadurch nicht gehindert, da diese Wache sich auf dem Hofe aufstelle und dort, unbeeinträchtigt vom Publikum, verweile. Etwas Ungehöriges könne hierin nicht gefunden werden, zumal ja auch der Hof des Rathauses am Gedächtnistage des Kaisers zur Aufstellung von Schumannswachen hergegeben werde. An der Aufrechterhaltung der Ordnung habe auch schließlich jedermann Interesse. — Leider wurde dieser Gegenstand verfallen, ohne daß Klargestellt worden wäre, ob am 18. März tatsächlich der Turnunterricht ausfallen mußte. Das wäre doch unser Erachtens nicht in der „Ordnung“. Daß die Besucher des Friedhofes keine Ordnungswidrigkeiten begehen, darüber scheint auch in kommunalen Kreisen kein Zweifel zu herrschen, und so wäre die Frage am Platze, wie denn überhaupt der Ordnung mit der Hergabe des Schulhofes am heutigen Tage gebietet sei.

Gegen die Stadt Berlin stehen weitere Schulklassen- Klagen in Aussicht. Nachdem der Bezirksausschuß die Stadt Berlin verurteilt hat, an Rixdorf 30 000 M. jährlich als Schulkostenbeitrag für die Kinder in Rixdorf wohnender, aber in Berlin beschäftigter Eltern zu zahlen, erneuern auch andre Bezirke ihre bisher aus dem gleichen Grunde an die Reichshauptstadt gerichteten Forderungen. Die Lichtenberger Gemeindevertretung hat durch eine Anfrage festgestellt, daß die Gemeindegemeinschaft des Ortes von 2037 Kindern besucht werden, für deren Erziehung nach § 65 des Kommunalabgabengesetzes Berlin verantwortlich sei. Die Gemeinde Lichtenberg müsse dieser Kinder wegen achtunddreißig Schulklassen unterhalten, was im letzten Jahre einen Kostenaufwand von 90 830 M. erforderte. Es wurde beschlossen, von Berlin im Klagenwege die Rückerstattung dieses Betrages zu verlangen. Neu-Weihensee hat bereits im vergangenen Jahre aus demselben Anlaß von Berlin 80 000 M. gefordert. Der Bezirksausschuß hat in diesem Falle seiner Zeit eine Einigung vorgeschlagen, die dahin ging, daß Berlin an Neu-Weihensee jährlich 15 000 M. zahlen sollte. Neu-Weihensee erklärte sich damit einverstanden, während der Berliner Magistrat sich die Entscheidung vorbehielt und jetzt die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes, das nunmehr als die letzte Instanz im Schulstreite Rixdorfs gegen Berlin angerufen werden soll, abwarten will. Mummelsburg, Reinickendorf und Zehlendorf drohen gleichfalls mit Klagen. Ob Berlin nunmehr mit „Repressalien“ kommen wird, steht dahin.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Fortsetzung der Etatsberatung — Vorbereitung der Wahlen zum Bezirksausschuß — die Kirchenbaukosten der politischen Gemeinde nach dem märkischen Provinzialrecht, — den Erlaß eines Ortsstatuts über die Krankenversicherung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge, — die Einführung des Oberleitungsbetriebes an Stelle der unterirdischen Stromzuführung auf der Strecke der seltischen Bahn Behrenstraße bis Hollmannstraße und die Festsetzung von Höchstlöhnen für eine neue Straße auf dem Gelände der ehemaligen Maschinenbau-Anstalt E. Hoppe, Gartenstr. 9/12 und 13 und Bergstraße 72/73. — Verichterstattung: über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Vermehrung der Zahl der Schulärzte, und über die Vorlage, betr. die weitere Einstellung von Schulkärzten, sowie über die Vorlage, betreffend den Bau eines Beamtenwohnhauses im Parke der Heimstätte für brustkranke Männer zu Gättergog. — Vorlagen, betreffend: die Annahme des der 46. Gemeindegemeinschaft hinsichtlich aus dem Nachlasse des Rentiers Friedrich Wilhelm Kroy zugefallenen Vermögens, — den Verkauf eines Teils des städtischen Grundstücks Wisenstr. 55/59 — Errichtung neuer Amtsstellen für Magistratsräte, — die Erhöhung der an die königliche Eisenbahnverwaltung zu zahlenden Entschädigung für die Ausführung der Rangierarbeiten auf der Vieh- und Markthallen-Anschlußbahn, — die Einführung einer neuen Besoldungsordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realgymnasien und höheren Mädchenschulen, die Anrechnung des vollen Wohnungsgeldzuschusses für die Leiter, Oberlehrer, ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen der genannten Lehranstalten, sowie der Blinden- und Taubstummenschule bei Berechnung der Ruhegehälter, — den Erlaß einer Freibankordnung, — die Veränderung des § 9 des Regulativs für die Unterhaltung des von außerhalb nach Berlin eingeführten frischen Fleisches vom 17. 2. 29. a. 1894, — den Ankauf von Grundstücken in der Nähe des städtischen Kaiser und Kaiserin Friedrich-Wunderkrankenhauses, — die Schließung des Müll-Abladeplatzes in der Müllerstraße, sowie die Vermietung des Einladeplatzes an der Stralauer Allee und der Abladeplätze in Spreenhagen und Pimov.

Neht mühe Anstrengung gab es am Montag in der Facierung der Versammlung des Tierärztlichen Vereins, die im Bürgeraal des Rathauses abgehalten wurde. In der Voraussicht, daß die Generalversammlung nicht

glatt ablaufen würde, hatte der Vorstand eine Anzahl Brauerei-Arbeiter aus der Brauerei Gappoldt als Ordner angeworben. Diese traten bereits vor Beginn der Sitzung in Thätigkeit. Als nach Deffnung des Bürgeraales Herr Oberlehrer Krenzig vor dem Eingange aufgestellt wurde, um ebenso wie Beauftragte des Vorstandes dort Stimmzettel zu verteilen, befahl der Vorsitzende, Herr Generalmajor Köring, dem Manne das Votum abzunehmen. Dies unterblieb zwar infolge energischen Protestes, dagegen wurde Herr Krenzig sofort gewaltiam von den Ordnern die Treppe hinunter geleitet. Hierbei kam es schon zuerst zur Prügelei. Diese wiederholte sich, als man Herrn Kaiser R., den Bruder des erstgenannten, sowie einen Dachhalter des Tierdepots, Herrn Sch., in heftigem Kampfe die Treppe hinunterstieß. Weitere Lärmereien enthielten, als Personen, die durch Mitgliederarten legitimiert, den Versammlungsraum betreten hatten und vorübergehend nochmals das Rathaus verließen, der Wiedereintritt zum Bürgeraal verweigert wurde. Als nach erfolgter Sperrung des Saales einzelne, den Vorstands-Mitglieder bekannte Personen noch Zutritt erhielten, wurde von einem Trupp anderer Ausgesperrter der Zugang gewaltiam erstickt. Auch bei der Abgabe der Stimmzettel wiederholten sich die tumultuarischen Szenen, weil einzelnen Mitgliedern zur Abgabe der Stimmzettel berechtigte Legitimationsarten nicht ausgehändigt waren. Trotzdem wurde einem Mitgliede von einem Vorstands-Mitgliede, der die Zettel abnahm, angeblich erklärt, daß er seinen Wahlzettel nur dann abgeben dürfe, wenn er für die Kandidatensubstantien stimmen würde.

In einem polizeilichen Eingreifen kam es noch am Montagabend nach Schluß der Generalversammlung des deutschen Tierärztlichen Vereins vor dem Rathaus. In Rücksicht auf die Slandschancen vor und während der Versammlung war unter Leitung von zwei Polizei-Offizieren ein bedeutendes Schutzmanns-Aufgebot herangezogen, um etwaige Tumulte vor dem Rathaus zu verhindern. Es erfolgte die polizeiliche Feststellung einer Frau Geheimrätin K., sowie die Personal-Feststellung eines Angestellten der Gappoldtschen Brauerei, der im Auftrage des Vorstandes als Ordner fungierte hatte, wegen thätlichen Angriffs, während eine dem Adelsstand angehörige Dame sich der Sistierung durch die Flucht entzog. Von den Begleitern des Vorstandes war schon vor Beginn der Generalversammlung polizeiliche Hilfe erbeten worden, doch wurde diese abgelehnt mit dem Hinweise, daß Schulpforte das Rathaus zum Zwecke Vornahme amtlicher Handlungen nicht betreten dürfen.

Die gebildeten Herrschaften, die sich derart tüpelpast aufgeführt haben, hätten gut, ein Vierteljahr lang einmal Versammlungen organisierter Arbeiter zu besuchen, um dort zu lernen, wie man sich in parlamentarischen Grenzen zu benehmen hat. Bedauerlich ist es allerdings, daß Brauerei-Arbeiter sich zu der Rolle der „Mauschmeißer“ hergeben haben, mag der Umständen, daß Herren und Damen von Bildung und Besitz ausgerechnet von diesen Arbeitern in Schranken gehalten werden mußten, auch nicht einer gewissen Komit entbehren. Weiter wäre noch die Frage aufzuwerfen, ob der Bürgeraal des Rathauses, der für politische Versammlungen bestimmt konsequent verweigert wird, noch weiter einem Verein zu überlassen sei, dessen Mitglieder sich über alle Schranken der Sitte und des Anstandes hinwegsetzen.

Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekannmachung, betreffend die Beschäftigungszeit in Handelsgewerbe. Gemäß §§ 105 b Absatz 2, 105 c und 41a der Reichs-Gewerbe-Ordnung wird für die Stadtbezirke Berlin, Charlottenburg und Rixdorf folgendes bestimmt und hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht: 1. Am ersten Oster- und Pfingstfeiertage dieses Jahres dürfen im Handelsgewerbe, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen beschäftigt werden: a) im Handel mit Milch, mit Back- und Konditorwaren, sowie mit Konfakturen während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; b) im Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags; c) im Handel mit Kolonial- und Vorkostwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigaretten während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags; d) im Handel mit Blumen während der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags; e) im Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags; f) in der Zeitungspedition während der Zeit von 4 bis 9 Uhr vormittags. 2. Am zweiten Oster- und Pfingstfeiertage finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Anwendung.

Ueber die tödliche Mißhandlung eines Berliner Gymnasialisten durch seinen Privatlehrer werden jetzt, in Ergänzung der nach dem „Berl. Tagebl.“ gebrachten Nachricht, noch folgende Einzelheiten bekannt. Die beiden 11- bzw. 15-jährigen Söhne des Direktors der Deutschen Bank in Berlin Rudolf Koch befanden sich seit etwa drei Wochen während der Abwesenheit der Eltern, welche in Cannes weilten, bei dem Privatlehrer Dieppold in Drosendorf bei Gollfeld (Bayern) zur weiteren Ausbildung und Kräftigung ihrer Gesundheit in Wohnung und Pflege. Der genannte Privatlehrer ist zur Zeit noch Student; er studierte in Berlin Jurisprudenz. Da die beiden Knaben von zarter Konstitution sind und daher der Aufenthalt in Drosendorf kräftigend auf sie einwirken sollte, wurden sie zeitweilig mit leichten landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Der Vater des Privatlehrers D. soll nämlich ein Gutsbesitzer sein. Am letzten Mittwoch starb nun der 15-jährige Heinz plötzlich, nachdem er sich schon kurz zuvor unwohl gefühlt hatte. Ursprünglich wurde angenommen, daß er an dem Gemüthe eines der Schlafpulver, die ihm auf Anordnung seines Berliner Vorgesetzten zuweilen verabfolgt wurden, gestorben sei. Da jedoch in der Bevölkerung alsbald der Verdacht laut wurde, Dieppold habe des öfteren seine Schuttpflichten schwer mißhandelt, so wurde die Polizei benachrichtigt, die die Leiche beschlagnahmte. Bald darauf erschien am Orte eine Gerichtskommission aus Bayreuth, bestehend aus dem Ersten Staatsanwalt Dröber, dem Landgerichtsrat Dr. Weiß und einem Gerichtsarzt, welcher letzterer die Section der Leiche vornahm. Hierbei wurden an dem Körper des Verstorbenen Spuren von schweren Züchtigungen wahrgenommen. Im übrigen soll der Leichenbefund zweifellos ergeben haben, daß Heinz Koch infolge fortgesetzter schwerer Mißhandlungen gestorben sei. Der Beschuldigte wurde daher, wie gemeldet, verhaftet und dem Landgerichts-Gefängnis in Bayreuth zugeführt. Wie erzählt wird, soll er die Knaben mehrfach in der rohesten Weise durch Fußtritte regaliert haben. Der zweite Sohn des Bankdirektors Koch wurde einstweilen bei einer Offiziersfamilie in Bamberg untergebracht. Der Verhaftete, welcher anscheinend geistig gestört zu sein scheint, war zu einem Geständnis bisher nicht zu bewegen; die eingeleitete Untersuchung dürfte das weitere ergeben.

Der Doppel-Selbstmord eines Berliner Krates und einer Schwester vom Roten Kreuz wurde am Dienstagvormittag in Potsdam entdeckt. In dem dortselbst am Stadthof gelegenen Hotel zum Deutschen Haus, dessen Weinstube vornehmlich von Offizieren und höheren Beamten besucht wird, logierte sich am Montagabend ein junges Paar ein und begab sich, nachdem es in dem Hotelrestaurant gespeist und Wein getrunken hatte, bald zur Ruhe. Als nun am Dienstagvormittag die Fremden, welche einen sehr distinguierten Eindruck machten, bis um 11 Uhr nicht zum Vorschein kamen und auf wiederholtes Klopfen das Zimmer nicht geöffnet wurde, schickte man zur Revierpolizei, welche die Thür gewaltiam öffnen ließ. Den Eintretenden bot sich ein Bild des Schreckens dar, denn in den Betten lagen die Leichen der beiden Fremden mit verzerrten Gesichtszügen und in gekrümmter Stellung. Eine Flasche, die auf dem Tisch vorgefunden wurde, deutete darauf hin, daß beide den Tod durch Gift, anscheinend

Wassersäure, gefunden hatten. Ein auf dem Tische liegender Zettel gab über die Persönlichkeiten der Toten Auskunft. Danach handelt es sich um den bei einer ärztlichen Untersuchungsbehörde in Berlin als Assistent thätigen Arzt Dr. Dettmann und um ein Fräulein A. Kerwin, welche in einer Klinik in der Königgräberstraße 40a als Diakonistin thätig ist. Dem Selbstmord liegt anscheinend ein seit längerer Zeit bestehendes Liebesverhältnis zu Grunde. Der Dr. Dettmann hatte die That wohl vorbereitet und das Gift von Berlin mit nach Potsdam gebracht. Das Zimmer in dem Hotel wurde sofort amtlich verschlossen und die Staatsanwaltschaft benachrichtigt. Die Behörde ordnete für Dienstagvormittag die gerichtliche Leichenschau an, worauf alsdann die Leichen nach der Halle des neuen Potsdamer städtischen Friedhofes gebracht wurden.

Der erste Schnellvorortzug auf der Wannesebahn, der in den diesjährigen Sommerfahrplan eingestellt wird, ist nicht, wie mitgeteilt wurde, ausschließlich für Schlafwagen, Kiosksitze und Wannen, sondern auch in erster Linie für Zehendorf bestimmt. Zwischen Berlin und Zehendorf und umgekehrt wird täglich vorläufig je ein Zug verkehren, der ohne Zwischenstationen die Strecke in 15 Minuten zurücklegt. Es entspricht das der günstigen Verbindung, die Zehendorf vor Einführung des Vorortverkehrs mit Berlin hatte. Mit dem Bau der Ausweichgleise in Groß-Lichterfelde soll unverzüglich begonnen werden.

Gebammen. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekannmachung: Alljährlich müssen Personen, welche das zulässige Alter (jetzt 30 Jahre) überschritten haben, diesseits mit ihren Anträgen, die Hebammenkunst zu erlernen, abgewiesen werden. Vielfach versuchen dann die abschlagig Beschiedenen, ihre Ausbildung auf einer außerpreussischen Hebammen-Lehranstalt zu gewinnen, in der Hoffnung, nachträglich die Genehmigung zu erlangen, vor einer preussischen Prüfungskommission sich prüfen zu lassen. Da eine derartige Genehmigung jetzt nicht mehr erteilt wird, bringe ich dies bezugs Warnung der Beteiligten hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Zengengesch. Uns geht folgende Zuschrift zu: Am 8. August vorigen Jahres habe ich auf dem Bahnhof Savigny-Platz dadurch einen Unfall erlitten, daß als ich eben in ein Wagenabteil 2. Klasse eingestiegen war, die Thür von dem dort stationierten Beamten so zugeschlagen wurde, daß mir die Kuppe des rechten Mittelfingers glatt abgeschlagen, der Fingernagel herausgerissen wurde und auch der rechte Mittelfinger eine erhebliche Quetschung erlitt. Da ich hierdurch für mehrere Wochen arbeitsunfähig geworden bin, habe ich mich mit einem Besch. um Entschädigung hierfür, sowie die Kosten der Anwaltschaft an die Eisenbahnbehörde gewandt. Diese macht aber die Leistung einer Entschädigung in erster Linie von Benennung von Augenzeugen abhängig. Es ist daher für mich von großer Wichtigkeit, die Adresse desjenigen Arztes zu ermitteln, der in dem anstehenden Wagenabteil saß und sich meiner sofort annahm, mich auch, auf dem Bahnhof Zoologischer Garten angelangt, nach der in der Nähe befindlichen Unfallstation XX geleitete, sowie ferner die Adresse mindestens eines der drei Einjährig-Freiwilligen eines Infanterie-Regiments, welche damals mit mir im selben Wagenabteil saßen. Der Unfall ereignete sich etwa in der dritten Nachmittagsstunde, in einem Zuge, welcher nach Nieder-Schöneweide fuhr. Elise Königsberg, Kinderfräulein, Schützenstr. 63, bei den Eltern.

Ein Vermißter. Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 17. März 1903. Am 16. Februar 1903 hat sich von Reutheilig, wo er sich auf einer Geschäftsreise aufhielt, der Kaufmann Hubert Wassenberg aus Stralsund entfernt, angeblich um nach Berlin zu fahren; seitdem ist sein Verbleib unbekannt. Da andre Anhaltspunkte fehlen, so wird angenommen, daß Wassenberg plötzlich in Gestirblichkeit verfallen ist und in diesem Zustande eine Heilanstalt aufgesucht oder Selbstmord begangen hat. Wassenberg ist am 11. November 1865 zu Hehlenbrunn bei Niersen (Rheinland) geboren, 1,67 Meter groß, kräftig, mit runderm Gesicht, gelunderm Gesichtsfarbe und graublauen Augen. Er hat blondes, hochgelammtes Haar, dunkelblonden Schurrbart, schwerfälligen Gang und spricht nieder- rheinischen Dialekt. Personen, welche über den Aufenthalt des Vermißten Angaben machen können, wollen sich bei der hiesigen Kriminalpolizei schriftlich zu 1440 IV. 25. 08. oder während der Vormittagsstunden persönlich im Zimmer 244 des Polizeipräsidial-Dienstgebäudes, Dirschenstraße, II. Stock, melden, wo auch ein photographisches Bildnis des Wassenberg zur Einsichtnahme ausliegt.

Gynäkische Vorträge der Centralcommission der Krankenkassen. Das Thema der Vorträge lautet: „Frauenkrankheiten“ (nur für Frauen) und wird Donnerstag, den 19., und Freitag, den 20. d. M., besprochen werden. Donnerstag an fünf Stellen und zwar in den Säulaulen: Brangelstr. 128, Schönhauser Allee 106, Keibelstraße 31, Luisenstr. 115 und in Rixdorf, Kaiser Friedrich-Gymnasium. Vortragende sind die Herren Doktoren: Meyer, Rainger, Christeller, Glan und Friedenheim. Freitag an vier Stellen, in den Säulen Gneisenaustr. 7, Rantstr. 8, Alsterstr. 4 und Winterfeldtstraße 10. Vortragende sind die Herren Doktoren: Döppel, Wipshitz, Bodenstern und Fel. Dr. Sogodjinski. Beginn 8 Uhr; Zutritt frei.

Haus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Gemeindevorwahlen sind ausgeführt worden. Am Dienstag, den 24. März, von mittags 12 bis abends 8 Uhr, wählt die dritte Wählerklasse. Der dritte Kommunal-Wahlbezirk, umfassend den Ortsteil von der Wartenbergstraße bis einschließlich Jungstraße und Rebenstraße wählt im „Kronprinzengarten“ (H. Gärch), Frankfurter Chaussee 80; der neunte Kommunal-Wahlbezirk, umfassend den Ortsteil Blumenthalstraße bis Kreuzigerstraße und Nebenstraßen, einschließlich der Frankfurter Allee von Jungstraße bis zur Weichbildgrenze (Nr. 151—171a) wählt im Schwarzen Adler (Dösch), Frankfurter Chaussee 120. Im dritten Bezirk ist ein Hausbesitzer und ein Unangehener zu wählen, während der vierte Bezirk einen Hausbesitzer zu wählen hat. Die drei Mandate sind in den Händen der Sozialdemokraten. Die Gemeindevorwahlen werden die kurze Spanne Zeit ausnützen müssen, um die Mandate der Partei zu erhalten.

Am Montag, den 23. März, findet eine Volksversammlung bei Höllich statt. Auf zur Agitation!

Zur Regelung des Submissionswesens in Charlottenburg hatte die Stadtverordneten-Versammlung vor mehreren Monaten einen Ausschuß eingesetzt. Die Grundlage der Beratungen dieses Ausschusses bildete ein Antrag Dula und Genossen, der den Magistrat erucht, eine Veränderung des Submissionswesens nach folgenden Grundsätzen herbeizuführen: 1. Die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Werte von unter 1000 M. erfolgt aus freier Hand nach einer im voraus festzustellenden Liste der Bewerber in regelmäßigem Turnus, soweit anzugehend, sind die Preise für die so zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen alljährlich im voraus festzustellen und bei der Vergabe nach Möglichkeit festzuhalten; 2. bei Arbeiten bis zu 5000 M. erfolgt der Zuschlag an denjenigen, dessen Angebot dem aus der Summe aller Gebote sich ergebenden Mittelpreis — nach unten gerechnet — am nächsten kommt. Angebote, welche 20 Proz. über oder unter dem Kostenanschlag oder dem Mittelpreis stehen, bleiben unberücksichtigt; 3. die Erteilung eines Auftrags ist davon abhängig zu machen, daß der betreffende Bewerber die in dem Gewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Arbeitsbedingungen erfüllt oder in Ermangelung solcher die in dem

Gewerbe städtischen Löhne zählt; 4. Arbeiten und Lieferungen von größerem Umfange sind thunlichst in kleineren Losen auszuschreiben; 5. Arbeiten und Lieferungen, für welche geeignete Unternehmer in Charlottenburg vorhanden sind, dürfen nach außerhalb nicht vergeben werden. Nach längerer Beratungen hat der Ausschuss folgende Regelung des Submissionswesens beschlossen: 1. Die Vergabe kann aus freier Hand erfolgen: a) bei Arbeiten und Lieferungen bis zum Anschlag von höchstens 1000 M., b) bei Nachbestellungen bis zur Höhe von 10 Proz. der Hauptsumme, jedoch höchstens bis zum Betrag von 2000 M., wenn die Lieferung zum Preise des Hauptvertrags erfolgt. 2. Alle übrigen Vergabungen sind in der Regel öffentlich auszuschreiben. 3. Beschränktes Angebot ist zulässig a) bei Vergabungen im Anschlage bis zu 4000 M., b) wenn ein vorausgegangenes öffentliches Ausschreiben ergebnislos gewesen ist, c) wenn die Lieferung einer Spezialart verlangt wird, d) in besonders dringenden Fällen. 4. Unter den Angeboten behält sich der Magistrat die freie Wahl vor. 5. Den Zuschlag soll nach billigem Ermeszen dasjenige Angebot erhalten, das bei möglichen Preisen die Gewähr für eine gute Arbeit bezw. Lieferung bietet. 6. Bei den Vergabungen nach Ziffer 1a sollen nach Möglichkeit Charlottenburger Geschäftsleute berücksichtigt werden. Ferner soll auch bei Vergabungen in Folge des Wettbewerbes Charlottenburger Gewerbetreibenden bei gleicher Qualität und gleichen Preisen der Vorzug gegeben werden. 7. Arbeiten und Lieferungen von größerem Umfange sind thunlichst in kleineren Losen auszuschreiben. Falls dies geschieht, hat zugleich die Ausschreibung im Gesamtumfang zu erfolgen. Nach dem Ergebnis ist alsdann zu entscheiden, ob der Zuschlag im einzelnen oder im ganzen erfolgen soll. — Nachdem in der letzten Sitzung der Bürgermeister erklärt hatte, daß der Magistrat in nächster Zeit der Versammlung eine Vorlage betr. Regelung des Submissionsverfahrens unterbreiten werde, beschloß der Ausschuss, die bisherigen Verhandlungen zur Kenntnis der Stadtverordneten-Versammlung zu bringen und dieser die Vertagung der Beschlußfassung bis nach Einbringung der Magistratsvorlage zu empfehlen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung brachte am Montag die Beratung des städtischen Stadthaushalts zu Ende. Der Etat schlägt ab in Einnahme und Ausgabe mit 8 643 253 M. Davon entfallen auf den Etat der allgemeinen Verwaltung 4 932 M., Einnahme, 910 052 M., Ausgabe, Kapital- und Schuldenetat 3 800 (932 265), Grundstücksstat 15 280 (4798), Steueretat 3 382 020 (233 350), Schuletat 233 395 (988 635), Armenetat 84 375 (206 205), Etat der Desinfektionsanstalt 1500 (5092), Bauetat 214 538 (524 471), Verkehrsstat 289 268 (265 262), Verschönerungstat 1215 (51 108), Feuerlöschetat 3200 (112 294), Friedhofstat 30 730 (10 850), der Etat der außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben schließt ab mit 4 310 000 M. Der Magistratsantrag, eine Erhöhung des Mietgeld-Zuschusses um 300 M. für Stadtrat Dr. Boeld vorzunehmen, wurde angenommen. Abgelehnt dagegen wurde der Antrag, für vier andre höhere Beamte Zuschüsse zu bewilligen. Mit Recht betonten sämtliche Redner, daß dies einer principiellen Gehaltsaufbesserung gleichkomme, und daß konsequenterweise die andern sogenannten höheren Beamten mit dem gleichen Verlangen kommen würden. Genosse R a s c h gab der Vermutung Ausdruck, daß man wieder „oben“ mit Aufbesserungen anfangen zu wollen scheine, trotzdem dort erst in vorzöglichen Etat bedeutende Erhöhungen stattgefunden hätten. — Einem Magistratsantrage entsprechend soll von nun an der jetzige Leiter der Feuerwehr, Hüter, nicht mehr Brandinspektor, sondern Branddirektor sein, was jedenfalls eine Erhöhung seiner Qualifikation mit sich bringen soll (vielleicht auch des Gehalts?), und die Magistratsboten sollen fernerhin sogar Magistratsdiener genannt werden. Wegen Uebernahme der Krankenversicherungspflicht gegenüber den mit der Reinigung der städtischen Verwaltungs- und Schulgebäude beschäftigten Frauen hatten unsere Genossen mit Unterstützung anderer Stadtverordneten einen Antrag eingebracht, diese Pflicht schon am 1. April d. J. zu übernehmen. Bürgermeister Gerhardt wünschte erst Erhebungen anzustellen, weil diese Ausgaben den Etat dauernd belasten würden (und dabei handelt es sich nur um die geringe Summe von etwa höchstens 150 M.), worauf Genosse B a u m l e r feststellte, daß im Krankheitsfalle die Sache der Stadt viel teurer kommen könne, andererseits aber die Stadt die moralische Pflicht habe, die Frauen sicherzustellen. Schließlich wurde der Antrag nahezu einstimmig angenommen.

Mit der Frage der Stadtvererbung wird sich die Gemeindevertretung von Wilmsdorf in ihrer öffentlichen Sitzung am Donnerstagabend 7 Uhr von neuem beschäftigen. Es steht nämlich ein von 12 Mitgliedern der Vertretung unterzeichneten Antrag auf der Tagesordnung, der die Annahme der Städte-Ordnung und das Ausschließen aus dem Kreisverbande bezweckt. Außerdem beschäftigt sich die Gemeindevertretung in dieser Sitzung mit verschiedenen Straßensanierungen und mit dem Normalbefolungsplan für die Gemeinde-Beamten.

Steglich. Am Montag hat die erste Sitzung unsres Gewerbegerichts stattgefunden und zwar waren gleich sechs Klagen anhängig. Damit wird am treffendsten die bekannte Behauptung der Gegner widerlegt, daß für das Gewerbegericht am Ort gar kein Bedürfnis vorhanden sei.

Gerichts-Zeitung.

Ein Dampf-Verkehrsstoß vor Gericht. Der am 23. August stattgefundene Dampf-Zusammenstoß auf dem Tegeler See, der leicht sehr böse Folgen hätte haben können, unterlag gestern der Prüfung der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Der Schiffsführer Albert M a n t o w hatte sich auf die Anlage zu verantworten, fahrlässigerweise das Sinken eines Schiffes verursacht und dadurch Gefahr für das Leben anderer herbeigeführt zu haben. (§ 323 des Strafgesetzbuchs.) Der bei der Spandauer Dampfschiffahrts-Gesellschaft angelegte Angellagte hatte mit dem Dampfer „Reptun“ die Strecke zwischen Tegel und Tegeler See quer über den See zu fahren. Am 23. August gegen 9 Uhr abends befand sich der Angellagte mit seinem Schiff in der Nähe der Halbinsel Scharfenberg. Dort befand sich eine Landungsbrücke, welche von verschiedenen Gesellschaften benutzt wird. Als der Angellagte bemerkte, daß sich ein anderer Dampfer, „Gredin“ nannte, gab er mit seiner Bootspfeife das Signal „Recht fahren!“ Das Signal schien auch beobachtet zu werden, trotzdem wurde „Gredin“ von „Reptun“ mittschiffs in der Wellenlinie angerannt und in den Grund gebohrt. Nur dem Umstande, daß bis zum völligen Sinken des angerannten Dampfers einige Minuten vergingen, ist es zu danken, daß die an Bord befindlichen 15 Passagiere durch Hinüberziehen über Bord auf den Dampfer „Reptun“ gerettet werden konnten. Ihre sämtlichen Habseligkeiten, soweit sie nicht am Leibe getragen wurden, mußten die Geredeten den Fluten überlassen. Das Sinken des Schiffes erfolgte unmittelbar nachdem es der letzte Mann verlassen hatte. Für den Unfall wurde der Angellagte verantwortlich gemacht. Der Staatsanwalt hielt auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme die Schuld des Angellagten für erwiesen und beantragte gegen ihn 3 oder 4 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof entnahm aus der Beweisaufnahme zwar, daß eine Fahrlässigkeit den Unfall verursacht haben müsse, hielt aber nicht für genügend aufgeklärt, auf welcher Seite diese Unvorsichtigkeit zu suchen sei. Es erfolgte daher die Freisprechung des Angellagten.

Verfassungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhwarenindustrie hatten sich am Montag, veranlaßt durch die Lohnabzüge bei der Firma Jacobs und die Stellung, die der Fabrikantenverband dazu eingenommen hat, außerordentlich zahlreich im Saale des Grand Hotel am Alexanderplatz versammelt. Als die genannte Firma Ende vorigen Jahres in andere Hände übergegangen war, entließ man alle lange dort thätig gewesenen Arbeiter und stellte dafür Zwiderinnen ein. Diesen wurde dann zwar ein Lohnantrag vorgelegt, aber ein solcher, worin die einzelnen Artikel nur mit Nummern angeführt waren, so daß es den neu-

eingestellten unmöglich war, die Art der einzelnen Arbeiten richtig zu taxieren. Anfanglich gab man ihnen nur Artikel in Arbeit, wofür die üblichen Preise gezahlt wurden. In letzter Zeit aber wurden ihnen Arbeiten übertragen, bei denen die Preise um 33 1/2 Proz. reduziert waren. Als die Arbeiterinnen und Arbeiter dann fast einstimmig beschlossen, die Arbeit einzustellen, wenn keine Aufbesserung erfolgte, war der Fabrikant zu ganz geringen Zugeständnissen bereit, erklärte aber, daß er den Tarif erst dem Fabrikantenverband einreichen müsse. Die Arbeiter und Arbeiterinnen legten sämtlich bis auf 3 die Arbeit nieder. Es wurde dann eine Einigung über alle Artikel bis auf den Filzschneidestiefel erzielt. Eine sonderbare Rolle hat bei diesen Differenzen der Fabrikantenverband gespielt. Die weiteren Verhandlungen sollten nämlich nur durch diesen Verband geführt werden, wogegen die Ausständigen darauf bestanden, nun auch ihre Organisation bei den Verhandlungen vertreten zu sehen. Dabei stellte sich heraus, daß der Fabrikantenverband direkt darauf hingearbeitet, die Löhne herabzudrücken. — Hermann, der, nachdem Fräulein G a n z die Entziehung des Streiks geschildert hatte, einen Ueberblick über die allgemeine Lage gab, führte aus, daß die Fabrikanten schon lange auf die Probierung eines Streiks hin gearbeitet, die Löhne herabzudrücken. — Hermann, der, nachher vorgeht. Nach lebhafter Diskussion, in der die Empörung über die Lohnrückereien des Fabrikantenverbandes stark zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der ausständigen Kollegen und Kolleginnen der Firma Jacobs einverstanden, drückt ihnen ihre vollste Sympathie aus und sichert ihnen in ihrem Kampfe die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung zu. Die Versammlung nimmt davon Kenntnis, daß der Vergleich bei der Firma an dem Artikel Filzschneidestiefel gescheitert ist. Die Anwesenden erklären, daß der von den Zwiderinnen verlangte Satz von 1.50 M. für diesen Artikel nur dem in den hiesigen Fabriken gezahlten Mindestlohn entspricht und fordert den Verband der Fabrikanten auf, den durchaus gerechten Forderungen der Arbeiterinnen nachzukommen. Mit aller Entschiedenheit werden die gesamten in der Filzschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die beachtlichste Lohnreduktion Front machen. Die Versammlung nimmt ferner Kenntnis davon, daß, als die Ueberholer der Firma S i r s c h u. D a l l a g eine kleine Aufbesserung der bei dieser Firma niedrigsten Ueberholerlöhne in gütlicher Auseinandersetzung zu erlangen suchten, Herr Sirsch die aufgesetzten Forderungen vor den Augen der Arbeiter zertrümmert hat. Die Versammlung spricht über ein derartiges Verhalten eines Fabrikanten Arbeitern gegenüber ihre tiefste Entrüstung aus und erklärt diese Handlungsweise für eine durchaus verurteilenswerte. Zum Schluß fordert die Versammlung alle dem Verein der Schuhmacher noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen auf, dem Verein beizutreten, als beste Antwort auf die vom Fabrikantenverband verführten Probolationen.“

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma M i z u. Genest, Teephonapparat-Fabrik, waren am Montag wiederum sehr zahlreich zusammengekommen, um eine öffentliche Aussprache über die M i z u n d e in jenem Betriebe herbeizuführen. Innerhalb kurzer Zeit ist dies bereits das dritte Mal, daß dieses Thema auf der Tagesordnung stand. W i e s e n h a l g i n g in seinem Referat zunächst auf die Ergebnisse der früheren Versammlungen ein. Die damals gewählte Seiden-Kommission ist zwar von dem Betriebs-Direktor Müller empfangen worden, auch hat eine ziemlich eingehende Besprechung der Uebelstände stattgefunden, ja die Direktion ordnete sogar bis auf weiteres die Abschaffung der Ueberstunden an. Doch die Absicht der Meiballe zeigte sich darin, daß von den Kommissionsmitgliedern bereits vier Mann entlassen, bezw. durch Abzüge und Chikanen mancher Art aus dem Betriebe herausgeschleudert worden sind; ob letzteres mit Einwilligung der Direktion geschehen ist, mag dahingestellt sein, so viel ist jedoch sicher: Die Direktion kümmert sich um das Wohlergehen der Arbeiter und Arbeiterinnen wenig oder gar nicht, vielmehr sind diese in allen Stücken den Launen und der Willkür ihrer Meister preisgegeben. Von den Meistern werden Löhne und Accordsätze nach wie vor ganz nach ihrem Belieben festgesetzt, ja bei vorher vereinbarten Preisen macht der Meister nach Fertigstellung der Arbeit willkürliche Abzüge, falls seiner Meinung nach ein Arbeiter „zu viel“ verdient hat. Mit Vorliebe werden jugendliche und ungelehrte Arbeiter eingestellt, die dann nur höchstens über 30 Pf. Stundenlohn erhalten, der Höchstverdienst geht über 24 M. pro Woche meistens nicht hinaus. Revolverdrescher haben in letzter Zeit nur 8, 12 bis 15 M. pro Woche erzielen können. Bei dem herrschenden Willkürsystem sind die Meister sogar in der Lage, mißliebigen Arbeitern sogenannte Strafarbeiten geben zu können, wobei es vorgekommen ist, daß verheiratete Arbeiter, die sonst mit 35 bis 60 Pf. pro Stunde entlohnt werden, mit 8 bis 13 M. Wochenverdienst nach Hause gehen mußten, und das bei einstündiger Arbeitszeit. Ein großer Uebelstand ist auch die ungenügende Ausbildung aber desto intensiver Ausbeutung der Lehrlinge. Von diesen sind ständig 60—80 im Betriebe, die 200 bis 800 M. Lehrgeld zu zahlen haben, dann aber nach beendeter Lehrzeit als Mechaniker mit einem Wochenverdienst von 18 M. abgepreist werden. Als eine Folge der Plumadererei ist es auch zu betrachten, daß man ungelehrte Arbeiter für wenig Geld an gefährliche Arbeiten stellt. So sind innerhalb der letzten 14 Tage zwei solcher Arbeiter an den Dampf-Palancaiers die Zeigefinger abgequetscht worden, und erst nach diesen Unfällen wurden dort Schutzvorrichtungen angebracht. Waren seit mehreren Wochen die Ueberstunden abgeschafft, so hat die Direktion doch schon wieder die erneute Ableistung derselben angeordnet. Sie begründet einen diesbezüglichen Fabrikanschlag mit der Fülle von dringlichen Aufträgen, die unbedingt die Ueberstundenarbeit erfordern, um so mehr als alle Arbeitsplätze in der Fabrik besetzt seien. Für jede Ueberstunde wird jetzt allerdings ein Lohnzuschlag von 25 Proz. gezahlt. Bei dieser Gelegenheit kritisierte der Referent scharf die Praktiken der Postbehörde, welche bei der Vergabe ihrer Aufträge fast stets viel zu kurz bemessene Lieferungsfristen ansetzt, obwohl die fertigen Apparate hernach immer noch wie lange unbenutzt in den Lagerräumen liegen. Da nun jede Konkurrenzfirma als besonders leistungsfähig dastehen will, und auch auf die späteren Nachbestellungen reflektiert, so wird bei den Vorbereitungen dann wie wild darauf losgearbeitet. Rühm trägt die Postbehörde einen ganz erheblichen Teil der Schuld an dem in diesen Betrieben eingerissenen Ueberstundenwesen. Sehr eingehend beschäftigte sich der Referent alsdann mit der Behandlung der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen. Vor allem ist es hier der Meister M e n s c h e l, der sich den ihm anvertrauten ca. 100 Arbeiterinnen gegenüber Dinge erlaubt, die man einfach für unmöglich halten sollte. Es wurden in dieser Hinsicht beflagende Einzelheiten vorgebracht, die sich in der Presse auch nicht andeutungsweise wiedergeben lassen. Der Mann fühlt sich dort jedenfalls als unbeschränkter Abteilungs-Bascha. Eine ständige Bedenart von ihm lautet: „Und wenn ich die ganze Uebe voller Socialdemokraten kriege, ich will Ihnen schon zeigen, was 'n Harte ist.“ In die Gedankenwelt dieses Mannes gestaltet folgender „Denkproben“ einen Einblick, der bis vor kurzem über seinem Schreibtisch prangte, er lautet:

Die lächerlich das „Heut“ doch Klingt,
Wo jeder Antrips die Nase rimpft
Und über seinen Vorterrn schimpft.

Der Referent sowie auch die übrigen Redner, darunter auch eine Arbeiterin, forderten entschieden die Abstellung der Mißstände, andernfalls könne der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die Geduld der Arbeiter ein Ende erreicht habe. Interessant wurde die Diskussion besonders dadurch, daß der Obermeister der Fabrik, Herr K ü h n e, sich mehrfach an der Debatte beteiligte. Er erklärte, zwar nicht offiziell, sondern nur privatim anwesend zu sein. Ueber die Lohnverhältnisse äußerte er sich sehr vorsichtig und glaubt ferner, daß die jetzt aus Notwendigkeit angeordnete Ueberstundenarbeit nur vorübergehend sein werde. Des weitern suchte er nachzuweisen, daß niemand in der Fabrik wegen vorgebrachter Beschwerden entlassen werde, schweige jedoch, als ihm die Entlassung der erwähnten vier Kommissionsmitglieder vorgehalten wurde. Betreffs der unwürdigen Behandlung der Arbeiterinnen durch den Meister M e n s c h e l sagte Herr Kühne Abhilfe zu, die sicher schon früher eingetretten wäre, wenn ihm etwas davon bekannt gewesen wäre. Zum Schluß gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma M i z u. Genest versamen sich ge-

nötigt, bis auf weiteres die von ihnen verlangten Ueberstunden gegen einen Zuschlag von 25 Proz. zu machen. Sie erwarten jedoch von der Direktion, daß diese nur diejenigen Arbeiter dazu heranzieht, bei denen die Arbeit besonders dringlich ist; im übrigen wünschen sie die Ueberstundenarbeit so bald als möglich beseitigt zu sehen. Des weitern erwarten die Anwesenden, daß die Direktion der geradezu schimpflichen Behandlung, der die Arbeiter und besonders die Arbeiterinnen seitens der Meister ausgesetzt sind, energisch ein Ende macht.

Vermischtes.

Erkrankung Ibsens. Kurz vor dem 75. Geburtstag des großen Dichters kommen höchst betrübende Nachrichten über seinen Gesundheitszustand und lassen allen Festesjubel von vornerein verstummen. Aus Kristiania wird hiesigen Blättern berichtet: Die feierlichen Bestattungsfeierlichkeiten für nächsten Freitag zu Henrik Ibsens 75. Geburtstag geplant waren, sind in letzter Stunde abgesetzt worden, da Ibsen an einer Feierr nicht mehr teilnehmen kann. Er ist nicht mehr im Vollbesitz seiner Geisteskräfte und seine Gesundheit ist schwer erschüttert. Die Stadt Kristiania wird sich insolge dessen nur auf eine Festvorstellung von Ibsens „Kaiser und Galiläer“ beschränken, das im National-Theater zur Aufführung gelangt.

Geschäftsmann eines Offiziers. Das „N. Wien. Tagbl.“ erzählt folgende höchst merkwürdige Geschichte: Ein Wiener Fabrikant — der Name sei aus begrifflicher Discretion nicht genannt — hatte vor einigen Jahren eine reizende Künstlerin geheiratet und lebte mit ihr in glücklichster, von zwei Kindern gesegneter Ehe. Die junge Frau fühlte sich allerdings von ihrem Gatten, der sich seinen Berufspflichten mit strengem Eifer hingab, etwas vernachlässigt, und so kam es, daß sie sich, als sie einen Kurort aufsuchte und sich dort recht einsam fühlte, von einem jungen Offizier den Hof machen ließ. Man sah sie mit dem Offizier wiederholt in den Parkanlagen zusammenzutreffen und an seiner Seite promenieren. — Eines Tages erscheint in dem Comptoir des Fabrikanten ein diener unbekannter Herr mit dem Ersuchen um eine vertrauliche Unterredung. Nach einigen Höflichkeitshandlungen sagt der Fremde: „Mein Herr, Ihre Frau betriegt sie!“ — Der Fabrikant fährt zurück: „Nein, das glaube ich nicht. Wie kommen Sie dazu, mir dies zu sagen?“ — Fremder: „Ich habe Beweise dafür!“ — Fabrikant: „Welches Interesse haben Sie, mir dieses zu beweisen?“ — Fremder: „Was werden Sie thun, wenn ich Ihnen Beweise biete?“ — Fabrikant: „Wenn es wahr ist, lasse ich mich augenblicklich scheiden!“ — Fremder: „Das können Sie nur, wenn Sie Beweise haben! Und mein Interesse ist, offen gesagt, ein ganz profanisches. Für tausend Kronen schaffe ich Ihnen den Beweis.“ — Fabrikant: „Auf tausend Kronen kommt es mir nicht an. Ich will nur wissen, ob es wahr ist!“ — Fremder: „Es ist wahr. Wenn Sie die tausend Kronen bei einem Advokaten deponieren, wird derjenige, mit dem Ihre Frau Sie betrogen hat, als Zeuge auftreten.“ Der Fabrikant wurde nun von dem Fremden mit dem jungen Offizier bekannt gemacht, der ihm die Annehmlichkeiten seines Vermittlers bestätigte. Die tausend Kronen wurden in einer hiesigen Advokatskanzlei hinterlegt und eine Erklärung ausgenommen, daß dieser Betrag nach abgegebener Zeugnisaussage vor Gericht in das Eigentum des Offiziers übergehe, ferner, daß gegen diesen keine Klage wegen Ehebruchs erhoben werde. — Der Fabrikant sagte nun seine Frau auf Scheidung aus deren Verschulden. Es kam zur Verhandlung vor dem Civillandesgerichte und als Kronzeuge erschien der Offizier, der genau Ort und Stunde seiner zärtlichen Zusammenkünfte mit der Verlassenen und Personen nannte, die dies bestätigen können. Der Anwalt der Frau brachte zur Sprache, daß der Offizier sich einen Lohn für den dem Kläger geleisteten Dienst bedungen habe, und der Zeuge bestritt dies nicht. — Der Gerichtshof erkannte nach der Sachlage auf Scheidung der Ehe aus dem Verschulden der Frau. Doch war die Indignation der Mitglieder des Senats über die merkwürdige Rolle, die der Offizier in diesem Prozesse gespielt hatte, so groß, daß der Gerichtshof beschloß, den Akt den Militärbehörden abzutreten. Die Folge war, daß ein ehrenrätliches Verfahren eingeleitet und der Offizier infam laßiert wurde. — Mittelweise waren aber dem Fabrikanten Strapaz aufgestiegen; er willigte in eine von den Angehörigen der Frau herbeigeführte Zusammenkunft mit ihr, und als sie ihm nun offen und unter Thränen — alles erzählte und beteuerte, es habe nichts als ein „Fehl“ stattgefunden, der Offizier habe aus Rache, weil sie ihn nicht erhörte und vielleicht, weil er — Geld brauchte, sie verleumdete, erfolgte eine Versöhnung. Mann und Frau erschienen bei dem Vorsitzenden des Senats, der ihre Ehe geschieden hatte; da aber das Urteil nicht aufgehoben werden konnte, jedoch auch noch nicht in Rechtskraft erwachsen war, kam ein gerichtlicher Vergleich zu Stande, wonach der Kläger auf die Rechtsfolgen des Urteils verzichtet leitete. Dies ist einer Inhibierung der Scheidung gleichzuachten, die auch thatsächlich nicht erfolgte. Das verlöbte Paar ist wieder Mann und Frau — der Zeuge aber infam laßiert.

Ueber die Verbreitung des Ausdages im Deutschen Reiche wird in den „Beröff. des Kaiserl. Gesundheitsamtes“ mitgeteilt: Nach amtlichen Feststellungen waren am Schlusse des Jahres 1902 im Deutschen Reiche 32 Repraktante vorhanden (gegen 37 im Vorjahre). Davon entfielen auf Preußen 21, auf Hamburg 7, auf Bayern 2, auf Mecklenburg-Schwerin und Elsaß-Lothringen je 1. — Die entsprechenden Zahlen im Jahre zuvor waren 25, 8, 2, je 1. — In Preußen ist im Jahre 1902 zu dem bisherigen Bestand eine Kranke hinzugekommen, welche sich in Potsdam angestekt hat und zur Zeit in der dermatologischen Klinik in Breslau untergebracht ist; 5 Kranke sind verstorben. Wegen Verbräudachtes ist ein aus der Gegend von Remel gebürtiges Dienstmädchen dem Institut für Infektionskrankheiten überwiesen worden. Obgleich die bakteriologische Untersuchung negativ ausgefallen ist, bleibt der Verdacht der kindlichen Erscheinungen wegen bestehen. In Hamburg sind 2 Kranke in Zugang gekommen, welche noch im Laufe des Berichtsjahres das Reichsgebiet wieder verlassen haben; 1 Kranke ist durch Tod abgegangen. Die Ansteckung ist bei sämtlichen 10 in Hamburg beobachteten Fällen in überseeischen Ländern erfolgt, und zwar sechs mal in Brasilien, einmal in den Vereinigten Staaten von Amerika, je einmal auf den Philippinen und in Paraguay. 6 Ausföhrige befanden sich in Krankenhausbehandlung, 4 waren in ihren Privatwohnungen untergebracht. In Bayern, Mecklenburg-Schwerin und Elsaß-Lothringen hat sich der Bestand an Ausföhrigen im Vergleich zum Vorjahre nicht geändert. Außerdem hat sich vorübergehend ein aus Santos (Brasilien) zugereister Ausföhriger in verschiedenen Großstädten des Reiches aufgehalten, um ärztliche Hilfe zu suchen, derselbe ist im März des Berichtsjahres nach London abgereist.

Denkmal in Jerusalem. Unter dieser Epithete brachten wir am 13. Februar eine Mitteilung über die Feierr von Wilhelm II. Geburtstag in der „heiligen“ Stadt und berichteten dabei über ein splendides Feuerwerk, das von den Deutschen im Christlichen Waisenhause abgebrannt sei, wogegen ein Armer, der im genannten Waisenhause um eine Gabe vorprad, nichts erhalten hatte. Zu dieser Sache bemüht sich der Rechtsanwält Zimmermann in Köln, um uns im Auftrage des Waisenhause-Vorsitzenden mitzuteilen, daß das Feuerwerk im Waisenhause von einem Phototechniker geschickt worden sei und daß somit das Vergnügen der Anstalt keinen Pfennig gekostet habe. Obgleich dadurch der von uns erwähnte Fall eigentlich kaum in milderen Lichte erscheint, nehmen wir doch von der „Nichtigkeit“ hincmit Kenntnis.

Witterungsübersicht vom 17. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhölhe	Beiter	Temp. u. G. °C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhölhe	Beiter	Temp. u. G. °C.
Swinemüde	763.0		1bedekt	3	Daparanba	777	S	2wolllg		-5	
Hamburg	768.0	W	1bedekt	4	Petersburg	778	OSD	1Regen		-8	
Berlin	763.0	D	1wolllg	3	Sof	746	ES	3bedekt		10	
Frankf. M.	763.0	ES	2bedekt	7	Abderden						
München	763.0	D	3Regen	5	Paris	766	S	2wolllg		-6	
Wien	763.0	D	1bedekt	5							

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. März 1903.

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. März 1903. Vorherrschend wolllg, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südwestlichen Winden. Eine erheblichen Niederschläge.